



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Medialer Umgang mit Populismus am Beispiel der
„Alternative für Deutschland“ (AfD)“

verfasst von / submitted by

Veronika Beck, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, Mai 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Gewidmet

Paps

Danksagung

Zunächst möchte ich meinem Betreuer Prof. Dr. Dieter Segert herzlich danken. Er war mir nicht nur im Rahmen meiner Masterarbeit stets eine große Hilfe und gab immer wieder wertvolle Inputs und Denkanstöße, wenn ich bereits den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr erkennen konnte. Herr Segert ermöglichte mir auch die Mitgliedschaft in der am Institut für Politikwissenschaft ansässigen Osteuropa-Forschungsgruppe, wofür ich ihm überaus dankbar bin.

Der größte Dank gilt meinem geliebten Paps Gerhard Rottmann und seiner Frau Marliese. Ihr steht mir trotz der Entfernung stets zur Seite, seid immer in Gedanken fest bei mir, durchlebt alle guten sowie schlechten Zeiten gemeinsam mit mir, leidet und fiebert mit mir mit und habt Anteil an all den schönen Erlebnissen – auch wenn es euch häufig schmerzt, dass ich so weit weg bin. Ihr unterstützt mich, wo ihr nur könnt und bereichert mein Leben mit eurem Wesen und eurer Liebe. Ihr seid meine Familie, mein Zufluchtsort, ihr gebt mir Wurzeln und euer Rückhalt ist unglaublich wertvoll für mich. Ohne dich, Paps, stünde ich heute nicht da, wo ich bin. Du hast mich zu dem Menschen gemacht, der ich bin. Danke für dich! Danke, dass dich ein Engel vor etwa zwanzig Jahren unerwarteter Weise in mein Leben geschickt hat. Du hast mich großgezogen und warst/bist immer mein fester Anker im Leben. Dir widme ich diese Arbeit.

Ein Dankeschön möchte ich auch meinen Großeltern Jochen und Ursula Reif aussprechen, die mir das Studium überhaupt erst ermöglicht haben. Das ist alles andere als selbstverständlich und für eure Unterstützung bin ich euch auf immer dankbar!

Mein größter Dank gilt jedoch meinem Partner und Lebensmenschen Peter Sucher. Wir haben uns nicht gesucht, aber gefunden und könnten unterschiedlicher nicht sein. Du stehst bedingungslos hinter mir, glaubst an mich, gibst mir Kraft und bringst mir stets unglaublich viel Verständnis entgegen! In meinen schweren Stunden fängst du mich auf, bestärkst und motivierst mich. Wir führen stets so bereichernde Gespräche und du bist immer mein erster Ansprechpartner und meine Vertrauensperson. Wir hatten es nicht leicht im letzten Jahr. In einer Zeit, in der alles auf einmal auf uns einströmte und uns die Stürme des Lebens beinahe auseinandergerissen hätten, hast du mich dennoch nie fallen lassen. Danke, für deine unaufhörliche Hoffnung und Zuversicht. Danke, dass du nie aufgehört hast, an uns zu glauben und für uns zu kämpfen. Ich bin dankbar auch für diese Zeit und die Erfahrungen, die wir daraus mitnehmen. Du bist der wichtigste Mensch in meinem Leben und ich möchte dich nie missen. Danke für dich und deine bedingungslose Liebe!

Eidesstattliche Erklärung

„Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.“

Wien, Mai 2017

Unterschrift der Verfasserin

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Netzwerkstruktur der AfD-Europaparlamentarier	36
Abbildung 2: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein	42
Abbildung 3: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen	43
Abbildung 4: Landtagswahlen in Niedersachsen	44
Abbildung 5: Landtagswahlen in Bayern	45
Abbildung 6: Landtagswahlen in Hessen	46
Abbildung 7: Landtagswahlen in Sachsen	47
Abbildung 8: Landtagswahlen in Thüringen	48
Abbildung 9: Landtagswahlen in Brandenburg	49
Abbildung 10: Bürgerschaftswahlen in Hamburg	50
Abbildung 11: Bürgerschaftswahlen in Bremen	51
Abbildung 12: Landtagswahlen in Baden-Württemberg	52
Abbildung 13: Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz	53
Abbildung 14: Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt	54
Abbildung 15: Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern	55
Abbildung 16: Landtagswahlen in Berlin	56
Abbildung 17: Landtagswahlen im Saarland	57
Abbildung 18: Landtagswahlergebnisse der AfD im Überblick	57
Tabelle 1: Anzahl aller untersuchten Zeitungsartikel pro Untersuchungszeitraum	76
Abbildung 19: Methodisches Vorgehen	78
Tabelle 2: Anzahl aller veröffentlichten Zeitungsartikel zur AfD pro Monat und Jahr	79
Abbildung 20: Anzahl und Verteilung der veröffentlichten AfD-Artikel im Zeitverlauf	80

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	3
Eidesstattliche Erklärung	4
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	5
Inhaltsverzeichnis	6
1. Einleitung	9
1.1 Relevanz des Themas	9
1.2 Zielsetzung, Gliederung und Forschungsfragen	10
1.2.1 Zielsetzung	10
1.2.2 Gliederung und Forschungsfragen	11
2. Populismus	13
2.1 Definitionen und Merkmale	13
2.1.1 Zum Begriff des Populismus	13
2.1.2 Merkmale und Charakteristika	14
2.2 Abgrenzung zum Rechtsextremismus	18
2.3 Entstehung und Konsequenzen	19
2.3.1 Kurzer geschichtlicher Rückblick	19
2.3.2 Europäische Entwicklungen und Status quo	20
2.3.3 Ursachen für das Aufkommen von Populismus	25
2.4 Populismus als Gefahr versus Populismus als Korrektiv	29
2.4.1 Populismus als Gefahr	29
2.4.2 Populismus als Korrektiv	32
2.5 Ein erster Ausblick – Die Frage nach dem Umgang mit Populismus	33
3. Die Alternative für Deutschland (AfD)	35
3.1 Parteigründung und weitere Entwicklung	35
3.2 Programmatik und parteipolitische Positionen	39
3.3 Wahlergebnisse der AfD bei deutschen Landtagswahlen	41
3.4 Wählerschaft und Sympathisanten	58
3.5 Gründe für den Erfolg der AfD	60

3.6 Theoretische Einordnung	61
3.7 Später Aufschwung von Populismus in Deutschland	63
4. Medien und Populismus	65
4.1 Rolle und Funktionen von Medien in Demokratien	65
4.2 Zur Affinität von Medien und Populismus	67
4.3 Die Bedeutung von Qualitätsjournalismus	69
4.3.1 Journalismus	69
4.3.2 Der Beruf des Journalisten	69
4.3.3 Zur Relevanz qualitativ hochwertiger Berichterstattung	70
4.4 Printmedien in Deutschland	71
5. Medienanalyse	73
5.1 Forschungsfragen und Erkenntnisinteresse	73
5.2 Sampling	74
5.2.1 Untersuchungsmedium	74
5.2.2 Untersuchungszeitraum	74
5.2.3 Datenmaterial	75
5.2.4 Datenkorpus	75
5.3 Methodisches Vorgehen	76
5.3.1 Quantitative Medienanalyse	76
5.3.2 Qualitative Inhaltsanalyse	76
5.4 Ergebnisse und Interpretationen	78
5.4.1 Quantitative Medienanalyse	78
5.4.1.1 Anzahl und Verteilung der Zeitungsartikel	78
5.4.1.2 Beantwortung der Forschungsfragen	79
5.4.2 Qualitative Medienanalyse	82
5.4.2.1 Erste Erkenntnisse	82
5.4.2.2 Erster Untersuchungszeitraum	82
5.4.2.3 Zweiter Untersuchungszeitraum	84
5.4.2.4 Dritter Untersuchungszeitraum	86
5.4.2.5 Vierter Untersuchungszeitraum	88

5.4.2.6 Beantwortung der Forschungsfragen	92
5.5 Bewertung und Diskussion der Medienanalyse	95
6. Conclusio	100
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	106
Zusammenfassung.....	124
Abstract	125
Curriculum Vitae.....	126

1. Einleitung

1.1 Relevanz des Themas

Seit einigen Jahrzehnten ist der Begriff des Populismus in aller Munde und wird inzwischen nahezu inflationär verwendet (Pelinka 2012). Experten sind sich spätestens seit dem Zerfall der kommunistischen Systeme in Osteuropa in den Jahren 1989/90 bezüglich eines Wandels des demokratischen Parteienwettbewerbs und -systems einig (Betz 1995; Decker 2012, S. 11f.) und machen damit einhergehend auch eine sukzessive Veränderung der Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Politik im Allgemeinen und den politischen Akteuren im Spezifischen aus (Reynié 2016). Damit einher geht eine zunehmende Entfremdung zwischen Bevölkerung und politischer Elite. Diese und eine Reihe weiterer Entwicklungen begünstigten den Aufschwung populistischer Akteure, die sich gegen das politische Establishment richten und sich die politische Unzufriedenheit der Bevölkerung durch Suggestieren von Volksnähe zu Nutzen machen. Westeuropäische Politiker haben dem aufstrebenden Populismus lange zugesehen und diesen lediglich als osteuropäisches Phänomen abgetan (Langenbacher/Schellenberg 2011, S. 32). Populismus ist aber sowohl in den vergleichsweise noch relativ jungen Demokratien Ostmittel- und Südosteuropas als auch in etablierten westeuropäischen und skandinavischen Demokratien auszumachen. Einzug in die öffentlichen, medialen und wissenschaftlichen Debatten hat dabei insbesondere der Begriff des Rechtspopulismus gehalten, der teils kontrovers diskutiert wird. Manche Experten sprechen in diesem Kontext von einer Krise der repräsentativen Demokratie und verstehen Populismus demzufolge als Gefahr, welche die Demokratie schädige und unterminiere (Priester 2012). Häufig wird aber auch auf potenziell positive Aspekte populistischer Bewegungen und Parteien verwiesen. So könnten diese auch eine Art revitalisierenden Effekt auf die Demokratie haben, indem sie als Agenda-Setter auftreten und zuvor als heikel oder Tabu geltende Themen (wieder zurück) auf die politische Agenda bringen. Dadurch könnten mögliche Fehlentwicklungen im System aufgezeigt werden (Cedroni 2011, S. 246; Priester 2012, S. 7; Segert 2011). Abseits dieser Beobachtungen und wissenschaftlichen Debatten besteht weitgehende Uneinigkeit, wie das Vertrauen der Bevölkerung wiederhergestellt werden und populistischen Parteien der Aufwind entzogen werden kann – falls dies überhaupt möglich bzw. notwendig ist. Generell stellt sich somit vermehrt die Frage, wie mit Populismus adäquat umgegangen werden sollte bzw. wie sich der derzeitige Umgang gestaltet. Hier spielen insbesondere auch die Medien eine erhebliche Rolle. Diese Fragen stellen sich insofern immer mehr, als dass populistische Parteien bei Wahlen keineswegs mehr nur geringe und vernachlässigbare Stimmenanteile im unteren einstelligen Prozentbereich erhalten, sondern zunehmend erstarken, dadurch ursprüngliche Machtverhältnisse und –konstellationen verschieben und teils sogar Regierungsmehrheiten für sich verzeichnen

können (Reynié 2016, S. 54). Dies stellt – unabhängig davon, ob Populismus als Gefahr oder Korrektiv der Demokratie betrachtet wird – zumindest eine wachsende Herausforderung für die etablierten Parteien dar (Gabanyi 2008). Welche nicht zu unterschätzende Rolle die Medien bei diesen Entwicklungen spielen und wie die einzelnen Thematiken Politik – Medien – Populismus – Demokratie miteinander zusammenhängen soll im Rahmen dieser wissenschaftlichen Arbeit aufgeschlüsselt werden.

1.2 Zielsetzung, Gliederung und Forschungsfragen

1.2.1 Zielsetzung

Angesichts der soeben geschilderten Entwicklungen und der wissenschaftlichen sowie gesellschaftlichen Debatten richtet sich der Fokus dieser Arbeit auf die Frage danach, wie sich der Umgang mit Populismus gestaltet und welche weitreichenden Folgen dies hat.

Ziel ist es, insbesondere die Art und Weise des medialen Umgangs mit populistischen Parteien sowie die Auswirkungen der Berichterstattung auf die Politik, den Populismus selbst, auf den gesellschaftlichen Diskurs sowie die Demokratie im Allgemeinen zu untersuchen. Denn (Massen-)Medien spielen in demokratisch verfassten Systemen eine essenzielle Rolle und nehmen vielfältige (politische) Funktionen ein (siehe Kapitel 4.1), die es bei der öffentlichen Darstellung von populistischen Parteien zu berücksichtigen gilt. Problematisch hierbei gestaltet sich der Wandel der Medienlandschaft, der zu wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Politik und Medien führte und dadurch auch zu einem Wandel des Parteiensystems beitrug (Decker 2012, S. 14; Kepplinger 2007, S. 275; Polke 2014, S. 8f.). Wie sich diese Entwicklungen auf Populismus selbst und in weiterer Folge auf die Demokratie auswirkten, soll im Kontext des heutigen medialen Umgangs mit populistischen Parteien erörtert werden. Im Rahmen einer quantitativen und qualitativen Analyse der Medienberichterstattung über die Alternative für Deutschland (AfD) soll insbesondere herausgefunden werden, welches Bild von Populismus der Öffentlichkeit vermittelt wird. Dabei ist von Interesse, welche Funktionen des Populismus dadurch verstärkt werden bzw. welche Auswirkungen dies auf die (Krise der repräsentativen) Demokratie hat. Dabei stehen sich die beiden bereits angesprochenen Bilder von Populismus als Gefahr für die Demokratie *versus* Populismus als mögliches Korrektiv gegenüber. Von Interesse ist, ob und inwieweit die Massenmedien zur Zurückdrängung oder vielmehr zur Förderung von Populismus beitragen (können).

Aufgrund dieser miteinander zusammenhängenden Entwicklungen und des damit einhergehenden, soeben beschriebenen Erkenntnisinteresses liegen der Arbeit folgende übergeordnete Forschungsfragen zugrunde:

1. Wie wird die AfD im Rahmen von Printmedien thematisiert und dargestellt und welches Bild wird dadurch von der Partei konstruiert und der Öffentlichkeit vermittelt?

Daraus ergibt sich die im Hintergrund stehende Frage nach den Konsequenzen für den Populismus selbst auf der einen Seite und die Folgen für die (Krise der repräsentativen) Demokratie auf der anderen Seite:

2. Welche Auswirkungen hat die Berichterstattung über Populismus auf Populismus selbst sowie auf die Entwicklung der Demokratie?

Als Ausblick soll abschließend folgende Forschungsfrage diskutiert werden:

3. Inwieweit besteht die Möglichkeit, Populismus mittels der (Massen-)Medien zurückzudrängen bzw. dessen demokratiegefährdende Wirkung durch die Berichterstattung zu neutralisieren?

1.2.2 Gliederung und Forschungsfragen

Der erste Abschnitt dieser Arbeit beschäftigt sich mit Populismus im Allgemeinen. Zunächst wird eine definitorische Annäherung an den Gegenstand bzw. eine Beschreibung der „Wesensmerkmale“ (Priester 2012) unternommen. Nach einem Überblick über bedeutende populistische Parteien in einigen europäischen Staaten sollen die Ursachen für den Aufschwung von Populismus erörtert und diskutiert werden. Dabei wird auch reflektiert, ob Populismus eine Gefahr für die Demokratie darstellt oder auch als Korrektiv fungieren kann.

Im nächsten Abschnitt dieser Arbeit soll dann anhand des aktuellen Beispiels der „Alternative für Deutschland“ (AfD) die Entstehung und weitere Entwicklung sowie der (mediale) Umgang mit populistischen Parteien in Deutschland – das bis vor wenigen Jahren noch als „Insel der Seligen“ (Decker 2003) galt – näher betrachtet und analysiert werden. Dabei werden sowohl die thematischen Inhalte und wesentlichen Positionierungen sowie die Wählerschaft der AfD dargestellt. Schließlich werden die Ursachen für den relativ späten Aufschwung populistischer Parteien in Deutschland und Gründe für den jetzigen Erfolg der AfD diskutiert.

Der daran anschließende Abschnitt dient als Überleitung zur Medienanalyse. Hier werden zunächst die wesentlichen (politischen) Funktionen von Medien in Demokratien erörtert. Außerdem werden das Zusammenspiel von Medien und Politik sowie die besondere Affinität zwischen (Massen-)Medien und Populismus behandelt. Da im Rahmen der Medienanalyse Zeitungsartikel der Süddeutschen Zeitung zur AfD analysiert werden, wird es außerdem einen kleinen Exkurs zur Bedeutung von Qualitätsjournalismus und zur Rolle von Journalisten geben.

Bevor schließlich das Forschungsdesign vorgestellt, das methodische Arbeiten beschrieben sowie wesentlich Ergebnisse und Interpretationen diskutiert werden, wird zu Beginn des fünften Abschnittes kurz auf die Relevanz von Zeitungen in Deutschland im Allgemeinen und auf die Süddeutsche Zeitung im Spezifischen eingegangen.

Der quantitativen Medienanalyse liegen dann folgende Forschungsfragen zugrunde:

1. Wie oft hat die Süddeutsche Zeitung pro Monat und pro Jahr über die AfD berichtet?
2. Wann wurde besonders intensiv über die Partei berichtet und zu welchen Zeitpunkten ebte die Berichterstattung ab?
3. Zeichnet sich eine gewisse Entwicklung bzw. ein Trend ab?

Forschungsfragen, die im Rahmen der qualitativen Medienanalyse von Interesse sind lauten wie folgt:

1. Wie wird im Rahmen von Zeitungsartikeln über die AfD gesprochen und wie wird diese thematisch behandelt?
2. Wird die AfD innerhalb der Berichterstattung bewertet? Wenn ja, wie?
3. Wird die Süddeutsche Zeitung – in Anbetracht des Objektivitätsanspruches von Medien – ihrer Rolle als neutraler Berichterstatter gerecht?
4. Welches öffentliche Bild wird dadurch von der AfD konstruiert und dem Rezipienten vermittelt?
5. Lassen sich Veränderung des medialen Umgangs mit der AfD im Zeitverlauf ausmachen?

2. Populismus

2.1 Definitionen und Merkmale

2.1.1 Zum Begriff des Populismus

Innerhalb dieses Kapitels kann lediglich der Versuch einer definitorischen Annäherung unternommen werden, da zwar viele Definitionen zu Populismus existieren, über deren Angemessenheit in der wissenschaftlichen Literatur jedoch rege diskutiert wird und überwiegend Uneinigkeit besteht (Mondon 2015, S. 142ff.; Cedroni 2011). Einige Experten definieren Populismus etwa als Ausdruck eines politischen (Kommunikations-)Stils (Langenbacher/Schellenberg 2011, S. 42; Arzheimer 2015, S. 537), während andere ihn aufgrund seiner Wandelbar- und Anpassungsfähigkeit als *„eine Strategie des Machterwerbs“* bezeichnen (Priester 2012, S. 3). Aufgrund dieser Wandelbarkeit stellt sich die Frage, ob eine allgemeine, gültige Definition überhaupt möglich ist (Cedroni 2011, S. 238). Auch eine allgemeine Theorie des Populismus blieb daher bislang aus (Canovan 1999, S. 3; Taggart 2002, S. 63f.). Einigkeit herrscht lediglich in der Auffassung, *„dass unter diesem Konzept jene Herausforderungen zusammengefasst werden können, mit denen sich die liberale Demokratie derzeit konfrontiert sieht“* (Gabanyi 2008, S. 57).

Möglicherweise ist es hilfreich, sich zunächst dem Begriff selbst zuzuwenden, der sich vom lateinischen Wort *populus* (=Volk) ableitet (Hartleb 2011b, S. 341). Wie in Kapitel 2.1.2 gezeigt wird, stellt das Volk bei allen Populismen immer wieder Bezugspunkt und Basis der eigenen Legitimierung dar (Canovan 1999, S. 4).

Der Begriff des Populismus geht ursprünglich auf eine Bewegung innerhalb der USA im ausgehenden 19. Jahrhunderts zurück. Diese setzte sich für die Interessen und Anliegen kleiner Farmer und Bergarbeiter ein und beehrte gegen die privilegierte Elite auf (Bauer 2012, S. 59; Betz 1995, S. 2). An dieser Antagonie zwischen Privilegierten in einer Gesellschaft und „den kleinen Leuten“ hat sich bis heute wenig geändert. Heutzutage wird der Begriff aber häufig leichtsinnig und teils fehlerhaft verwendet: nahezu jegliche Form der politischen Mobilisierung wird oftmals bereits dem Populismus zugeordnet (Mény/Surel 2002, S. 2). Viele Experten kritisieren daher die inflationäre Verwendung des Begriffes (Pelinka 2012; Bale et al. 2011).

Anders als in den USA geht der Begriff in Europa sowohl im politischen, als auch im medialen Raum überwiegend mit negativen Konnotationen einher und dient dem Vorwurf, *„der andere betreibe keine sachlich-seriöse Politik, sondern versuche mittels nicht einzulösender Versprechungen oder eitler Selbstdarstellung die öffentliche Meinung zu manipulieren“* (Hartleb 2012, S. 23). Populismus dient somit häufig als politischer Kampfbegriff (Pelinka 2012; Bauer 2012, S. 60). Die mediale Darstellung populistischer Parteien sowie der mediale

Umgang mit ihnen ist zentraler Untersuchungsgegenstand dieser wissenschaftlichen Arbeit (vgl. Kapitel 5).

2.1.2 Merkmale und Charakteristika

Aufgrund der definitorischen Schwierigkeiten erscheint es sinnvoll, sich den wesentlichen Merkmalen und Charakteristika von Populismus anzunähern, um dessen Logik und Agieren besser verstehen zu können. Die Heterogenität innerhalb der Literatur soll hier möglichst strukturiert in einen verständlichen und zusammenfassenden Überblick gebracht werden. Dafür wird die Kategorisierung von Karin Priester herangezogen. Die einzelnen Kategorien können nicht getrennt voneinander betrachtet werden, sondern gehen ineinander über und bedingen einander.

Zunächst sei noch darauf hingewiesen, dass es nicht den einen Populismus gibt. Vielmehr sollte von Populismen – die von nationalen Kontexten sowie Veränderungen über die Zeit hinweg abhängen – gesprochen werden. Häufig wird daher der Vergleich mit einem Chamäleon herangezogen (Priester 2012, S. 3). Populismus kann demnach teils sehr unterschiedliche Formen annehmen und inhaltliche Positionen vertreten – je nachdem, wie die politische Elite gestaltet ist, gegen die agiert wird. *„What makes them populist is their reaction to the structure of power.“* (Canovan 1999, S. 4). Diese (programmatische) Anpassungsfähigkeit ist ausschlaggebend dafür, dass Populismus keine *„kohärente Doktrin“* aufweist (Priester 2012, S. 3). Vielmehr tritt er stets zusammen mit anderen Ideologien auf (Diehl 2012, S. 19), weshalb man auch von einer *„dünnen Ideologie“* spricht (Arzheimer 2015, S. 537; Cedroni 2011, S. 246). Karin Priester spricht bei Populismus daher von einem Relationsbegriff. Demnach verfügt Populismus über keine ihm eigene Substanz, sondern kann nur in Relation zu einem – jeweils konkreten – Gegner bestimmt und greifbar gemacht werden (Priester 2012, S. 3f.). Hierin liegt sowohl seine Schwäche, als auch seine Flexibilität und Wandelbarkeit.

Um auf die Kategorisierung von Karin Priester zurückzukommen, so zeichnet sich Populismus weiters durch folgende Charakteristika aus (Priester 2012):

Berufung auf den common sense

Wie bereits erwähnt ist allen Populismen – trotz ihrer unterschiedlichen Ausprägungen – der Bezug auf das Volk als Ausgangspunkt gemein (Berbuir et al. 2015, S. 156; Pelinka 2012). Dabei stellen sich Populisten als aus dem Volk hervorgehend und diesem dadurch eng verbunden dar (Diehl 2012, S. 16). Eine zentrale Rolle hierbei spielt die Berufung auf den *common sense*, worunter der *„gesunde Menschenverstand“* zu verstehen ist. Dabei wird die Erkenntnisfähigkeit politischer Eliten als weitaus überlegen dargestellt. Ein *„gesunder*

Menschenverstand“ wird den politischen Eliten abgesprochen und alleinig der Bevölkerung zugeschrieben, die noch in der Lage sei, Aspekte unter moralischen Gesichtspunkten zu betrachten – anders als das unter anderem als korrupt bezeichnete politische Establishment. Alle nachfolgenden Merkmale bauen stets auf diese Berufung auf den *common sense* auf.

Die Konstruktion und Idealisierung des Volkes hat zwei Funktionen. Zum einen dient sie der Herstellung einer gemeinsamen Identität. Hier wird auf die nationale Einheit und Verbundenheit verwiesen. Dabei wird von Populisten stets behauptet, die Mehrheitsbevölkerung zu repräsentieren (Canovan 1999, S. 7; Bauer 2012). So inszenieren sie sich als das tatsächliche Sprachrohr der Bevölkerung und rühmen sich damit, ausschließlich im Namen der „einfachen Leute“ zu agieren. Gegenüber dem politischen und ökonomischen Establishment wird hingegen unverhohlene Feindseligkeit ausgedrückt (Canovan 1999, S. 4), wobei man sich eines Freund-Feind-Schemas bedient (Diehl 2012, S. 19). Die konstruierte Volksnähe stellt zum anderen aber auch eine wesentliche Legitimationsquelle populistischer Akteure dar (Canovan 1999, S. 4f; Diehl 2012, S. 17). Wie bereits angedeutet, so beanspruchen Populisten, das Volk als Ganzes und nicht nur einzelne Schichten oder Interessensgruppen zu vertreten (Gehl 2012, S. 223). Dies wird den politischen Eliten angelastet, welche die nationale Einheit dadurch angeblich spalten wollen. Insofern greift Populismus auch die Werte der politischen Elite sowie die Meinungsbildung durch wissenschaftliche und mediale Akteure an. *„Populism in modern democratic societies is best seen as an appeal to ‘the people’ against both the established structure of power and the dominant ideas and values of the society.“* (Canovan 1999, S. 3).

Anti-Elitarismus

Populismus wendet sich also gegen den jeweiligen Status quo und das jeweilige politische Establishment. Populisten machen sich dabei die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen Elite und dem aktuellen Status quo zu Nutze (Pelinka 2012). In der Bevölkerung vorhandene Ängste, Sorgen und Enttäuschungen werden emotional und dramatisierend aufgegriffen und für eigene Zwecke genutzt. So wird etwa gegen die *„politics-as-usual“* (Canovan 1999, S. 6) Position bezogen und die *„political correctness“* (Mudde 2004, S. 554) kritisiert, die nur zur weiteren Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung beitrage. Der Norm der politischen Korrektheit werden dagegen Tabubrüche und Provokationen entgegengesetzt (Bauer 2015, S. 12f.).

Volk und politische Elite werden einander also wie zwei entgegengesetzte Pole gegenübergestellt, wobei Formulierungen wie „die da oben“ bezeichnend sind. Häufig ist auch von „Fremdbestimmung“ und „Bevormundung“ durch die regierende politische Elite die Rede (Diehl 2012, S. 19). Populistische Akteure versuchen, sich selbst als Außenstehende dieses

politischen Establishments zu inszenieren und somit Nähe zum Volk zu generieren. Populismus ist jedoch „*nur in einem instrumentellen Sinne anti-elitär*“, da keine tatsächliche Aufwertung des Volkes, sondern lediglich „*eine Umpolung der Wertigkeiten von Volk und Elite*“ (Priester 2012, S. 4f.) stattfindet.

Anti-Intellektualismus

Mit der Berufung auf den *common sense* sowie dem ausgeprägten Anti-Elitarismus geht zwangsläufig auch eine Feindseligkeit gegenüber Intellektualismus einher. So sei der „gesunde Menschenverstand“ des als homogen definierten Volkes dem von Intellektuellen weitaus überlegen. Im Populismus findet sich eine hohe Abneigung gegen hochnäsiger auf das Volk herabblickende Eliten und Intellektuelle jeglicher Art, die sich weit weg vom Alltagsleben der Menschen befinden und denen die Anliegen der Bevölkerung nichts bedeuten würden. Daher wird versucht, sich selbst als „einfacher Mann“ und als außerhalb dieses korrupten und nicht legitimierten (politischen) Systems stehend darzustellen (Diehl 2012, S. 18).

Antipolitik

Das antipolitische Wesen und Agieren populistischer Parteien wird sichtbar, wenn etwa die eigenen Partei- und Parteiführungsmitglieder als Ökonomen und somit politische Außenstehende bezeichnet werden, die den „Altparteien“ – beispielsweise in Hinblick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und die damit einhergehenden Herausforderungen in den darauffolgenden Jahren – die Wirtschaft erklären müssten und somit dazu beitragen, dass es den Bürgern wieder besser gehe (Bebnowski 2016, S. 28). Dort, wo die Politik versagt, sind demzufolge alternative Akteure zur Stelle, die scheinbar praktikables Wissen und einfache Lösungen anzubieten haben. Hier spielen erneut die konstruierte Volksnähe sowie die Selbstinszenierung als das wirkliche Sprachrohr der Bevölkerung eine gewichtige Rolle. Dabei wird der Bevölkerung suggeriert, von der korrupten politischen Elite betrogen zu werden. Erneut steht hier häufig die elitäre Bevormundung der Bevölkerung im Mittelpunkt der Kritik – dadurch wird der subjektiv wahrgenommenen Machtlosigkeit der einfachen Leute erfolgreich Rechnung getragen (Decker 2012, S. 15).

Institutionenfeindlichkeit

Populismus zeichnet sich des Weiteren durch Institutionenfeindlichkeit aus. Ein wesentlicher Angriffspunkt sind daher nicht nur die etablierten Parteien, sondern auch die institutionelle Verfasstheit des politischen Systems. Denn Institutionen und formale bürokratische Prozesse sind in den Augen populistischer Akteure hinderlich für die (direkte) Partizipation des Volkes sowie die unmittelbare Durchsetzung des Volkswillens (Canovan 1999, S. 6; Diehl 2012, S.

17; Pelinka 2012). Vielmehr wären diese unnötigen Zwischeninstanzen ein weiterer Beweis für die Bevormundung der Bevölkerung durch die Politik. Außerdem würden vorhandene korrupte Strukturen durch diese Zwischeninstanzen begünstigt und Prozesse nur unnötig verlangsamt (Cedroni 2011, S. 249).

Aufgrund der Mehrdimensionalität des politischen Raumes sowie der stetig komplexer werdenden politischen (Entscheidungsfindungs-)Prozesse fordern Populisten umfassende Transparenz (Canovan 1999, S. 6; Priester 2012, S. 8). Damit einhergehend stellt eine weitere typische Forderung die nach mehr direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung dar. Das Schweizer Modell dient dabei häufig als Vorbild (Canovan 1999, S. 6; Diehl 2012, S. 17).

Im Rahmen dieser populistischen Forderungen und dementsprechender Verhaltensweisen findet eine ständige Versimplifizierung von Politik und politischen Prozessen statt (Langenbacher/Schellenberg 2011, S. 33). Dabei werden komplexe Sachverhalte auf einfache Antworten herunter gebrochen, wobei eine emotionale, direkte, einfache und verständliche Sprache verwendet wird (Diehl 2012, S. 17).

Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung von Politik

Moralisierung, Polarisierung der Gesellschaft (Zick/Küpper 2015, S. 9f.) und Personalisierung gehen Hand in Hand. Im Rahmen der Gegenüberstellung von Volk und politischem Establishment spielen etwa moralische Vorstellungen eine große Rolle. So wird die moralische Überlegenheit der Bevölkerung gegenüber der politischen Elite betont und auf den „gesunden Menschenverstand“ der einfachen Bürger verwiesen, die noch wissen, was moralisch richtig und falsch sei (Betz 1995, S. 4; Priester 2012, S. 4). Der korrupten, arroganten und abgehobenen (politischen) Elite stünde demnach eine moralisch überlegene Bevölkerung gegenüber.

Damit einher geht auch eine starke Emotionalisierung. Der kommunikative Stil von Populisten ist dabei bezeichnend und ist von einer „*Rhetorik der Gleichheit*“ (Diehl 2012, S. 18) geprägt, die darauf abzielt, möglichst viel Volksnähe zu suggerieren. Populistische Akteure sind dadurch aber oftmals imstande, insbesondere „*apathische, passive Bevölkerungsschichten politisch zu aktivieren*“ (Priester 2012, S. 8). Margaret Canovan spricht in diesem Zusammenhang von einer spezifischen populistischen Stimmung, die von Emotionalisierung geprägt ist, durch die unpolitische Individuen allerdings durchaus wieder der Politik näher gebracht werden können (Canovan 1999, S. 6).

Eng verbunden damit ist auch die Selbstinszenierung populistischer Akteuren. So wird etwa beansprucht, das wahre Sprachrohr der Bevölkerung zu sein und sich ihrer Anliegen auch

tatsächlich anzunehmen (Diehl 2012, S. 19). Eine charismatische (und in den meisten Fällen männliche) Führungspersönlichkeit nimmt dabei eine zentrale Rolle ein: der sogenannte *Leader* (Henke/Lloyd 2015; Bauer 2012, S. 61). Zwischen ihm und den Anhängern wird eine enge Verbindung hergestellt, die idealerweise in der direkten Identifikation mit dem *Leader* mündet (Diehl 2012, S. 16ff.). Innerhalb der populistischen Logik wird die Repräsentation des Volkes auf diese eine Führungsperson übertragen, die sich selbst als aus dem Volk stammend inszeniert. Dies geht mit einem hohen Grad an Personalisierung einher.

2.2 Abgrenzung zum Rechtsextremismus

An dieser Stelle ist es notwendig, Rechtspopulismus von Rechtsextremismus und antidemokratischen, systemfeindlichen Kräften abzugrenzen (Hartleb 2011b, S. 344). Dies ist allerdings nicht immer einfach. Die Schwierigkeit der Unterscheidung hängt unter anderem damit zusammen, dass im Rechtspopulismus häufig rechtsextreme Elemente ausgemacht werden können. So etwa der Führerkult, der innerhalb des Rechtspopulismus der Person des *Leaders* zuzuordnen ist sowie nationalistische und fremdenfeindliche Rhetorik, welche sowohl mit Antisemitismus als auch mit Anti-Islamismus einhergeht. Aufgrund dieser Überschneidungen ist es sinnvoll, stets den Einzelfall zu betrachten (Bauer 2015, S. 9).

Um an dieser Stelle jedoch eine allgemeine Abgrenzung zu vollziehen, so verlassen rechtsextreme Positionen eindeutig den Boden der Demokratie (Neu/Pokorny 2015, S. 4). Demgegenüber wird Demokratie von Rechtspopulismus generell befürwortet (Bebnowski 2016, S. 27). Im Rechtsextremismus wird Demokratie hingegen gegenüber dem Schutz der Nation und des „eigenen“ Volkes als zweitrangig dargestellt (Nandlinger 2008). Außerdem zeichnet sich Rechtsextremismus durch Antipluralismus aus. Dabei wird die politische Gleichheit aller Bürger durch rassistisch bedingte Ungleichheit ersetzt (Bundesamt für Verfassungsschutz). Rechtsextreme Akteure und Bewegungen verweigern damit einhergehend jegliche Form der Zuwanderung und lehnen die ethnische Pluralisierung der Gesellschaft vehement ab (Bauer 2012, S. 62). Unterschiede zwischen verschiedenen Zuwanderungsgruppen werden dabei gezielt miteinander vermischt und mit der Zuwanderung einhergehende kulturelle Probleme heraufbeschworen. Ethnische Zugehörigkeit wird dabei stark überbewertet und mit der Wertigkeit von Menschen verknüpft (Bundesamt für Verfassungsschutz). Im Rechtsextremismus werden außerdem Aspekte der Sozialpolitik gezielt mit Nationalismus in Verbindung gebracht (Langenbacher/Schellenberg 2011, S. 41). Rechtsextreme Bewegungen beabsichtigen zudem, die eigenen Anhänger nicht nur „verführen“, sondern auch bekehren zu wollen. Insgesamt weisen diese eine sehr geschlossenen Weltanschauung auf (Bauer 2012, S. 61).

2.3 Entstehung und Konsequenzen

2.3.1 Kurzer geschichtlicher Rückblick

In vielen Teilen der Welt stellt Populismus alles andere als ein neues Phänomen dar (Priester 2012, S. 3). Zahlreiche Beispiele aus Lateinamerika, Kanada, Russland, Afrika und den USA (Taggart 2004, S. 270; Betz 1995) zeigen, dass populistische Bewegungen und Momente auch außerhalb Europas teilweise bereits seit sehr viel längerer Zeit den politischen Alltag prägen. Die Ursprünge reichen etwa bis in das Nordamerika des ausgehenden 19. Jahrhunderts zurück (Canovan 1999, S. 12; Betz 1995). In Südamerika sind hingegen seit den 1960er Jahren vor allem linkspopulistische Parteien und Bewegungen auszumachen (Gabanyi 2008, S. 57). Bezeichnend für diese Form des Populismus sind seine linken Wurzeln (Kaltwasser 2012, S. 186). Zielgruppe der politischen Mobilisierung sind daher soziale Gruppen der unteren gesellschaftlichen Schichten, die normalerweise dazu tendieren, Kommunismus und Sozialismus zu unterstützen.

Auch in vielen europäischen Staaten betrat Populismus schon in den 1970er Jahren die politische Bühne. In den frühen 1980er Jahren begann insbesondere in Westeuropa die sukzessive Etablierung überwiegend rechtspopulistischer Parteien durch regelmäßige Wahlerfolge (Hartleb 2011b, S. 339). Diese zeichneten sich durch eine Anti-Establishment-Haltung sowie charismatische Führungspersönlichkeiten aus und brachten verstärkt Protestthemen auf die politische Agenda. Viele dieser neuen rechtspopulistischen Parteien (Arzheimer 2015, S. 536) *„entstanden im Kontext marktradikaler Opposition zu keynesianistisch-wohlfahrtsstaatlich ausgeprägten Politikansätzen“* (Häusler et al. 2013, S. 10) und blieben – anders als vorhergehende populistische Bewegungen – bestehen. Spätestens ab den frühen 1990er Jahren galten diese Parteien dann als fester Bestandteil zahlreicher westeuropäischer Parteiensysteme. *„At least since the early 1990s populism has become a regular feature of politics in western democracies.“* (Mudde 2004, S. 551). Daraufhin begann auch die Politikwissenschaft etwas verzögert, sich mit dem Phänomen intensiver als zuvor auseinanderzusetzen (Decker 2003, S. 14). Heutzutage kann bereits von der zweiten Generation rechtspopulistischer Parteien gesprochen werden (Hartleb 2011b, S. 339). In Frankreich trat etwa Marine Le Pen die Nachfolge ihres Vaters an und in Österreich setzte Heinz-Christian Strache den Erfolgskurs Jörg Haiders fort (siehe Kapitel 2.3.2). Populismus stellt also keineswegs ein neues Phänomen dar, sondern erhält gegenwärtig durch sukzessive Wahlerfolge sowie die Etablierung in den europäischen Parteiensystemen vermehrte Aufmerksamkeit (Reynié 2016, S. 54).

2.3.2 Europäische Entwicklungen und Status quo

Das folgende Kapitel soll einen kurzen Überblick über ausgewählte populistische Parteien in einigen europäischen Staaten, deren Entwicklung sowie den heutigen Status quo geben.

Der Front National in Frankreich zählt zu den größten rechtspopulistischen Parteien innerhalb der EU (Langenbacher/Schellenberg 2011, S. 32). Die Geschichte der Partei reicht bis in die 1970er Jahre zurück (Mondon 2015, S. 143). Gegründet wurde der Front National 1972 unter anderem durch Jean-Marie Le Pen (Davies 1999). Die Partei erlangte ab Mitte der 1980er Jahre stetig an Einfluss, zog 1986 mit 35 Sitzen (von insgesamt 573) erstmals in den französischen Nationalrat ein und etablierte sich in den folgenden zwei Jahrzehnten als feste Größe im Parteiensystem (Reynié 2016, S. 48ff.). Insbesondere ab 2012 setzte sich der Einflussausbau weiter fort. Grund war die Wahl von Marine Le Pen – der Tochter des Gründungsakteurs – zur Parteivorsitzenden im Jahr 2011. Nach Wahlerfolgen in jüngster Vergangenheit mit Ergebnissen weit über 20 Prozent (Reynié 2016, S. 54) zweifelt inzwischen niemand mehr das Potenzial der Parteivorsitzenden an, erfolgreich als Kandidatin zur anstehenden Präsidentschaftswahl im Mai 2017 anzutreten.

Im Falle Italiens kann von einer populistischen Durchdringung des Parteiensystems gesprochen werden (Verbeek/Zaslove 2016). Bereits seit Beginn der 1990er Jahre werden italienische Regierungen von populistischen Akteuren dominiert. Nennenswerte Beispiele sind die Forza Italia unter Silvio Berlusconi sowie die Lega Nord. Obwohl es noch eine Reihe weiterer populistischer Parteien gibt, nehmen diese beiden einen besonderen Stellenwert im italienischen Parteiensystem ein (Bauer 2015, S. 26). Denn sie stehen in direkter Konkurrenz zueinander, was insbesondere für den Zeitraum zwischen 1994 und 2011 gilt (Verbeek/Zaslove 2016, S. 308). Die Lega Nord wurde 1991 gegründet. Es handelte sich dabei um eine Vereinigung mehrerer zuvor unabhängiger norditalienischer Autonomiebewegungen (Bauer 2015, S. 85). Den Vorsitz übernahm der politisch erfolgreiche Umberto Bossi, der zuvor bereits Vorsitzender der Lega Lombardia war. Die Lega Nord ist gegen den Zentralstaat und für mehr Autonomie Norditaliens (Bauer 2012, S. 61f.). Daher wird innerhalb der Literatur auch von einem populistischen Regionalismus gesprochen (Verbeek/Zaslove 2016, S. 306). Kurz vor den Parlamentswahlen 1994 wurde schließlich die Forza Italia gegründet. Diese kann als Reaktion auf den Aufstieg und Erfolg der Lega Nord betrachtet werden (Verbeek/Zaslove 2016, S. 308f.). In den Folgejahren schaffte es die Forza Italia, sich zur tragenden politischen Kraft zu entwickeln und stellte mehrmals die Regierung. Ab 2009 betrat schließlich eine neue populistische Partei die politische Bühne: die linksliberale Fünf-Sterne-Bewegung unter dem Kabarettisten Beppe Grillo (Verbeek/Zaslove 2016, S. 307ff.). Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2013 erzielte die Partei mit 25,5 Prozent herausragende Ergebnisse (European Election

Database Italy) und kann als neue Herausforderung für die anderen Parteien betrachtet werden.

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist bereits seit der Nachkriegszeit ein fester Bestandteil des österreichischen Parteiensystems. Vorläufer war der 1949 ins Leben gerufene „Verband der Unabhängigen“, bei dem es sich um ein Sammelbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder handelte (Bauer 2015, S. 63). Die FPÖ ging aus dieser Partei hervor und wurde 1956 gegründet. In den darauffolgenden Jahrzehnten fungierte die FPÖ oftmals unweigerlich als eine Art Spielball der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP. Ein bedeutender Einschnitt innerhalb der Parteigeschichte begann erst mit dem Aufstieg Jörg Haiders zum Parteivorsitzenden im Jahr 1986. Ab diesem Zeitpunkt kann ein stetiger politischer Aufstieg sowie eine Transformation hin zum Rechtspopulismus ausgemacht werden (Decker 2003, S. 13). 1993 kam es zu einer Abspaltung von mehreren Abgeordneten unter Heide Schmidt, woraus das Liberale Forum als neue Partei hervorging (Bauer 2015, S. 64). Den vorläufigen Höhepunkt der Erfolgsgeschichte der FPÖ stellte die Nationalratswahl 1999 dar, aus der die Partei mit 26,9 Prozent als zweitstärkste Kraft und in weiterer Folge die erste ÖVP-FPÖ-Regierung hervorging (Decker 2003, S. 14; Bauer 2015, S. 64). Aufgrund der internationalen Kritik sowie zwischenparteilicher Differenzen und Konflikte kam es jedoch bereits 2002 zu vorgezogenen Neuwahlen. Zwar wurde die ÖVP-FPÖ-Regierungskoalition auch nach den Neuwahlen fortgesetzt, allerdings mit einer deutlich geschwächten FPÖ, die gravierende Stimmenverluste hinnehmen musste. Nach sich zuspitzenden parteiinternen Flügelkämpfen kam es 2005 zu einer erneuten Abspaltung: Jörg Haider gründete das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) und setzte mit diesem die Koalition mit der ÖVP fort. Heinz Christian Strache wurde hingegen zum neuen Parteivorsitzenden der FPÖ gewählt und setzte den Erfolgskurs der Partei weiter fort (vgl. Bauer 2015, S. 66).

Ebenso wie die FPÖ gibt es auch die Schweizerische Volkspartei (SVP) bereits seit vielen Jahrzehnten und auch sie ist fester Bestandteil des Schweizer Parteiensystems. Die Partei wie sie heute besteht, wurde 1971 gegründet. Allerdings reichen ihre Wurzeln bis in die 1930er Jahre zurück (Bauer 2015, S. 123f.). FPÖ und SVP *„wurden erst in den achtziger Jahren unter der Ägide Jörg Haiders bzw. Christoph Blochers zu rechtspopulistischen Parteien transformiert“* (Decker 2003, S. 13), woraufhin ein stetiger Aufschwung einsetzte (Bauer 2015, S. 123f.). Dieser machte sich auch in der Schweiz bei den Nationalratswahlen 1999 bemerkbar (Štefančík 2005, S. 2). Hier erzielte die Partei 22,5 Prozent der Wählerstimmen, was allerdings bei den folgenden Nationalratswahlen noch überboten wurde. So konnte die SVP 2003 26,7 und bei der Nationalratswahl im Jahr 2007 29 Prozent auf sich vereinen und ging somit aus beiden Wahlen als stärkste Kraft hervor (Bauer 2015, S. 125ff.). Aufgrund parteiinterner Flügelkämpfe verlor die SVP jedoch in weiterer Folge einen Teil ihrer Wählerschaft und musste

auch bei nachfolgenden Wahlen Verluste hinnehmen. In den letzten Jahren ist jedoch wieder ein Aufschwung zu verzeichnen. Bei der letzten Nationalratswahl 2015 erreichte die Partei 30 Prozent der Wählerstimmen. Die SVP gilt in der öffentlichen Wahrnehmung zwar als rechtskonservativ, ist aber eindeutig als fremdenfeindlich und rechtsextrem einzustufen (Langenbacher/Schellenberg 2011, S. 33).

Auch die Niederlande erlebt einen rechtspopulistischen Aufschwung (Wilp 2012, S. 55ff.). Die PVV (Partij voor de Vrijheid) mit Geert Wilders an der Spitze wurde 2004 gegründet und ist nach wie vor sehr erfolgreich (Diehl 2012, S. 19). Bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung schaffte die Partei mit 5,9 Prozent den Einzug in das niederländische Parlament (Bauer 2015, S. 109f.). Nach einer anfänglichen Erfolgsgeschichte, kam es jedoch ab 2012 zu deutlichen Wahleinbußen. Eine Ursache des Erfolges der PVV war vor allem die Fähigkeit, in der Bevölkerung vorhandene Ängste und Unsicherheiten – insbesondere hinsichtlich des Themas Immigration – aufzugreifen und für sich zu nutzen. Im Fokus der Partei steht eine extreme Form der Islamophobie, welche vom Parteivorsitzenden Geert Wilders aktiv vorangetrieben wird (Hartleb 2011b, S. 339f.). Dieser stand bereits des Öfteren aufgrund diverser islamfeindlicher Aussagen und dementsprechender Aktionen in der öffentlichen Kritik, was auch einen Grund für den Erfolgseinbruch ab 2012 darstellt (Bauer 2015, S. 110). Die PVV ging als eine von mehreren Nachfolgeparteien der im Februar 2002 gegründeten LPF (Lijst Pim Fortuyn) hervor (Bauer 2015, S. 91ff.). Kurz vor den Parlamentswahlen am 15. Mai 2002 wurde deren Parteivorsitzender, Wilhelmus S. P. Fortuyn, Opfer eines Attentats. Die LPF konnte bei der Parlamentswahl – welche trotz des das ganze Land erschütternden Attentats regulär stattfand – beachtliche 17 Prozent der Stimmen erzielen und zog mit 26 Sitzen in das niederländische Parlament ein. Es kam zu einer Regierung bestehend aus Christdemokraten (CDA), der rechtsliberalen Partei *Volkspartij Voor Vrijheid En Democratie* (VVD) und der LPF. Bereits im Oktober desselben Jahres zerbrach diese jedoch wieder. Nach der Ermordung des Parteivorsitzenden und dem Scheitern der Regierungskoalition verlor die LPF schnell an Einfluss und ging in mehrere Nachfolgeparteien über.

An dieser Stelle sei außerdem kurz auf namhafte rechtspopulistische Parteien in den skandinavischen Staaten verwiesen (siehe hierzu Jochem 2012, S. 101ff.). Zunächst ist hier die Dänische Volkspartei *Dansk Folkeparti* (DF) zu nennen. Vorläufer war die 1972 gegründete Dänische Fortschrittspartei *Fremskridtspartiet* (FRP), die jedoch 1995 aufgrund interner Konflikte und zunehmender elektoraler Schwäche sukzessive in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwand (Bauer 2015, S. 71f). Pia Kjaersgaard gründete 1995 schließlich die DF, deren Erfolgsgeschichte ab 1998 begann. Bei der damaligen Parlamentswahl erzielte die DF 7,4 Prozent der Wählerstimmen (Bauer 2015, S. 56) und konnte diesen Erfolg bei nachfolgenden Wahlen stetig ausbauen. Bei der Europawahl 2014

wurde die Partei mit 26,6 Prozent stärkste Kraft des Landes und auch aus der jüngsten Folketingswahl im Juni 2015 ging die DF mit 21,1 Prozent als Sieger hervor (Bauer 2015, S. 57). Die DF stellt zwar nicht die Regierung, stützt aber erneut – dies war bereits zwischen 2001 und 2011 der Fall – die rechtsliberale Minderheitsregierung.

Das Pendant zur dänischen FRP bildet die 1973 gegründete norwegische Fortschrittspartei *Fremskrittspartiet* (FrP). Diese verzeichnete weitaus bessere Erfolge als ihr dänisches Vorbild (Bauer 2015, S. 72ff.). Der Aufschwung der FrP begann im Jahr 1989, als die Partei erfolgreich die Themen Immigration und Asylmissbrauch aufgriff und für sich nutzte. Die Partei konnte ihre Erfolge in den darauffolgenden Jahren stetig verbessern und erzielte bei den Parlamentswahlen 2001 14,6, 2005 22,1 und 2009 22,9 Prozent der Wählerstimmen. Bei der Parlamentswahl im Jahr 2013 hatte die FrP zwar große Stimmeneinbußen zu verzeichnen, allerdings *„einigten sich Konservative und FrP auf eine Koalitionsregierung unter Ministerpräsidentin Erna Solberg.“* (Bauer 2015, S. 73).

Im Hinblick auf die skandinavischen Rechtspopulisten sei außerdem die Partei der Wahren Finnen *Perussuomalaiset* (PS) erwähnt (Bauer 2015, S. 111f.). Die Partei entstand 1995 und konnte nach anfänglicher elektoraler Schwäche ab 2008 beachtliche Wahlerfolge verzeichnen. Bei der Europawahl 2009 erzielte die Partei in einem Wahlbündnis mit den Christdemokraten 14 Prozent der Wählerstimmen und aus der finnischen Parlamentswahl 2011 ging die PS schließlich mit 19 Prozent als drittstärkste Kraft hervor. Seitdem gilt die Partei als bedeutender Akteur im finnischen Parteiensystem.

Zuletzt sei auf die Schwedendemokraten *Sverigedemokraterna* (SD) verwiesen, die 1988 entstand (Bauer 2015, S. 131f.). Ebenso wie die Wahren Finnen schaffte es auch die SD nicht, in den ersten Jahren besondere Wahlerfolge zu erzielen. Dies gelang der Partei erst ab 2006. Bei der Parlamentswahl 2010 zog die SD dann mit 5,7 Prozent in den schwedischen Reichstag ein. Bei der Europawahl 2014 konnte sie 9,7 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Der Umgang der anderen Parteien mit der SD ist jedoch von Ignoranz und politischer Exklusion geprägt.

Populistische Parteien sind aber keineswegs nur in westeuropäischen und skandinavischen Demokratien auszumachen. Sie gehören auch in Ostmittel- und Südosteuropa zum politischen Alltag. In diesem Raum gab es bereits eine Reihe an rechtspopulistischen Parteien, noch bevor das Thema Flüchtlinge großen Raum in den öffentlichen und politischen Debatten einnahm (Langenbacher/Schellenberg 2011, S. 39). Manche Experten vertreten jedoch die Ansicht, dass das Streben der post-kommunistischen Staaten nach EU-Mitgliedschaft den Populismus in der Region bis zu deren Beitritt noch einigermaßen im Zaum hielt (Hartleb 2011a, S. 61). Inzwischen erfahren populistische Parteien in den osteuropäischen EU-Staaten teils enormen Zulauf und erhalten bei Wahlen nicht selten Regierungsmehrheiten.

Paradebeispiel hierfür ist die derzeitige PiS-Regierung in Polen, welche aus der jüngsten Parlamentswahl im Oktober 2015 als klarer Sieger hervorging und 37,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte (Markowski 2015). Zwar war die Partei dadurch imstande eine Alleinregierung zu bilden, allerdings sollten die absoluten Zahlen nicht unberücksichtigt bleiben. Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung von lediglich 51 Prozent gaben umgerechnet nur etwa 19 Prozent aller Polen der PiS ihre Stimme (Markowski 2015, S. 3). Von einer Repräsentation der großen Mehrheit der polnischen Bevölkerung kann daher keineswegs die Rede sein. Das Wahlergebnis muss vielmehr als Ausdruck einer übergeordneten Unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung mit dem politischen Status quo gedeutet werden (Vetter 2015, S. 16ff.). Die PiS wurde erst im Jahr 2001 von den beiden Zwillingenbrüdern Lech und Jarosław Kaczyński gegründet (Bauer 2015, S. 112), allerdings gelang es ihr bereits 2005, mit etwa 27% als Sieger aus den Parlamentswahlen hervorzugehen. Die Regierung war allerdings nur von kurzlebiger Dauer und zerbrach bereits im Jahr 2007 (Markowski 2015, S. 4). Wie sich die derzeitige PiS-Regierung künftig weiterentwickeln wird, ist nach der bereits erfolgten Umsetzung umstrittener Gesetze (Vetter 2015) lediglich zu erahnen. Zahlreiche Akteure sind aufgrund der jüngsten Entwicklungen in Polen besorgt und befürchten eine Unterwanderung des Rechtsstaates sowie der Demokratie.

Als weiteres bezeichnendes Beispiel kann Ungarn angeführt werden. Dort haben sich trotz relativ stabil wirkender Regierungsperioden seit 1989 Populismus und Rechtspopulismus im politischen System fest etabliert (Barlai/Hartleb 2008, S. 35). Die derzeitige Regierungspartei Fidesz ist bereits seit 2010 im Amt und gilt als die erfolgreichste populistische Partei in Europa (Hartleb 2011b, S. 341). Sie steht jedoch sowohl auf internationaler Ebene, als auch innerhalb der Wissenschaft bereits seit Langem in der Kritik (Barlai/Hartleb 2008; Bauer 2015, S. 62). Im Mittelpunkt der Partei steht vor allem ihr Mitbegründer, Parteivorsitzender und heutiger Ministerpräsident Viktor Orbán. Fidesz befand sich bereits zwischen 1998 und 2002 in einer Regierungskoalition und stellte den Ministerpräsidenten (Bauer 2015, S. 61f.). Nach der Abwahl der Regierung 2002 trat Fidesz auch bei den Parlamentswahlen im Jahr 2006 mit Aussicht auf Erfolg an, erfuhr aber eine erneute Niederlage. Viktor Orbán wollte das Ergebnis nicht akzeptieren und startete eine Mobilisierungsstrategie (gegen die Regierung). Dabei begab er sich auf die *„Suche nach gesellschaftlichen Verbündeten mittels einer starken Identitätspolitik“* (Barlai/Hartleb 2008, S. 38). Es kam zu Demonstrationen und Orbán forderte die Errichtung einer Expertenregierung. Aus der Parlamentswahl 2010 ging Fidesz schließlich mit 53% der Stimmen als eindeutiger Sieger hervor und setzte diesen Erfolgskurs auch 2014 fort (Bauer 2015, S. 62). Viele Experten warnen jedoch aufgrund der jüngsten politischen Entwicklungen vor einem autoritären Trend in Ungarn: *„In den letzten Jahren lösten zahlreiche Maßnahmen der Regierung wegen des schleichenden Abbaus von Demokratie,*

Rechtsstaatlichkeit sowie Presse- und Meinungsfreiheit heftige europäische Kritik aus.“ (Bauer 2015, S. 62).

Generell kann gesagt werden, dass sich die europäischen populistischen Parteien insbesondere nach dem Grad ihrer Radikalität unterscheiden (Hartleb 2011b, S. 340f.). Daher sollte stets der Einzelfall betrachtet werden.

Berücksichtigt man die soeben beschriebenen Entwicklungen in Europa, so fällt auf, dass Deutschland bislang ausgespart wurde. Der Grund hierfür ist, dass die Bundesrepublik bis vor einigen Jahren eine Art „Insel der Seligen“ (vgl. Decker 2003) darstellte. Populistische Bewegungen schafften es aus unterschiedlichen Gründen nicht, sich langfristig in Deutschland als Partei zu etablieren (vgl. Kapitel 3.7). Dies änderte sich jedoch mit dem Aufkommen der „Alternative für Deutschland“ im Jahr 2013, die Untersuchungsgegenstand dieser wissenschaftlichen Arbeit ist und als Einzelfall noch ausführlich behandelt wird.

2.3.3 Ursachen für das Aufkommen von Populismus

Nach diesem europäischen Überblick stellt sich nun jedoch die Frage, welche Faktoren zum Aufschwung (rechts-)populistischer Parteien führten. Die Gründe sind vielfältig (Reynié 2016; Decker 2003) und können an dieser Stelle nur angerissen werden. Das folgende Kapitel soll einen Überblick über die wesentlichen, in der Literatur diskutierten Ursachen verschaffen.

Eine ganze Reihe von Faktoren kann das Aufkommen von Populismus befördern. Grob zusammengefasst können diese den folgenden übergeordneten Kategorien zugeordnet werden (vgl. Decker 2003, S. 14ff):

Gesellschaftlicher Wandel

Der gesellschaftliche Wandel kann als die Folge von Modernisierungsprozessen im Rahmen der Globalisierung betrachtet werden (Reynié 2016). Das damit einhergehende Wohlstandsgefälle führt aber zu einer Spaltung der Gesellschaft, in der sich viele als Verlierer sehen (Decker 2012, S. 10). Dadurch gestaltet sich der Aufschwung populistischer Akteure leichter. In diesem Kontext spielen nicht nur ökonomische und kulturelle Verlustängste der Menschen, sondern auch die zunehmende Individualisierung eine Rolle (Decker 2003, S. 15). Konnte die Gesellschaft früher noch in soziale Klassen eingeteilt und dadurch bestens von den großen Volksparteien repräsentiert werden, so ist dies heutzutage kaum bzw. nur bedingt möglich. Markus Wilp meint diesbezüglich sehr treffend, dass es *„wesentlich schwieriger [ist] 16 Million Individualisten zu repräsentieren als zwei soziale Klassen [...]“* (Wilp 2012, S. 51).

Es wird also klar, dass das Aufkommen bzw. der Aufschwung von Populismus in größere Zusammenhänge eingebettet werden muss. So führen Globalisierung und damit

einhergehende vielfältige Veränderungen (auch auf politischer Ebene) dazu, dass der Nationalstaat zunehmend an Handlungsspielraum einbüßt (Betz 1995). In diesem Sinne kann die Entstehung von Populismus als eine Gegenbewegung zu der von Chantal Mouffe postulierten unpolitischen Post-Politik gedeutet werden (Bebnowski 2015, S. 36). Diese Annahmen sind dem post-demokratischen Theorieansatz zuzuordnen. Hier wird davon ausgegangen, dass der Aufschwung populistischer Parteien ein Kennzeichen des Status quo der westlichen Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist (Mondon 2015, S. 149).

Institutionelle Rahmenbedingungen des politischen Systems

Das Entstehen von Populismus kann auf Spannungen innerhalb von Demokratien zurückgeführt werden (Canovan 1999). Durch die institutionelle Verfasstheit des politischen Systems kommt es zwangsläufig zur Entfremdung bzw. Distanzierung zwischen Volk und politischer Elite (Canovan 1999, S. 13f.). Demokratie kann dabei als Arrangement betrachtet werden, welches die Kontrolle des Volkes über den politischen Entscheidungsprozess sicherstellt. Dies funktioniert jedoch nicht ohne Expertise und institutionelle Vermittlungsinstanzen zur Umsetzung des Volkswillens. Populistische Akteure setzen genau hier an, indem sie sich als die wahre Stimme des Volkes ausgeben. Die Kluft zwischen Bevölkerung und politischer Elite wird dabei für eigene Zwecke genutzt, indem den Menschen Volksnähe vermittelt wird. Das Fehlen einer wirklichen Debatte über demokratische Alternativen hat laut Chantal Mouffe überhaupt erst zum Aufschwung populistischer Parteien geführt (Mondon 2015, S. 151f.).

Politische Gelegenheitsstrukturen

Der Aufschwung von Populisten erfolgt innerhalb bestimmter politischer Gelegenheitsstrukturen. Wie soeben erwähnt, führt Margaret Canovan das Entstehen von Populismus auf Spannungen innerhalb von Demokratien zurück und identifiziert dabei zwei Gesichter der Demokratie. Sie unterscheidet zwischen der Politik des Vertrauens und der Politik des Skeptizismus, deren Koexistenz Populismus stetig hervorbringt (Canovan 1999).

Der Erfolg populistischer Parteien und Bewegungen kann aber auch auf den Gestaltwandel des Parteiensystems und –wettbewerbs sowie auf die Parteien selbst zurückgeführt werden (Decker 2012). Die Phase der in der Bevölkerung stark verankerten Volksparteien fand spätestens mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Osteuropa 1989/90 ihr Ende (Decker 2012, S. 11; Hartleb 2011b, S. 338). Den Parteien auf dem rechten politischen Spektrum wurde durch diese Zäsur die logische Basis für ihre anti-kommunistische Haltung entzogen, während den Parteien auf dem linken politischen Spektrum die Vision des sogenannten „dritten Weges“ genommen wurde. Dieses abhanden gekommene Feindbild wird

seit vielen Jahren von Populisten erfolgreich durch das neue Feindbild Islam ersetzt (Priester 2012, S. 9). Seit den 1990er Jahren fand dadurch eine stetige „Entideologisierung“ statt. An die Stelle der ideologischen Fixierung der Politik trat eine zunehmende Personalisierung und Inszenierung (Decker 2012). Durch die Entideologisierung kam es auch zu der bereits angesprochenen abnehmenden Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft, was sich etwa an rückläufigen Parteimitgliedschaften, abnehmender Wahlbeteiligung und weiteren Faktoren bemerkbar macht. Die Logik der Stimmenmaximierung führte außerdem dazu, dass sich Parteien immer weniger auf spezifische Positionierungen festlegen und sich zu vielen Thematiken relativ vage äußern, um möglichst viele Wählerschichten anzusprechen und für sich zu gewinnen. Die Folgen dieses Prozesses fasst Frank Decker sehr pointiert zusammen: *„Wenn die politischen Grenzen verwischt werden, entsteht Unzufriedenheit mit den politischen Parteien, und es erstarken andere Formen kollektiver Identitäten – etwa im Bereich nationalistischer, religiöser oder ethnischer Identifikationsformen.“* (Decker 2012, S. 12).

Der Populismusforscher Cas Mudde argumentiert aus einer historischen Perspektive. Er ist der Ansicht, dass Bildung und Emanzipation die Autorität politischer Eliten sukzessive schwinden ließen und zu einer höheren Erwartungshaltung der Bevölkerung gegenüber der Leistung und Kompetenz von Politikern führten (Mudde 2004, S. 556). Dies mündete jedoch in einem Teufelskreis aus zunehmender Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit, da den wachsenden Anforderungen an die Politik aufgrund der steigenden Komplexität und Zunahme der Geschwindigkeit von politischen Abläufen kaum mehr nachgekommen werden kann. So entsteht Unmut in der Bevölkerung unter anderem hinsichtlich intransparenter politischer Prozesse (Decker 2012, S. 13). Ein Vorteil populistischer Parteien dabei ist, dass diese keine strategischen Überlegungen berücksichtigen müssen und sich insgesamt freier artikulieren können (Wilp 2012, S. 63f.). Aufgrund der zunehmenden Komplexität politischer Prozesse und Abläufe werden unzufriedene Bürger durch die einfache Sprache populistischer Akteure angesprochen. Etablierte Parteien streben hingegen Regierungsämter an. Da hierfür jedoch mehr Wählerstimmen nötig sind, müssen übergreifende Themen angesprochen werden. Kontroverse Themen werden dabei überwiegend gemieden. Damit geht jedoch programmatisches Profil verloren und die Bürger würden klare Aussagen und Positionierungen vermissen (Wilp 2012, S. 63f.). Populistische Parteien können somit als *„Ausdruck der Sehnsucht vieler Bürger nach Klarheit“* (Wilp 2012, S. 65) verstanden werden. Denn Parteien können programmatisch immer weniger voneinander unterschieden werden (Michelsen/Walter 2013, S. 19). Parteien verstärken diese Konturenlosigkeit jedoch selbst, indem sie es vermeiden, auch Alternativen in den politischen Debatten anzusprechen (Trankovits 2012, S. 5). Durch die programmatische Aushöhlung nimmt die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den etablierten Parteien allerdings stetig zu und populistische Parteien bieten erwünschte alternative Identifikationsformen an (Decker 2012, S. 12f.). Außerdem birgt

dies die Gefahr, dass nicht vorhandene Unterschiede zwischen den etablierten Parteien durch Image-Politik, Inszenierungen und Stimmungsmache versucht werden künstlich herzustellen. Populistischen Parteien fallen klare Aussagen und Positionierungen also leichter als etablierten Parteien. Sie beanspruchen, das Volk als Ganzes zu repräsentieren und sprechen dadurch eine „*breitere und differente Wählerschaft*“ (Gehl 2012, S. 223) an. „*In den Niederlanden waren Parteien, die mit erkennbaren Forderungen bzw. einem vergleichsweise klarem Profil auftraten, in letzter Zeit erfolgreich darin, Stimmen zu gewinnen.*“ (Wilp 2012, S. 64). Etablierte Parteien, die nach Regierungsämtern streben, wollen hingegen überhöhte Erwartungen an die Regierungsarbeit vermeiden und propagieren daher eher selten nicht oder nur schwer erfüllbare Versprechen.

Unmut entsteht außerdem durch die subjektiv wahrgenommene Verschlechterung des Lebensstandards der Menschen, die zunehmend verunsichert und pessimistisch sind und Zukunftsängste haben (Betz 1995). Dies ist sowohl eine Folge der Globalisierung und einem damit einhergehenden zunehmenden Wohlstandsgefälle, als auch von politischen und ökonomischen Krisenzeiten (Mondon 2015, S. 149). Eine weit verbreitete Annahme ist, dass Gesellschaften insbesondere in solchen Krisenzeiten anfällig für populistische Reaktionen sind (Cedroni 2011), da die politischen Eliten in diesen Phasen häufig nicht mehr fähig sind, bestimmte gesellschaftliche Gruppen und deren Interessen adäquat zu repräsentieren (Bebnowski 2015, S. 33). Dadurch wird ein Kreislauf des Aufkommens und Wieder-Abebbens populistischer Bewegungen in Gang gesetzt: „*Insofar as populism exploits this gap between promise and performance in democracy, there is no end to it. For if a populist movement is so successful in appealing past the established political forces that it actually gets into power, its own inability to live up to its promises will be revealed, offering scope for further populist appeals to the people.*“ (Canovan 1999, S. 12).

Fähigkeit populistischer Akteure, diese Gelegenheitsstrukturen zu nutzen

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass populistische Parteien auch imstande sein müssen, mögliche politische Gelegenheitsstrukturen adäquat für sich zu nutzen, um letztendlich Erfolge in Form von Wählerzuspruch verzeichnen zu können. Zugute kommt ihnen dabei insbesondere die fehlende bzw. abhanden gekommene Verbindung zwischen etablierten Parteien und Bürgern. Populisten bieten hier eine oft ersehnte Alternative an (Decker 2012, S. 12f.).

Nach den soeben geschilderten Ursachen für das Aufkommen von Populismus steht fest, dass sich die repräsentative Demokratie bereits seit vielen Jahren in einem Wandel befindet (Michelsen/Walter 2013). Dies macht sich an zunehmendem Interessenpluralismus, der

Herausbildung und Etablierung eines Mehrebenensystems der Politik – welches zu mehr Intransparenz aufgrund vermehrter informeller politischer Prozesse führt – sowie der steigenden Komplexität politischer Abläufe bemerkbar (Michelsen/Walter 2013, S. 21f.). Diese Entwicklungen schränken den nationalen Handlungsspielraum zusehends ein (Trankovits 2012, S. 3). *„In der Folge ist die kleine Politik gezwungen, das große Wort, die zuspitzende Geste den Hasardeuren an den populistischen Rändern zu überlassen, die diese unter antipolitischen Vorzeichen reaktivieren, als gegen »die« institutionelle Politik insgesamt gerichtet und als den Willen eines homogenen (ethnisch, klassistisch oder ähnlich definierten) Volkes präsentieren.“* (Michelsen/Walter 2013, S. 22). Folgt man dabei den Gedankengängen Frank Deckers, so nutzen Populisten lediglich die sich ergebenden politischen Gelegenheitsstrukturen (Decker 2003; Decker 2012). Ob Populismus dabei gefährdend auf die Demokratie wirkt oder auch als Korrektiv betrachtet werden kann, soll im folgenden Kapitel diskutiert werden.

2.4 Populismus als Gefahr *versus* Populismus als Korrektiv

Während viele Experten auf die zahlreichen Gefahren von Populismus (Diehl 2012; Langenbacher/Schellenberg 2011; Hartleb 2011a) sowie dessen antidemokratisches Wesen und Verhalten (Bauer 2012; Cedroni 2011) hinweisen, wird gleichzeitig zu bedenken gegeben, dass Populismus durchaus auch als Mittel dienen kann, um tabuisierte und ignorierte Themen zur Ansprache zu bringen. Dadurch könnte unter anderem auf Mängel und Fehlentwicklungen im demokratischen System aufmerksam gemacht und auch alternative Diskurse angestoßen werden (Segert 2011; Cedroni 2011). Diese beiden schwer voneinander zu trennenden wissenschaftlichen Argumentationen sollen im folgenden Kapitel näher betrachtet werden.

2.4.1 Populismus als Gefahr

Populismus wird häufig deshalb als Gefahr bezeichnet, da dieser als illiberal gilt, was wiederum dem liberalen Wesen moderner Demokratien widerspreche (Canovan 1999, S. 7). Dies mache sich in der Ablehnung zentraler demokratischer Werte wie etwa Pluralismus, die Rechte des Individuums, die Gleichheit der Menschen sowie die Delegation der Volkssouveränität bemerkbar (Bauer 2015, S. 36). Innerhalb der Literatur wird in diesem Zusammenhang insbesondere Rechtspopulismus als Gefahr betrachtet (Hartleb 2011b, S. 341f.; Hartleb 2012, S. 24). Diese Form des Populismus weist eine vertikale sowie eine gefährliche horizontale Dimension auf. Unter der vertikalen Dimension wird die Gegenüberstellung von Volk und politischer Elite subsummiert, welche typisch für Populismus im Allgemeinen ist. Die horizontale Dimension richtet sich jedoch gegen Fremde jeglicher Art

und insbesondere gegen Zuwanderer. Indem Populismus ein Freund-Feind-Schema konstruiert kommt es zu Exklusionen bestimmter Gruppen aus dem als homogen definierten Volk (Michelsen/Walter 2013, S. 22).

Außerdem wird kritisiert, dass sich populistische Parteien zwar nach außen hin basisdemokratisch geben, gleichzeitig jedoch teils bedenkliche demokratische Defizite innerhalb der eigenen Partei aufweisen (Bauer 2012, S. 62). So haben populistische Parteien abseits der umfassenden Kritik an den etablierten Parteien vor allem selbst mit einer Reihe von Problemen wie etwa internen Führungs- und Richtungskämpfen sowie Fluktuationen bei Wahlen und der Wählergunst zu kämpfen (Priester 2012, S. 9). Weiters wird zwar das Volk in den Mittelpunkt gerückt und mehr direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten gefordert. Allerdings werden diese demokratischen Ansprüche letztendlich durch die Verengung und den Fokus auf den *Leader* in den Hintergrund gerückt. Insofern kann das Verhältnis zwischen Demokratie und Populismus als ambivalent bezeichnet werden. Manche sprechen sogar von einem parasitären Verhältnis zu Demokratie (Diehl 2012, S. 17ff.). Auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht, besteht zumindest ein Spannungsverhältnis (Hartleb 2011b, S. 341; Canovan 1999).

Wie bereits erwähnt, ist seit den Ereignissen in Osteuropa 1989/90 in Europa eine sukzessive Entideologisierung auszumachen (Decker 2012). Versteht man Demokratie als ein System, in welchem Konflikte friedlich durch Regeln, Prozeduren und Diskurse ausgetragen werden (Canovan 1999, S. 8), so findet sich häufig die Kritik, dass es zu sich sukzessive etablierenden Tabubrüchen gekommen ist – insbesondere durch den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien (Langenbacher/Schellenberg 2011, S. 31f.). Populistische Diskurse gehören heutzutage zum politischen Alltag und sind in den Parteiensystemen fest etabliert (Mudde 2004). Zu beobachten ist dabei eine Art Normalisierung der Rhetorik. Heutige populistische Aussagen und Artikulationen wären noch vor 20 Jahren ein Tabu bzw. unvorstellbar gewesen (Mondon 2015, S. 147ff.). Populisten treten jedoch immer selbstbewusster auf und machen durch aufsehenerregendes Verhalten und Aussagen sowie Symbolpolitik auf sich aufmerksam (Hartleb 2012, S. 27f.). Florian Hartleb sieht genau in diesen Diskursverschiebungen die größte Gefahr des (Rechts-) Populismus.

Abseits dieser Kritikpunkte ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich seit vielen Jahren in etablierten Demokratien tatsächlich Defizite und Fehlentwicklungen bemerkbar machen und Gegenstand wissenschaftlicher Debatten sind (Bebnowski 2015). Populismus wird dabei als Krisensymptom – also als Begleiterscheinung einer umfassenderen Krise – verstanden (Priester 2012, S. 7). Um diese Defizite überwinden und die Demokratie nachhaltig regenerieren zu können wird geraten, den Fokus nicht zu stark auf populistische Parteien und Akteure selbst zu legen, sondern vielmehr damit zu beginnen, die Fehlentwicklungen

anzuerkennen und die Demokratie wieder aktiv zu repolitisieren. Dies dürfe nicht den Populisten überlassen werden (Bebnowski 2015, S. 37). Die Gedankengänge von Frank Decker können in diesem Zusammenhang als ergänzend betrachtet werden. Er betont die Notwendigkeit einer Reform der Parteien selbst (Decker 2012, S. 15). Diese müssten sich an neue Gegebenheiten anpassen und dürften nicht an alten, einst errungenen Privilegien festhalten (siehe hierzu auch Bauer 2015, S. 21). In diesem Zusammenhang nennt Frank Decker drei notwendige Schritte:

Flexibilisierung der parteiinternen Strukturen

Hierunter ist konkret die Öffnung und Flexibilisierung der gesamten Parteiorganisation gemeint, um auch abseits der formalen Parteimitgliedschaft alternative Partizipationsmöglichkeiten für interessierte Bürger darzubieten. Diese neuen Möglichkeiten des Engagements für die Partei sollen in unterschiedlichem Ausmaß angeboten werden und eher Projektarbeiten ähneln. Die Bürger sollen selbst entscheiden können ob sie festes Parteimitglied werden oder sich in einem oder mehreren alternativen Partizipationsprojekten einbringen wollen. Damit soll eine Re-Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft in Gang gesetzt werden.

Ausweitung der Beteiligungsrechte von Parteimitgliedern

Laut Decker bedarf es zudem einer Ausweitung der Beteiligungsrechte der Parteimitglieder selbst. Darunter ist die Stärkung parteiinterner demokratischer Prozesse zu verstehen. So sollen Mitglieder sowohl über die inhaltliche Ausrichtung der Partei mitentscheiden, als auch die Parteiführung sowie die Spitzenkandidaten wählen dürfen. Dadurch erhalten die Führungsspitzen mehr Legitimität und wären den Mitgliedern gegenüber zu mehr Verantwortlichkeit verpflichtet. Laut Decker wäre dies nicht nur für die Bedeutung der Parteimitglieder selbst von Vorteil, sondern würde sich auch auf die öffentliche Wirksamkeit der Partei als Ganzes positiv auswirken.

Einführung zusätzlicher demokratischer Abstimmungsformen

Abschließend plädiert Decker für mehr direkte Demokratie. Aufbauend auf dem Gedankengang, dass Wahlen heutzutage keine adäquate Basis mehr für demokratisch legitimierte Regierungen darstellen, sollen die Bürger laut Decker auch abseits regulärer Wahlen über gewisse Sachverhalte direkt abstimmen können.

Frank Decker rät aber nicht nur zu einer offenen Reformdebatte der Parteiendemokratie, sondern gibt auch zu bedenken, dass Wahlen heutzutage möglicherweise nicht mehr als adäquates Mittel dienen, um demokratisch fundierte Ergebnisse zu generieren (Decker 2012,

S. 14). Auch Dorothée de Nève macht darauf aufmerksam, dass durch stetig sinkende Wahlbeteiligungen zunehmend künstliche Regierungsmehrheiten entstehen, welche das Volk nicht mehr adäquat repräsentieren (Nève 2009). Dies soll an dieser Stelle aber nicht weiter ausgeführt werden. Zu beobachten ist jedenfalls, dass sich die etablierten Parteien wandeln bzw. zunehmend unter Druck geraten (Hartleb 2012). Viele Theoretiker sind sich einig, dass dies eine Reaktion auf die Herausforderung durch populistische Parteien ist. Inzwischen wird sogar von einem „populistischen Zeitgeist“ (Mudde 2004) gesprochen. *„In dieser Situation, in der alles im Fluss ist, passen sich die meisten politischen Parteien ungeniert der Entideologisierung an. Dass der Populismus per definitionem Lösungen anbietet, die es nicht gibt, hält die Chiefs der etablierten Parteien nicht von einem heftigen Flirt mit einem Politikstil ab, der letztendlich die Durchführung ihres eigenen Programms unterwandern kann.“* (Wallage 2005, S. 40). Viele Experten sind sich einig: *„Der Rechtspopulismus polarisiert die Mitte der Gesellschaft [...]“* (Zick/Küpper 2015, S. 9f.). Politische Eliten befürchten, dass populistische und euroskeptische Parteien zunehmend als Gewinner aus Krisen hervorgehen (Hartleb 2011b, S. 338). Das Problem hierbei ist, dass Populisten nicht bzw. nur schwer einzuhaltende Versprechen abgeben. *„Das Volk wird überhäuft mit Worten und Bildern, die es träumen lassen“* (Cedroni 2011, S. 249f.). Es muss davon ausgegangen werden, *„dass die Rechtspopulisten mit ihrem ideologischen Gemischtwarenhandel weiterhin erfolgreich sein werden, zumal die etablierten Volksparteien noch immer nicht realisiert zu haben scheinen, dass die europäischen Staaten auf eine existenzbedrohende Krise des politischen Systems „repräsentative Parteiendemokratie“ zusteuern.“* (Bauer 2015, S. 20).

2.4.2 Populismus als Korrektiv

Vermeht ist innerhalb der Literatur jedoch auch der Gedankengang zu finden, dass Populismus durchaus auch positive Auswirkungen auf moderne Demokratien haben kann (Segert 2011, Canovan 1999). Denn *„Populisten treten als agenda setter auf, die tabuisierte, unliebsame oder vernachlässigte Themen aufgreifen und insofern nicht nur eine Bedrohung, sondern auch eine produktive Herausforderung darstellen können.“* (Priester 2012, S. 7). Dadurch und durch die dabei verwendete einfache Sprache können unpolitische, passive und/oder politisch apathische Individuen wieder an die Politik herangeführt werden (Canovan 1999; Priester 2012). Außerdem können bisher nicht erkannte oder ignorierte Probleme und Defizite bzw. bis dato als vernünftig wahrgenommene Strukturen im politischen System aufgezeigt und die Gesellschaft zur Diskussion und Reflexion des Status quo angeregt werden. Populismus fungiert insofern nicht nur als eine Art *„Frühwarnsystem gegen Verkrustungstendenzen der Politik“* (Priester 2012, S. 7), sondern auch als Spiegel, *„durch den sich die Demokratie betrachten und ihre Schwächen erkennen könnte“* (Cedroni 2011, S. 246).

Dies könnte zu einer Art Reinigungsprozess beitragen (Hartleb 2012, S. 29). Damit einher geht auch die Annahme eines regelmäßigen Selbsterneuerungsprozesses von Demokratien. Wenn also neue Parteien entstehen – auch wenn diese aus populistischer Mobilisierung hervorgehen – sei dies ein Anzeichen für Demokratie (Canovan 1999, S. 15). Häufig wird daher auch davon ausgegangen, dass Populismus eine neue Form des gesellschaftlichen Protests darstellt (Bauer 2015). Unter der Prämisse, dass er sich „*innerhalb des demokratischen Spektrums bewegt*“ (Hartleb 2012, S. 23) kann Populismus also durchaus auch positive Impulse für Demokratien setzen. So wird beispielsweise relativ erfolgreich Kritik an der Parteienherrschaft geübt. Tatsächlich gibt es innerhalb der repräsentativen Demokratie – und hier insbesondere im Bereich der Bürgernähe – Defizite (Bebnowski 2015). Manche Experten argumentieren, dass populistische Akteure lediglich „*auf die Repräsentationsschwäche der etablierten Kräfte*“ (Decker 2012, S. 14) im demokratischen Parteiensystem reagieren. Häufig wird dabei betont, dass die Forderung populistischer Akteure nach mehr direkter Demokratie und Partizipationsmöglichkeiten eine durchaus revitalisierende und regenerierende Wirkung auf die Demokratie haben kann (Diehl 2012, S. 17; Cedroni 2011, S. 249). Denn Populismus verweise stets darauf, dass die Volkssouveränität die Legitimationsquelle der Demokratie ist und dass der Fokus nicht ausschließlich auf institutionelle Prozesse gelegt werden sollte. Insofern verfolgen Populisten durchaus eine demokratische Idee, da sie sich stets auf das Volk beziehen (Canovan 1999, S. 5).

Ein interessanter Gedankengang findet sich außerdem bei Margaret Canovan, die Populismus als eine Art Schatten bezeichnet, der Demokratie immer folgt (Canovan 1999). Demnach dürfe Populismus nicht als ein Zeichen von Rückständigkeit verstanden werden, die überwunden werden muss, sondern als ständiger Begleiter von Demokratien. Ihrer Ansicht nach sollten die Forderungen von Populisten – etwa nach mehr direkter Demokratie – nicht einfach ignoriert werden. Das stetige Wiederkehren von Populismus in Demokratien sollte eher genutzt werden, um derlei Bewegungen und deren Komplexität sowie Demokratie selbst besser verstehen zu können. Insofern ist es von Relevanz „*to think seriously about the populist claim to democratic legitimacy*“ (Canovan 1999, S. 6f.). Wenn dies nicht geschehe, könne auch nichts über das Wesen von Demokratien gelernt werden. „*Daher sollte die Debatte um den Rechtspopulismus nicht davon ablenken, sich mit der Zukunft der repräsentativen Demokratie, dem Verhältnis zu den Finanzmärkten sowie neuen, für die junge Generation ansprechenden Partizipationsformen zu beschäftigen.*“ (Hartleb 2012, S. 29).

2.5 Ein erster Ausblick – Die Frage nach dem Umgang mit Populismus

Nach diesen beiden ambivalenten Argumentationslinien stellt sich die Frage, wie die Gesellschaft mit Populismus umgeht. Da sich die europäischen (rechts-)populistischen

Parteien insbesondere vom Ausmaß ihrer Radikalität unterscheiden, entscheidet auch der jeweilige Einzelfall darüber, wie sich der Umgang von Politik, Medien und Gesellschaft mit diesen gestaltet (Hartleb 2011b, S. 340f.). Die Bandbreite reicht von Tolerierung der populistischen Akteure in den skandinavischen Staaten und in den Niederlanden, bis hin zur Ausgrenzung, wie dies etwa in Frankreich und – wie später noch deutlich werden wird – auch in Deutschland zu beobachten ist.

Einige Strategien und Ratschläge, die in der Literatur diesbezüglich zu finden sind, wurden teilweise bereits in den beiden vorhergehenden Kapiteln erwähnt. Die Frage ist aber, ob Strategien gegen Populismus notwendig bzw. tatsächlich von Nutzen sind. Werner Patzelt argumentiert etwa, dass die Bürger weder etwas vom aktionistischem Aufgreifen und Verstärken ihrer Sorgen und Ängste durch populistische Akteure haben, noch vom Kleinreden durch die etablierten Parteien (Patzelt 2015, S. 18). Er schlägt daher einen Mittelweg vor und plädiert unter anderem für mehr offene Diskussionen, das vermehrte und ernsthafte Anhören von Sorgen sowie eine diesbezügliche Ursachenerforschung, für die Thematisierung von Problemen und für eine ehrliche und transparente Abwägung von real Möglichem und Machbarem. Durch diese problemlösungsorientierte Politik könne der Verbreitung von Hysterie (durch die modernen Medien), dem Schüren von Ängsten sowie der Polarisierung der Bevölkerung effektiv entgegengewirkt werden. Auch Christoph Giesa plädiert für vermehrte Debatten und Überzeugungsarbeit (Giesa 2015, S. 25). Allerdings warnt er davor, „*jeden Unsinn zu debattieren*“ (Giesa 2015, S. 26) und macht auf die Notwendigkeit von ernsthaften Diskussionen und einer politischen Kultur der Kompromisse aufmerksam.

3. Die Alternative für Deutschland (AfD)

Während sich in anderen europäischen Staaten populistische Parteien bereits vor Jahrzehnten etablieren konnten, hatten es entsprechende Kräfte in Deutschland lange Zeit aufgrund unterschiedlicher Faktoren schwer (vgl. Kapitel 3.7). Dies änderte sich mit dem Beginn der Finanzkrise 2008 und der unter anderem daraus resultierenden Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) am 06. Februar 2013 (Bauer 2015, S. 44; Decker 2015; Schmitt-Beck 2016). Bei dieser Partei handelt es sich – anders etwa als bei dem nur kurz andauernden Erfolg der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ in Hamburg, die insbesondere unter der Bezeichnung Schill-Partei bekannt ist (Bauer 2015, S. 105f.; Decker 2003, S. 18f.; Berbuir et al. 2015, S. 158; Decker 2013, S. 22ff.) – scheinbar nicht um ein nur kurzzeitiges Phänomen. Woran das liegt, wie sich die AfD im Zeitverlauf entwickelte, welche Positionen sie vertritt und wie insbesondere die deutschen Print-Medien mit dieser Partei umgehen (vgl. Kapitel 5), stellt das Hauptthema der nun folgenden Kapitel dar.

3.1 Parteigründung und weitere Entwicklung

Die AfD ging aus einer ganzen Reihe von politischen (Protest-)Bewegungen und Initiativen hervor, die sich lange vor der offiziellen Parteigründung am 06. Februar 2013 formierten (Bebnowski 2015, S. 19; Decker 2015, S. 27f.). Die Parteigründung stellt somit den Höhepunkt einer bereits längerfristigen Entwicklung dar. Die Formierung dieser Vorläufergruppierungen reicht bis zurück zum Vertrag von Maastricht im Jahr 1992, in dem unter anderem die Einführung des Euros festgeschrieben wurde (Bebnowski 2015, S. 30; Decker 2015, S. 28). Als direkte Reaktion darauf wurde zunächst die Partei „Bund freier Bürger“ (BfB) durch eine Reihe deutscher Ökonomen gegründet, die sich in den Folgejahren insbesondere gegen währungspolitische europäische Entwicklungen positionierten (Bebnowski 2015, S. 30). Joachim Starbatty – (Volks-)Wirtschaftswissenschaftler und späteres AfD-Mitglied (vgl. Bebnowski 2015, S. 22ff.) – war unter anderem Mitglied dieser *„rechtspopulistischen Partei, die sich stark an der österreichischen FPÖ orientierte“* (Bebnowski 2015, S. 23). In der heutigen AfD finden sich also viele Euro-kritische Ökonomen der 1990er Jahre wieder. Die Vorläufer-Netzwerke der AfD und die zentralen Persönlichkeiten¹ werden in der nun folgenden Grafik dargestellt.

¹ Alle grau hinterlegten Personen unterstützten die WA2013 (Bebnowski 2015, S. 30)

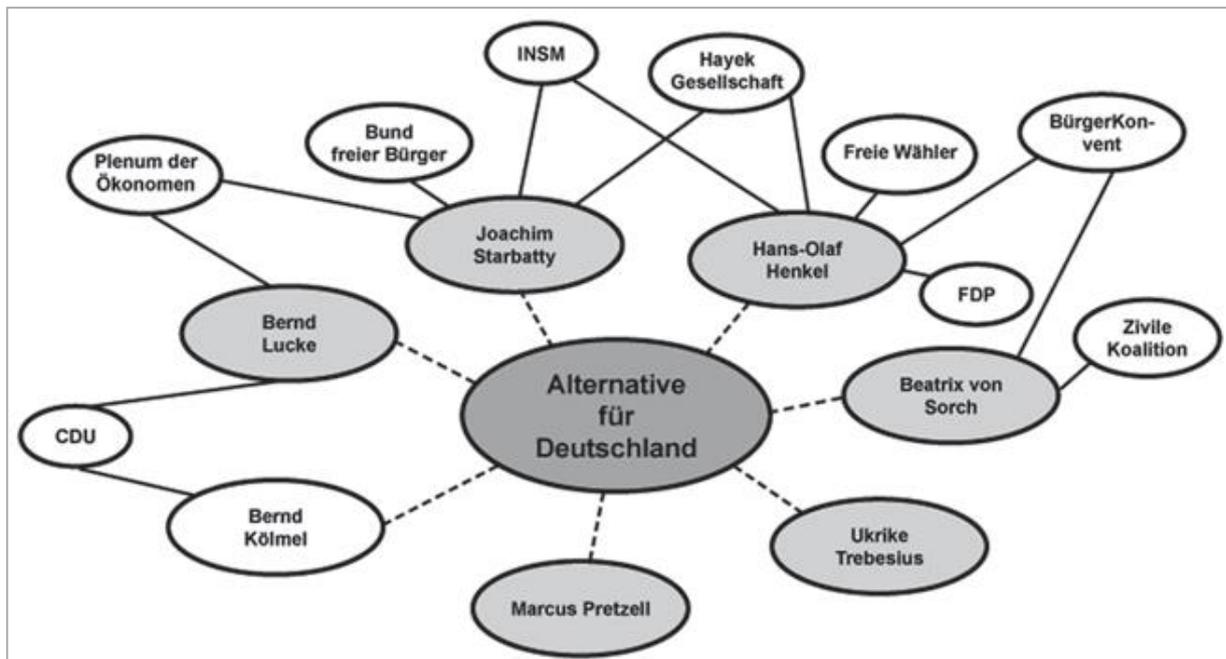


Abbildung 1: Netzwerkstruktur der AfD-Europaparlamentarier (aus Bebnowski 2015, S. 30)

Einen wesentlichen Aufschwung erfuhren die Euro-Gegner schließlich durch den Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise ab 2008. Im Mittelpunkt stand vor allem die Kritik an der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung und der EU (Bebnowski 2015, S. 21f.; Schmitt-Beck 2016, S. 2f.). Der direkte Vorläufer der AfD war das sogenannte „Plenum der Ökonomen“, welches von Bernd Lucke im Oktober 2010 ins Leben gerufen wurde und als direkte Reaktion auf die Zustimmung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zum ersten EU-Rettungspaket für Griechenland betrachtet werden (Niedermayer 2015, S. 177f.). Im Februar 2012 veröffentlichte das Plenum eine Stellungnahme. Darin wurde die Euro-Rettungspolitik massiv kritisiert und insbesondere gegen die Einrichtung des dauerhaften Euro-Rettungsschirms ESM protestiert. Die öffentliche Kritik an der Rettungspolitik nahm daraufhin stetig zu. Eine Folge war beispielsweise die Gründung der sehr heterogen zusammengesetzten Bewegung „Bündnis Bürgerwille“, der unter anderem viele politische Akteure nahezu aller politischen Parteien angehörten (Niedermayer 2015, S. 179f.). Neben Bernd Lucke selbst und Vertretern des Plenums der Ökonomen war auch Hans-Olaf Henkel Mitglied dieses Bündnisses.

„Inhaltlich an die Positionen des Plenums der Ökonomen und des Bündnisses Bürgerwille anknüpfend, gründete Bernd Lucke, bis Ende 2011 CDU-Mitglied, im September 2012 mit dem CDU-Mittelstandsvertreter Gerd Robanus, dem ex-CDU-Mitglied, früheren Staatssekretär in der hessischen Staatskanzlei und ehemaligen Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung Alexander Gauland, der seit Jahren den Verlust des konservativen Profils der CDU

kritisierte, und dem konservativen früheren Feuilletonredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Chefkorrespondenten der Zeitung Die Welt Konrad Adam die ‚Wahlalternative 2013‘.“ (Niedermayer 2015, S. 180).

Im Vorfeld der AfD-Parteigründung kooperierten zunächst das „Bündnis Bürgerwille“ und dann die „WA2013“ (Wahlalternative 2013) mit der ebenfalls Euro-kritischen Partei „Freie Wähler“. *„Erst als diese bei den Landtagswahlen in Niedersachsen den Einzug in den Landtag verpassten, rüstete die WA2013 zur AfD um.“* (Bebnowski 2015, S. 34). Der Parteigründung ging also ein strategisch geplanter Prozess voraus. Zu den Gründungsakteuren der AfD am 06. Februar 2013 zählten die ehemaligen CDU-Mitglieder Bernd Lucke, Alexander Gauland und Konrad Adam (Decker 2015, S. 28f.; Franzmann 2016, S. 6; Niedermayer 2015, S. 181). Betrachtet man die Herkunft wesentlicher AfD-Mitglieder, so verwundert es nicht, dass die Partei auch einen ausgeprägten Konservativismus vertritt (Bebnowski 2015, S. 5ff.). So finden sich einige Positionierungen der AfD auch bei den etablierten Parteien wieder – allen voran bei der CDU und der FDP (Bebnowski 2015, S. 9), also jenen Parteien, denen viele Mitglieder den Rücken kehrten und zur AfD wechselten.

Bis zu den innerparteilichen Konflikten, die Mitte Juli 2015 zur Abspaltung des gemäßigten Parteiflügels um Bernd Lucke herum führten, wurde die AfD von einer Dreier-Spitze bestehend aus Bernd Lucke, Frauke Petry und Konrad Adam geführt (Bauer 2015, S. 44). Das populistische Merkmal der männlichen Führungsperson (Henke/Lloyd 2015) trifft auf die AfD daher nur teilweise zu. Das Gesicht der AfD war jedoch von Beginn an Bernd Lucke (Bebnowski 2015, S. 19).

Die Partei erzielte bei der Bundestagswahl im September 2013 – also nur ein halbes Jahr nach der Parteigründung – bereits 4,7 Prozent und verpasste den Einzug in den Bundestag damit nur knapp (Niedermayer 2015, S. 175). Bei der Europawahl im Mai 2014 verzeichnete die AfD mit 7 Prozent ebenfalls einen beachtlichen Erfolg und schaffte damit – wie bei dieser Wahl auch viele andere rechtspopulistische Parteien aus anderen EU-Mitgliedstaaten – den Sprung ins EU-Parlament (Bauer 2015, S. 137).

Bereits Ende Mai 2015 verfügte die AfD in allen sechzehn deutschen Bundesländern über regionale Geschäftsstellen (Berbair et al. 2015, S. 155). An diesem relevanten Schritt zur langfristigen Etablierung scheitern die meisten Kleinparteien. Der deutschlandweite Auf- und Ausbau parteilicher Infrastruktur stellt somit einen Grund für den relativ raschen Erfolg der Partei dar. Ein weiterer besteht in der großen Medienwirksamkeit von Bernd Lucke.

Trotz der erfolgreichen Wahlkämpfe war zusehends eine Spaltung der Partei in zwei ideologische Lager zu beobachten (Franzmann 2016, S. 5). *„In der Folge ist innerhalb der AfD ein von den Medien dankbar aufgenommener Richtungsstreit entbrannt“* (Lewandowsky 2015,

S. 127), bei dem sich ein liberaler und ein konservativer Flügel gegenüberstanden (vgl. Bebnowski 2015, S. 5). Innerparteiliche Konflikte und Auseinandersetzungen waren die Folge. Diesem in der medialen Öffentlichkeit ausgetragenen Machtkampf ging ein zunehmendes Erstarken der radikalen Kräfte in der AfD voran (Decker 2015, S. 29ff.). Die gemäßigte Parteiführung verlor stetig an Rückhalt in der Parteibasis.

Alles begann mit dem Bremer Parteitag Ende Jänner 2015. Diesen wollte Bernd Lucke nutzen, um die Satzung zu ändern. Es sollte nur noch einen Parteivorsitzenden geben – nämlich ihn selbst – woraufhin ein monatelang andauernder innerparteilicher Machtkampf entbrannte, der schließlich bei der Wahl des Bundesvorsitzenden auf dem Parteitag in Essen im Juli 2015 mit der Niederlage von Bernd Lucke – zugunsten der AfD-Landesvorsitzenden von Sachsen Frauke Petry und Jörg Meuthen – endete (Bauer 2015, S. 44). Dies war schließlich der Auslöser für die Spaltung der Partei. *„Bis Mitte Juli verließen mehr als 2000 Mitglieder die Partei, darunter neben Lucke selbst [...] fast alle Protagonisten des liberalen Flügels.“* (Decker 2015, S. 30).

Bernd Lucke initiierte vor dem Parteitag im Juli 2015 die Bewegung „Weckruf 2015“, die seine Wahl zum Bundesparteivorsitzenden unterstützen sollte. Nachdem es dennoch zur Niederlage und zur Abspaltung kam, gründete Bernd Lucke die neue Partei *„Allianz für Fortschritt und Aufbruch“* (ALFA) (Bebnowski 2016, S. 26). Die Geschichte der AfD wurde hingegen unter der neuen Parteiführung bestehend aus Frauke Petry und Jörg Meuthen fortgesetzt.

Wie für populistische Parteien üblich weist auch die AfD eine Anti-Establishment-Orientierung auf und beansprucht für sich alleinig, das Volk adäquat repräsentieren zu können (Decker 2015, S. 29). So verweist auch die AfD auf das homogene Volk und den gesunden Menschenverstand, den die Partei im Sinne der einfachen Bürger am besten vertrete. Die etablierten Parteien werden hingegen als „Altparteien“ und „Berufspolitiker“ diffamiert (Bebnowski 2016, S. 27). Nicht überraschend stellt eine zentrale Forderung der AfD die nach mehr direktdemokratischer Partizipation dar. Welche Positionen die Partei weiters vertritt, soll im folgenden Kapitel pointiert beschrieben werden.

3.2 Programmatik und parteipolitische Positionen

Das folgende Kapitel gibt einen kurzen Überblick über die Programmatik und die wesentlichen parteipolitischen Positionen der AfD.

Außen- und Europapolitik

In außenpolitischer Hinsicht positioniert sich die AfD gegen jede Form von Sanktionspolitik und fordert eine Entspannungspolitik gegenüber Russland². Insgesamt steht die Partei für den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und betont stets die Souveränität der Nationalstaaten. Der Kern des Souveränitätsverständnisses der AfD stellt wiederum das Volk dar (Bebnowski 2015, S. 6).

Den größten Part der Außenpolitik nimmt jedoch die Europapolitik ein (vgl. Lewandowsky 2016). Die AfD ist beispielsweise gegen den EU-Beitritt der Türkei und plädiert für den Abbruch der Beitrittsverhandlungen. Von Beginn der Parteigründung an stand aber vor allem die Kritik an der Bundesregierung, am Euro sowie an der von den etablierten Parteien in Deutschland und auf EU-Ebene verfolgten Rettungspolitik im Fokus (Berbair et al. 2015, S.154f.; Lewandowsky 2015, S. 122). Gefordert wird in diesem Zusammenhang etwa „*die Auflösung der Währungsunion*“ (Bebnowski 2015, S. 12) bzw. die Gründung kleinerer, homogener Währungs-Gemeinschaften (Schmitt-Beck 2016, S. 3). Hierbei kommt der Wettbewerbspopulismus der AfD zum Vorschein, der später noch ausführlich beschrieben wird.

Bereits in ihrem Programm für die Europawahl 2014 rückte die AfD die Souveränität des Nationalstaates in den Mittelpunkt und beschwor den Verlust ebendieser durch das Gefüge der Europäischen Union herauf (Bebnowski 2015, S. 6). Auch im Wahlprogramm für die Bundestagswahl im September 2017 setzten sich diese Positionierungen fort³, die in dieser Form nur von der AfD vertreten und von den anderen Parteien eher vernachlässigt werden (Plehwe/Schlögl 2014). Dass sich Euroskeptizismus populistisch erfolgreich nutzen lässt, hat – neben anderen europäischen populistischen Parteien – also auch die AfD bereits für sich erkannt (Hartleb 2011b, S. 342). Diese Anti-Euro(pa)- und Anti-Establishment-Orientierung führte immer wieder zum Vorwurf des Rechtspopulismus (Berbair et al. 2015, S.154f.). Aber auch die Unterstützung der Dresdner Pegida-Bewegung macht den rechten Einschlag der Partei sichtbar (Decker 2015, S. 29).

² Vgl. **Alternative für Deutschland: Programm für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017.** Unter: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilennummern-1.pdf (Zugriff am 11.03.2017), S. 16ff.

³ **Alternative für Deutschland: Programm für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017.** Unter: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilennummern-1.pdf (Zugriff am 11.03.2017)

Die AfD trat im Laufe ihrer Entwicklung sukzessive nicht mehr nur als Anti-Euro(pa)-Partei – und somit als „*single-issue party*“ (Schmitt-Beck 2016, S. 17) – auf, sondern begann zunehmend, sich eines breiteren (rechtspopulistischen) Themenspektrums zu bedienen⁴.

Gesellschafts- und Familienpolitik

Die Familie stellt für die AfD die „*Keimzelle der Gesellschaft*“ (Bebnowski 2015, S. 7) dar und besteht idealerweise aus Vater, Mutter und mehreren Kindern. Die Familie dient der natürlichen hierarchischen Einteilung der Gesellschaft und somit als Ordnungsstruktur. Anderen Lebensformen, die von diesem Ideal und den damit einhergehenden traditionellen Rollen abweichen, wird nur wenig bzw. keine Toleranz entgegengebracht (Bebnowski 2015, S. 10). So wird nicht nur Homosexualität, sondern auch die Gleichstellung der Geschlechter strikt abgelehnt. Extreme Vertreter der AfD lehnen zudem Abtreibungen – selbst im Falle von Vergewaltigung – ab. Die AfD wirbt auf ihrer Homepage offen mit dem Slogan „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“⁵ und bringt Familienpolitik damit in direkten Zusammenhang mit der Zuwanderungspolitik.

Zuwanderung und Islam

Irreguläre Einwanderung lehnt die AfD vehement ab und beschwört dabei immer wieder die Gefahren des Islams herauf (Schmitt-Beck 2016, S. 17). Die Partei fordert dagegen eine Zuwanderung nach kanadischem Modell, wobei ausschließlich die Einwanderung (hoch-)qualifizierter Immigranten geduldet wird. Zuwanderungspolitik solle sich demnach an den Bedingungen und Bedarf am Arbeitsmarkt orientieren. Hinter dieser Forderung steht eine rationale Kosten-Nutzen-Analyse (Bebnowski 2015, S. 8f.). Dieser Kosten-Nutzen-Abwägung liegt das Ideal einer Leistungsgesellschaft zugrunde, der bestehende Sozialstaat wird hingegen abgelehnt (Decker 2015, S. 29). Damit einher gehen nicht nur fremdenfeindliche Positionen im Hinblick auf „*Einwanderer, die im Grunde nur nach den Früchten unseres Sozialsystems trachten*“ (Bebnowski 2015, S. 9), sondern auch Forderungen wie beispielsweise der Entzug des Wahlrechts für arbeitslose Menschen, die das Sozialsystem ebenfalls belasten würden. Die AfD führt das Thema Immigration erfolgreich mit ihrer Kritik an der EU zusammen. Dabei wird die Politik der offenen Grenzen kritisiert und Zuwanderung in direkter Verbindung mit grenzübergreifender Kriminalität gebracht (Schmitt-Beck 2016, S. 17).

Hinsichtlich des Themas Zuwanderung und Islam vertritt die AfD insgesamt eindeutig rechte Positionen. Damit ist es der Partei jedoch gelungen, eine rechte Lücke innerhalb der deutschen

⁴ Vgl. **Alternative für Deutschland: Programm**. Unter: <https://www.alternativefuer.de/programm/> (Zugriff am 11.03.2017)

⁵ Vgl. **Alternative für Deutschland: Familien. Kinder**. Unter: <https://www.alternativefuer.de/familien-kinder/> (Zugriff am 11.03.2017)

Parteienlandschaft zu schließen. *„Jene Lücke war dadurch entstanden, dass „rechte“ Einstellungsmuster in der Bevölkerung bislang von den tatsächlichen Wahlentscheidungen kaum abgebildet wurden.“* (Bebnowski 2015, S. 1).

Wirtschaftspolitische Positionen

Dem Ideal der Leistungsgesellschaft entsprechend werden auch Frauenquoten strikt abgelehnt (Bebnowski 2015, S. 9). Argumentiert wird, dass nicht das Geschlecht, sondern Qualifikationen über Erfolg und Misserfolg entscheiden sollen. Insgesamt kann beim Populismus der AfD daher von einem Wettbewerbspopulismus gesprochen werden (Bebnowski 2015, S. 15; Bebnowski 2016, S. 27ff.; Decker 2015). Konkret ist darunter ein freier Marktmechanismus zu verstehen, der innerhalb eines gesetzlichen Rahmens – welcher die Kompetenzen von Wirtschaft und Politik regelt – zentrale Aufgaben der gesellschaftlichen Steuerung übernimmt (Bebnowski 2016, S. 29). Diesem koordinierenden Marktmechanismus wird – im Gegensatz zur politischen Elite – großes Vertrauen entgegengebracht, was dazu führt, dass die Gründe für wirtschaftliche Unterschiede zwischen Staaten zunehmend in außerökonomischen Bereichen gesucht werden. Dass die eigene (deutsche) Wirtschaft erfolgreicher ist als andere (etwa südeuropäische) Wirtschaften, wird mit kulturellen Stereotypen gegenüber anderen Nationen und deren Bevölkerungen begründet (Bebnowski 2015, S. 15). Dadurch *„wird über die ökonomische Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Volkswirtschaften eine Hierarchisierung vorgenommen.“* (Bebnowski 2016, S. 30).

3.3 Wahlergebnisse der AfD bei deutschen Landtagswahlen

Um zunächst einen Überblick über den aktuellen Status quo der politischen Machtverteilung und -konstellation sowie etwaiger Veränderungen in allen sechzehn deutschen Bundesländern zu erhalten, werden nun in zeitlich chronologischer Reihenfolge die Ergebnisse der jüngsten Wahlen auf Landesebene kurz beschrieben und grafisch veranschaulicht⁶. Zum Vergleich wurden in die Grafiken zusätzlich die Ergebnisse der jeweils vorangegangenen Landtagswahl aufgenommen. Besonderes Augenmerk liegt auf den Wahlergebnissen der AfD. Durch diesen Überblick soll auch die Wählerwanderung von den etablierten Parteien hin zur AfD verdeutlicht werden.

Schleswig-Holstein

⁶ Es wurden ausschließlich die Zweitstimmenergebnisse – also die Wählerstimmen für die jeweilige Partei – betrachtet. Die Erststimmenergebnisse – jene Stimmen, die an bestimmte Vertreter einer Partei vergeben werden können - wurden nicht berücksichtigt.

Die letzte Landtagswahl im nördlichsten deutschen Bundesland wurde am 06.05.2012 und somit ebenfalls noch vor der Parteigründung der AfD ausgerichtet. Hier lagen CDU und SPD mit 30,8 bzw. 30,4 Prozent sehr nahe beieinander. Weit abgeschlagen davon reihten sich die Grünen mit 13,2 Prozent auf Platz drei und FDP und Piraten mit jeweils 8,2 Prozent auf Platz vier ein. Auch hier verloren FDP und die Linke im Vergleich zur vorhergehenden Landtagswahl 2009 an Stimmen und mussten Einbußen in Höhe von 6,7 Prozent bzw. 3,7 Prozent hinnehmen. Auch die CDU hatte Verluste zu verzeichnen. Diese fallen allerdings nur sehr geringfügig aus. Ebenso wie im Saarland, zogen auch hier die Piraten in den Landtag ein. Die Partei konnte ein Plus von 6,4 Prozent verzeichnen, erreichte 8,2 Prozent der Wählerstimmen und ist mit sechs Sitzen im Landtag vertreten⁷. CDU und SPD zogen mit jeweils 22, die Grünen mit zehn, die FDP mit sechs und der Südschleswigsche Wählerbund⁸ (SSW) mit drei Sitzen in den Landtag ein. In Schleswig-Holstein kam eine Regierung aus SPD, den Grünen und dem SSW zustande⁹. Die nächste Landtagswahl findet hier im Mai 2017 statt¹⁰.

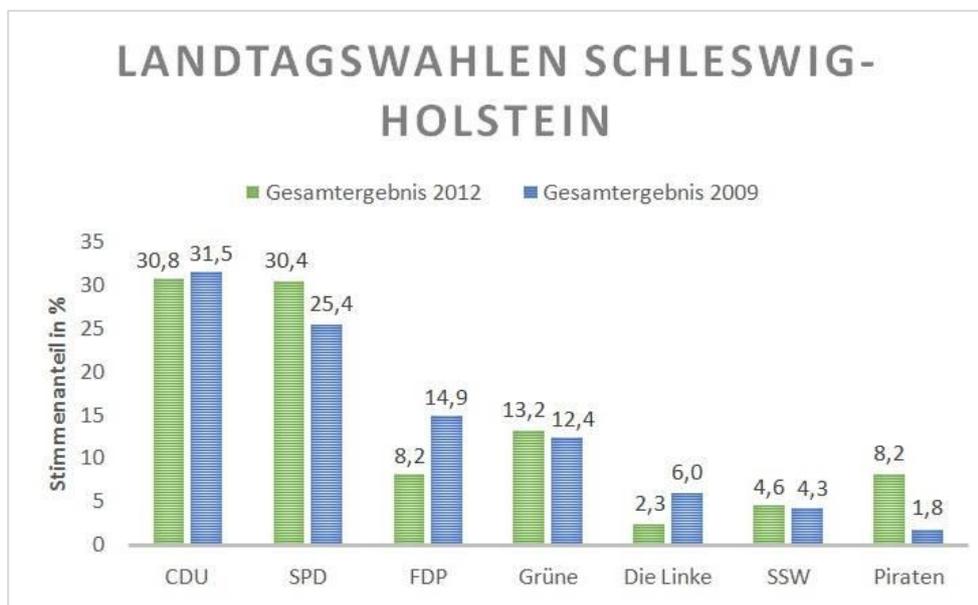


Abbildung 2: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (eigene Darstellung)

⁷ Vgl. **Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012**. Unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Schleswig-Holstein/Landtagswahlen/2012/endg%C3%BCltiq/SH_LTW_2012_Endqueltiger_Bericht_Internet.pdf (Zugriff am 12.12.2016), S. 4

⁸ Beim SSW (Südschleswigscher Wählerverband) handelt es sich um eine Partei für die dänische Minderheit im Bundesland Schleswig-Holstein. Sie ist von der 5%-Hürde, die erreicht werden muss, um in den Landtag einzuziehen zu können, ausgenommen (siehe Homepage des SSW).

⁹ Vgl. **Landesportal Schleswig-Holstein: Die Landesregierung**. Unter: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/landesregierung_node.html (Zugriff am 27.09.2016)

¹⁰ Siehe **Deutscher Bundestag: Wahltermine in Deutschland**. Unter: <https://www.bundestag.de/wahltermine> (Zugriff am 12.12.2016)

Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen wählte zuletzt am 13.05.2012, wobei die SPD mit 39,1 Prozent stärkste Kraft wurde. Mit über zehn Prozentpunkten Differenz folgte die CDU mit 26,3 Prozent auf dem zweiten Platz. Grüne, FDP und Piraten reihten sich mit 11,3, 8,6 bzw. 7,8 Prozent weiter hinten im Feld ein. Im Vergleich zur vorhergehenden Landtagswahl 2010 verlor die CDU 8,3 Prozent, wohingegen die SPD 4,6 Prozent dazugewann. Die Piraten schafften einen Sprung von 1,6 auf 7,8 Prozent. Die Linke verlor hingegen und verfehlte mit 2,5 Prozent der Wählerstimmen den Einzug in das Landesparlament deutlich. Es kam eine Regierung zwischen SPD und den Grünen unter der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zustande¹¹.

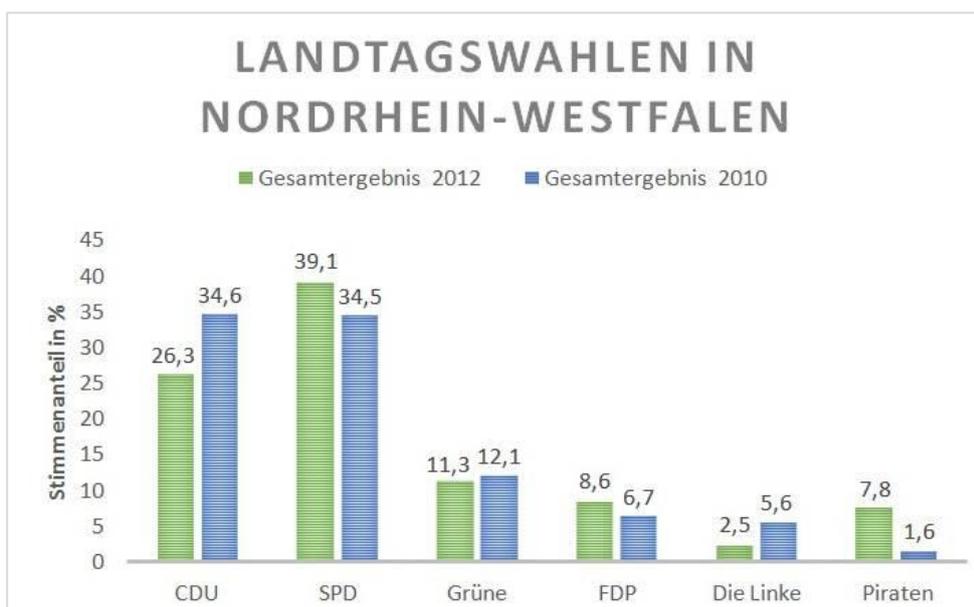


Abbildung 3: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (eigene Darstellung)

Niedersachsen

Die letzte Landtagswahl fand in Niedersachsen am 20.01.2013 und somit kurz vor der Gründung der AfD statt. Die CDU wurde mit 36 Prozent der Wählerstimmen stärkste Kraft, verlor jedoch im Vergleich zur vorhergehenden Landtagswahl 2008 6,5 Prozentpunkte. Die SPD folgte mit 32,6 Prozent. Auch hier reihten sich die restlichen Parteien im hinteren Feld ein. Die Grünen verzeichneten 13,7 Prozent und hatten ein Plus von 5,7 Prozent zu verzeichnen. Die FDP erreichte 9,9 Prozent und konnte damit einen leichten Zuwachs für sich verbuchen. Die Linke musste hingegen einen Verlust von vier Prozent hinnehmen, erreichte nur mehr 3,1 Prozent der Wählerstimmen und zog damit nicht mehr in den Landtag ein.

¹¹ Vgl. **Landesportal Nordrhein-Westfalen: Die Landesregierung.** Unter: <https://www.land.nrw/de/die-landesregierung-von-nordrhein-westfalen> (Zugriff am 27.09.2016)

Insgesamt sind vier Parteien im niedersächsischen Landtag vertreten: Die CDU mit 54, die SPD mit 49, die Grünen mit 20 und die FDP mit 14 Sitzen¹². Aus der Wahl ging – wie auch in Nordrhein-Westfalen – eine Regierung aus SPD und den Grünen hervor¹³. Die nächste Wahl ist erst wieder im Jahr 2018 anberaumt¹⁴. Allerdings können die Kommunalwahlen vom 11.09.2016 als ein erster Richtungsentscheid betrachtet werden. Hier erreichten die CDU landesweit 34,4 und die SPD 31,2 Prozent der Wählerstimmen¹⁵. Sehr weit abgeschlagen davon verzeichneten die Grünen 10,9, die AfD 7,8, die FDP 4,8 und die Linke 3,3 Prozent.

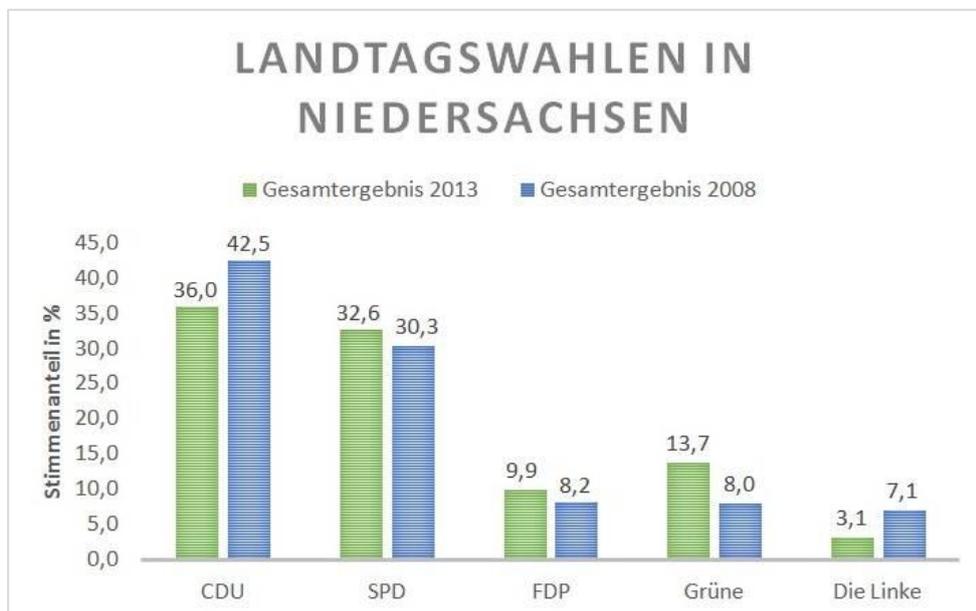


Abbildung 4: Landtagswahlen in Niedersachsen (eigene Darstellung)

Bayern

In Bayern wurde zuletzt am 15.09.2013 gewählt. Die AfD hatte potenziell zwar bereits die Möglichkeit, an ihrer ersten Landtagswahl teilzunehmen, nutzte diese jedoch nicht. Klarer Gewinner wurde traditionellerweise die CSU, die mit 47,7 Prozent im Vergleich zur Landtagswahl 2008 etwa vier Prozentpunkte zulegen konnte und 101 Sitze im bayerischen

¹² Vgl. **Landesportal Niedersachsen: Der Niedersächsische Landtag**. Unter: http://www.niedersachsen.de/politik_staat/landtag/der-niedersaechsische-landtag-19983.html (Zugriff am 27.09.2016)

¹³ Siehe **Landesportal Niedersachsen: Die Niedersächsische Landesregierung**. Unter: http://www.niedersachsen.de/politik_staat/landesregierung_ministerien/die-niedersaechsische-landesregierung-20076.html (Zugriff am 28.09.2016)

¹⁴ Siehe **Deutscher Bundestag: Wahltermine in Deutschland**. Unter: <https://www.bundestag.de/wahltermine> (Zugriff am 12.12.2016)

¹⁵ Siehe hierzu **Niedersächsische Landeswahlleiterin: Kommunalwahlen 2016 in Niedersachsen. Vorläufiges Ergebnis der Kommunalwahlen vom 11.09.2016**. Unter: <http://www.landeswahlleiter.niedersachsen.de/wahlen/kommunalwahlen/kommunalwahlen-2016-in-niedersachsen--99102.html> (Zugriff am 27.09.2016)

Landtag erhielt¹⁶. Mit großem Abstand folgte die SPD mit 20,6 Prozent und 42 Sitzen. Sie konnte nur leicht zulegen. Weiter abgeschlagen folgten die Freien Wähler mit neun Prozent und 19 Sitzen sowie die Grünen mit 8,6 Prozent und 18 Sitzen. Die FDP befindet sich hingegen auch in Bayern in einer sichtlichen Talfahrt. Sie verlor im Vergleich zu 2008 beinahe fünf Prozentpunkte, rutschte auf 3,3 Prozent ab und schaffte den Einzug in den Landtag damit nicht mehr. Eine Einparteienregierung der CSU war die Folge¹⁷. Die nächste reguläre Landtagswahl findet im Herbst Jahr 2018 statt¹⁸.



Abbildung 5: Landtagswahlen in Bayern (eigene Darstellung)

Hessen

Aus der Landtagswahl am 22.09.2013 ging die CDU mit 38,3 Prozent erneut als stärkste Kraft hervor. Die SPD folgte mit 30,7 Prozent. An dritter Stelle platzierten sich die Grünen mit 11,1 Prozent. Die AfD verzeichnete 4,1 Prozent und verpasste somit den Einzug in den hessischen Landtag. Den größten Verlust musste die FDP hinnehmen. Sie verlor im Vergleich zur letzten Landtagswahl im Jahr 2009 11,2 Prozentpunkte. Die Partei schaffte den Einzug in den Landtag mit fünf Prozent und sechs Sitzen nur sehr knapp. CDU und SPD erhielten 47 bzw. 37 Sitze. Als drittstärkste Kraft sind nun die Grünen mit 14 Sitzen vertreten. Die Linke erhielt ebenso wie die FDP sechs Sitze. In Hessen stieg die Wahlbeteiligung gravierend an. War bei der

¹⁶ Vgl. **Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung**: *Wahl zum 17. Bayerischen Landtag am 15. September 2013*. Unter: <http://www.landtagswahl2013.bayern.de/tabid/14990.html> (Zugriff am 23.08.2016)

¹⁷ **Bayerische Staatsregierung**: *Landtag*. Unter: <http://www.bayern.de/freistaat/der-bayerische-landtag/> (Zugriff am 26.03.2017)

¹⁸ Siehe **Deutscher Bundestag**: *Wahltermine in Deutschland*. Unter: <https://www.bundestag.de/wahltermine> (Zugriff am 12.12.2016)

Landtagswahl 2009 noch eine Beteiligung von 61 Prozent auszumachen, so betrug diese bei der Landtagswahl 2013 73,2 Prozent¹⁹. Es wurde eine schwarz-grüne Landesregierung gebildet²⁰.

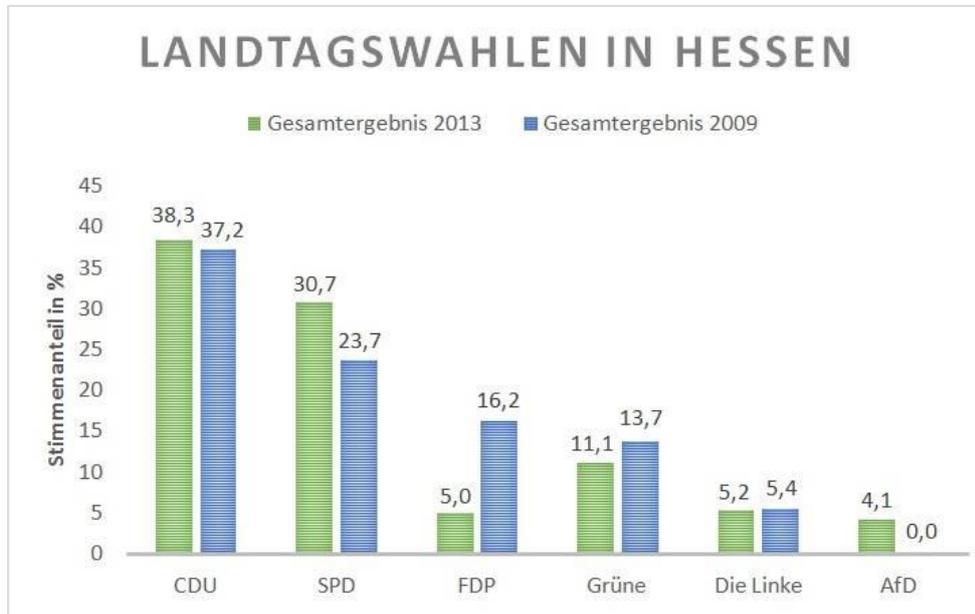


Abbildung 6: Landtagswahlen in Hessen (eigene Darstellung)

Sachsen

Die letzte Landtagswahl fand in Sachsen am 31.08.2014 statt. Die AfD konnte hier vom Stand heraus 9,7 Prozent der Wählerstimmen für sich gewinnen und zog mit 14 Sitzen in den sächsischen Landtag ein²¹. Die etablierten Parteien – mit Ausnahme der SPD, die zwei Prozent dazugewann und insgesamt 12,4 Prozent erzielte – verloren hingegen. Teilweise sogar dramatisch, wie etwa der Verlust der FDP in Höhe von 6,2 Prozentpunkten zeigt. Die Partei erreichte nur mehr 3,8 Prozent der Wählerstimmen und ist demnach – anders als noch 2009 – nicht mehr im sächsischen Landtag vertreten. Stärkste Kraft wurde die CDU, die 39,4 Prozent für sich verzeichnen konnte. Zweitstärkste Partei wurde die Linke mit 18,9 Prozent. Mit 5,7 Prozent der Wählerstimmen sind auch die Grünen im Landesparlament vertreten,

¹⁹ Vgl. **Hessisches Statistisches Landesamt**: *Statistische Berichte. Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung bei der Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013*. Unter:

<https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/BVII2-5-5j-13.pdf> (Zugriff am 12.12.2016), S. 4

²⁰ Vgl. **CDU und Bündnis 90/Die Grünen Hessen**: *Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen. Hessen 2014 bis 2019. Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und Bündnis 90/die Grünen Hessen für die 19. Wahlperiode des hessischen Landtags 2014-2019*. Unter:

https://www.hessen.de/sites/default/files/media/staatskanzlei/koalitionsvertrag_2013-12-18.pdf (Zugriff am 30.09.2016)

²¹ Vgl. **Statistisches Landesamt Sachsen**: *Landtagswahl 2014. Sitzverteilung*. Unter:

https://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_s10_gew.prc_sitz_lw?p_bz_bzid=LW14&p_ebene=SN&p_ort=14 (12.12.2016)

wohingegen die NPD den Einzug mit 4,9 Prozent knapp verpasste. Aus der Wahl ging eine schwarz-rote Koalitionsregierung hervor²².

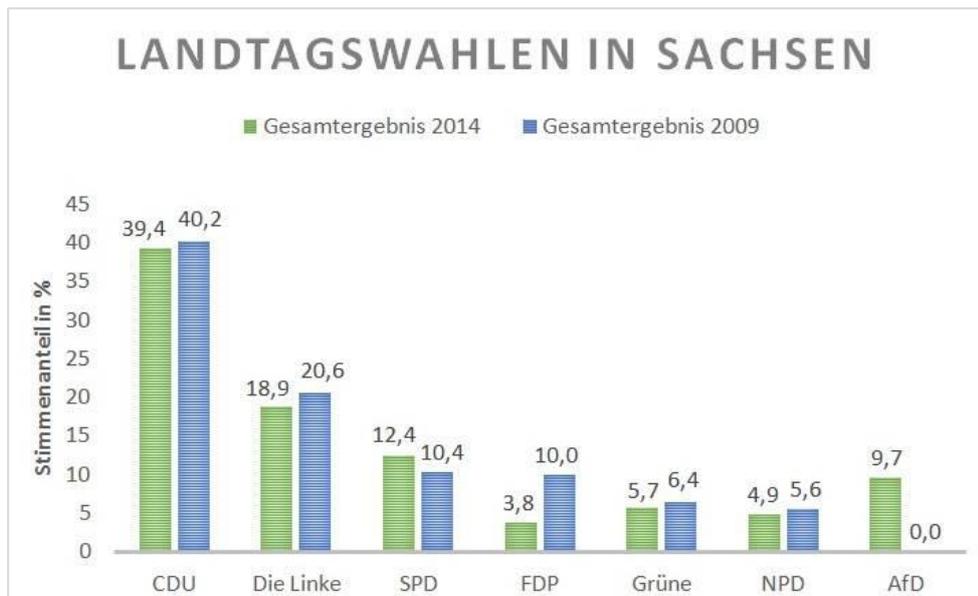


Abbildung 7: Landtagswahlen in Sachsen (eigene Darstellung)

Thüringen

In Thüringen lassen sich ähnliche Ergebnisse wie auch in Hessen und Sachsen beobachten. Die letzte Landtagswahl fand hier am 14.09.2014 statt. Die AfD konnte von Null weg 10,6 Prozent der Stimmen erzielen, während allen voran die FDP, die SPD sowie die Grünen im Vergleich zur Landtagswahl 2009 Wählerstimmen verloren. Die Linke und die CDU hatten hingegen ein geringes Plus zu verzeichnen. Insgesamt zogen fünf Parteien in das Landesparlament ein: Die CDU mit 34, die Linke mit 28, die SPD mit 12, die Grünen mit sechs und die AfD mit 11 Sitzen²³. Es wurde eine Drei-Parteien-Regierung bestehend aus die Linke, SPD und den Grünen gebildet²⁴.

²² Siehe **Landesportal Sachsen: Staatsregierung**. Unter: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/> (Zugriff am 30.09.2016)

²³ Vgl. **Thüringer Landesamt für Statistik: Landtagswahl in Thüringen 2014 – endgültiges Ergebnis. Sitzverteilung**. Unter:

<http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2014&zeigeErg=Land> (Zugriff am 30.09.2016)

²⁴ Siehe **Landesportal Thüringen: Thüringer Staatskanzlei**. Unter: <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/> (Zugriff am 30.09.2016)

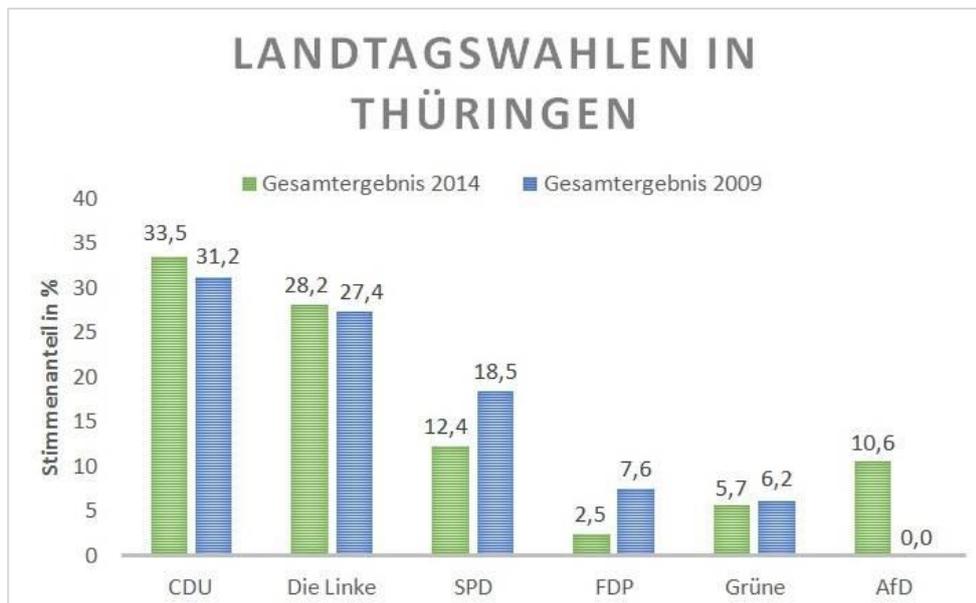


Abbildung 8: Landtagswahlen in Thüringen (eigene Darstellung)

Brandenburg

Brandenburg wählte ebenfalls am 14.09.2014 und es zeigten sich vergleichbare Ergebnisse wie bereits in Hessen, Sachsen und Thüringen. Die AfD erreichte hier 12,2 Prozent und konnte somit nahezu jeden achten Wähler für sich gewinnen. Für die Partei stellte dies ihr bisher bestes Wahlergebnis dar. SPD und FDP verloren im Vergleich zur vorhergehenden Landtagswahl 2009. Die SPD ging dennoch mit 31,9 Prozent als Sieger hervor. Insbesondere die Linke verlor gravierend an Stimmen. Erzielte die Partei 2009 noch 27,2 Prozent, rutschte sie 2014 auf 18,6 Prozent ab. Grüne und CDU konnten leichte Zugewinne verbuchen und erzielten 6,2 bzw. 23 Prozent der Wählerstimmen. Die FDP musste auch in Brandenburg erhebliche Verluste verzeichnen und verfehlte mit 1,5 Prozent der Wählerstimmen den Einzug in den Landtag sehr deutlich. Besonders auffallend ist jedoch die Entwicklung der Wahlbeteiligung. Lag diese 2009 noch bei 67 Prozent, rutschte sie bei der vergangenen Wahl im September 2014 auf 47,9 Prozent ab²⁵. Es wurde eine Koalitionsregierung aus SPD und die Linke gebildet²⁶.

²⁵ Vgl. **Land Brandenburg: Ergebnisse bisheriger Wahlen seit 1990 im Überblick**. Unter: <http://www.wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.297358.de/> (Zugriff am 30.09.2016)

²⁶ Siehe **Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Chronik der Landesregierung**. Unter: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/8450> (Zugriff am 30.09.2016)

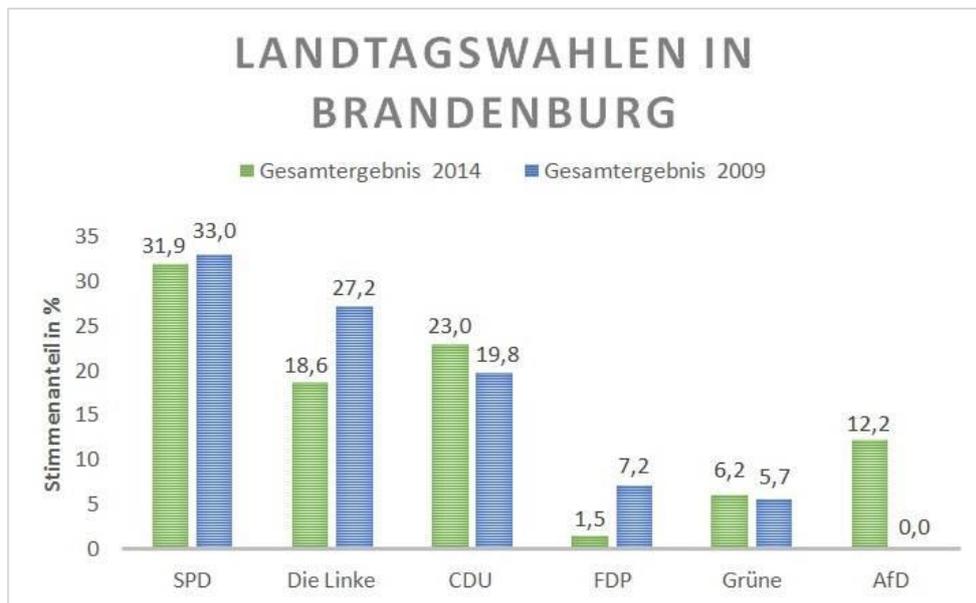


Abbildung 9: Landtagswahlen in Brandenburg (eigene Darstellung)

Hamburg

Bei der sogenannten Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15.02.2015 wurde die SPD trotz Verluste mit 45,6 Prozent der Wählerstimmen stärkste Kraft. Sehr weit abgeschlagen reihten sich die CDU mit 15,9, die Grünen mit 12,3, die Linke mit 8,5, die FDP mit 7,4 sowie die AfD mit 6,1 Prozent ein. Bis auf SPD und CDU hatten alle anderen Parteien Zuwächse zu verzeichnen. Insgesamt zogen sechs Parteien in das Landesparlament ein, wobei die SPD mit 58, die CDU mit 20, die Grünen mit 15, die Linke mit elf, die FDP mit neun und die AfD mit acht Sitzen vertreten sind²⁷. Es wurde eine Regierung zwischen SPD und den Grünen gebildet²⁸.

²⁷ Vgl. **Landesportal Hamburg: Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2015**. Unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/4659470/c119fc87acb9bc44073245822061e0d1/data/endgueltig-ergebnis-buewa15-dl.pdf> (Zugriff am 30.09.2016)

²⁸ Siehe **Landesportal Hamburg: Landesregierung. Der Hamburger Senat**. Unter: <http://www.hamburg.de/senat/1959818/hamburger-senat/> (Zugriff am 30.09.2016)

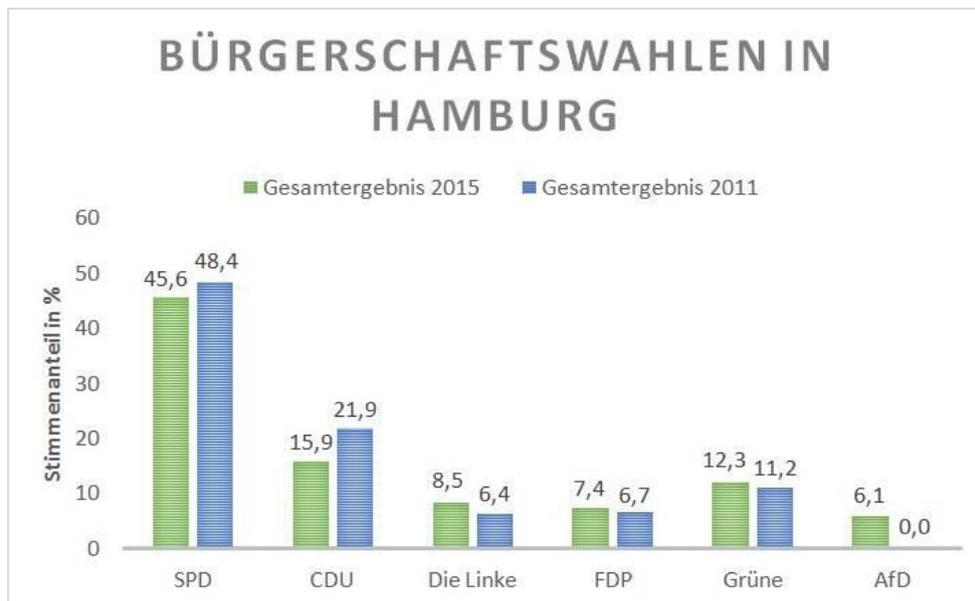


Abbildung 10: Bürgerschaftswahlen in Hamburg (eigene Darstellung)

Bremen

Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 10.05.2015 erzielte die AfD 5,5 Prozent und zog mit vier Sitzen in den Landtag ein²⁹. Die SPD ging mit 32,8 Prozent als klarer Sieger aus der Wahl hervor und erhielt 30 Sitze. Weiter abgeschlagen folgten die CDU mit 22,4 Prozent und 20 Sitzen sowie die Grünen mit 15,1 Prozent und 14 Sitzen. Während SPD und Grüne Stimmenverluste verzeichneten, konnten CDU, die Linke und FDP verglichen mit 2011 Zugewinne verbuchen³⁰. Bei der CDU betragen diese zwei, bei der Linken 3,9 und bei der FDP 4,2 Prozent. Die Linke und die FDP sind mit acht bzw. sechs Sitzen im Landtag vertreten. Aus der Wahl in Bremen ging eine Regierungskoalition zwischen SPD und den Grünen hervor³¹.

²⁹ Siehe **Statistisches Landesamt Bremen: Bürgerschaftswahl Land Bremen 2015**. Unter: <http://www.wahlen-bremen.de/app/sw2015land.html> (Zugriff am 30.09.2016)

³⁰ Siehe **Statistisches Landesamt Bremen: Statistische Mitteilungen**. Unter: <http://www.statistik.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen65.c.2059.de> (Zugriff am 30.09.2016)

³¹ Siehe **Landesportal Bremen: Der aktuelle Koalitionsvertrag. Politische Schwerpunkte der Regierungsparteien**. Unter: <http://landesportal.bremen.de/der-aktuelle-koalitionsvertrag-34152894> (Zugriff am 30.09.2016)

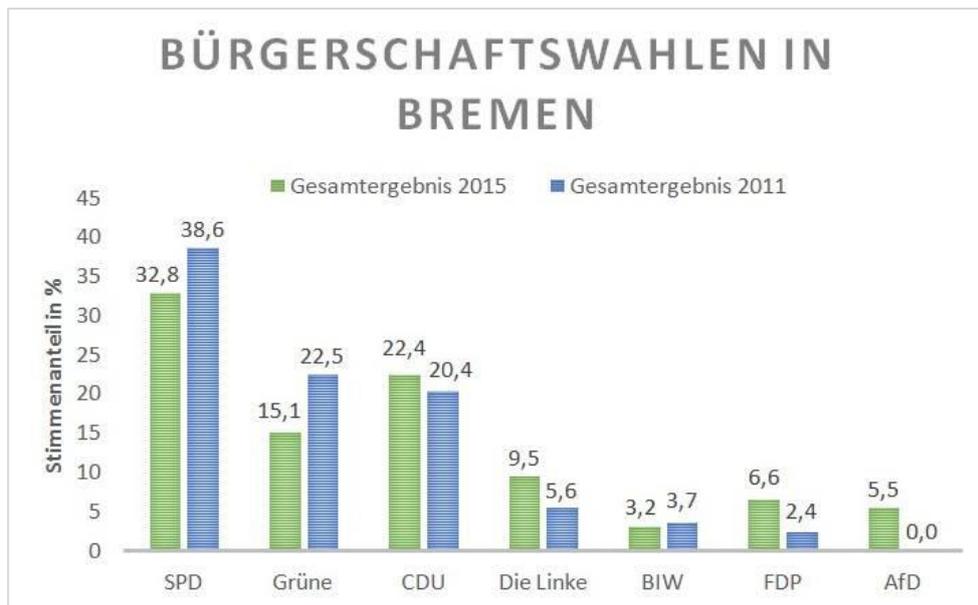


Abbildung 11: Bürgerschaftswahlen in Bremen (eigene Darstellung)

Baden-Württemberg

Bei der Landtagswahl am 13.03.2016 wurden die Grünen mit 30,3 Prozent der Wählerstimmen stärkste Kraft im Land³². Die CDU folgte auf dem zweiten mit 27 und die AfD auf dem dritten Platz mit 15,1 Prozent. Während die Grünen im Vergleich zur Landtagswahl 2011 6,1 Prozent dazugewannen und somit die CDU als stärkste Kraft ablösten, musste letztere Stimmenverluste in Höhe von zwölf Prozent hinnehmen. Auch die SPD hatte Einbußen von 10,4 Prozent zu verzeichnen und erreichte mit 12,7 Prozent nur mehr den vierten Platz. Die FDP konnte in Baden-Württemberg wieder etwas dazugewinnen und erzielte 8,3 Prozent. Insgesamt zogen fünf Parteien in den Landtag ein, wobei die Grünen mit 47, die CDU mit 42, die AfD mit 23, die SPD mit 19 und die FDP mit zwölf Sitzen vertreten sind³³. Die Wahlbeteiligung stieg von 66,3 auf 70,4 Prozent an³⁴. Aus der Wahl ging eine grün-schwarze Regierung hervor³⁵.

³² Vgl. **Statistisches Landesamt Baden-Württemberg**: *Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl am 13.03.2016. Land Baden-Württemberg*. Unter: <http://www.statistik-bw.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?R=LA> (Zugriff am 30.09.2016)

³³ Siehe **Landtag von Baden-Württemberg**: *Landtagswahl 2016*. Unter: <http://www.landtag-bw.de/cms/home/der-landtag/parlament/landtagswahl-2016.html> (Zugriff am 30.09.2016)

³⁴ Vgl. **Statistisches Landesamt Baden-Württemberg**: *Wahlbeteiligung bei den Europa-, Bundestags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg seit 1994*. Unter: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/wahlbeteiligung.jsp?path=/Wahlen/Landtag/%20sowie%20http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Service/Veroeff/Monatshefte/20090512.mha> (Zugriff am 12.12.2016)

³⁵ Siehe **Landesportal Baden-Württemberg**: *Die Landesregierung*. Unter: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/> (Zugriff am 30.09.2016)

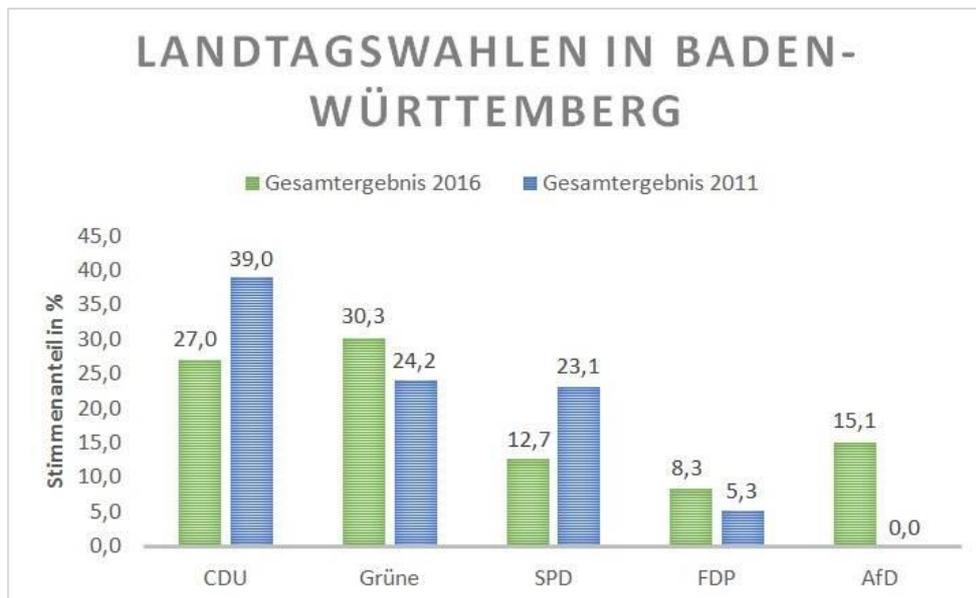


Abbildung 12: Landtagswahlen in Baden-Württemberg (eigene Darstellung)

Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz fand die letzte Landtagswahl am 13.03.2016 statt. Hier lagen SPD und CDU mit 36,2 bzw. 31,8 Prozent relativ nah beieinander³⁶. Weit abgeschlagen, aber dennoch drittstärkste Kraft wurde die AfD mit 12,6 Prozent der Wählerstimmen. Die FDP folgte auf dem vierten Platz mit 6,2 Prozent und schaffte – anders als nach der Landtagswahl 2011 – den Wiedereinzug in den Landtag. Die Partei erhielt sieben Sitze³⁷. Die Grünen hatten Verluste in Höhe von 10,1 Prozent zu verzeichnen. Die Partei erreichte nur mehr 5,3 Prozent der Wählerstimmen, was sechs Sitzen im Landtag entspricht. Die AfD erhielt insgesamt 14 Mandate und wurde damit zu einer nicht unerheblichen Kraft im rheinland-pfälzischen Landtag. SPD und CDU sind mit 39 bzw. 35 Sitzen die beiden stärksten Parteien im Landesparlament. Die Wahlbeteiligung stieg hier von 61,8 auf zuletzt 70,4 Prozent an³⁸. Es kam eine sogenannte Ampel-Koalition bestehend aus SPD, FDP und den Grünen zustande³⁹.

³⁶ Vgl. **Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: Wahlergebnisse der Landtagswahl 2016**. Unter: <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/wahlen/2016/index.html> (Zugriff am 30.09.2016)

³⁷ Siehe **Landtag von Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz hat seinen 17. Landtag gewählt. Endgültiges Landesergebnis der Landtagswahl**. Unter: <http://www.landtag.rlp.de/Landtagswahl-2016/> (Zugriff am 30.09.2016)

³⁸ Vgl. **Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: Wahlbeteiligung 1947-2016**. Unter: <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/kurz/wahlbet/index.html> (Zugriff am 12.12.2016)

³⁹ Siehe **Landesportal Rheinland-Pfalz: Die rheinland-pfälzische Landesregierung**. Unter: <https://www.rlp.de/fr/landesregierung/> (Zugriff am 30.09.2016)

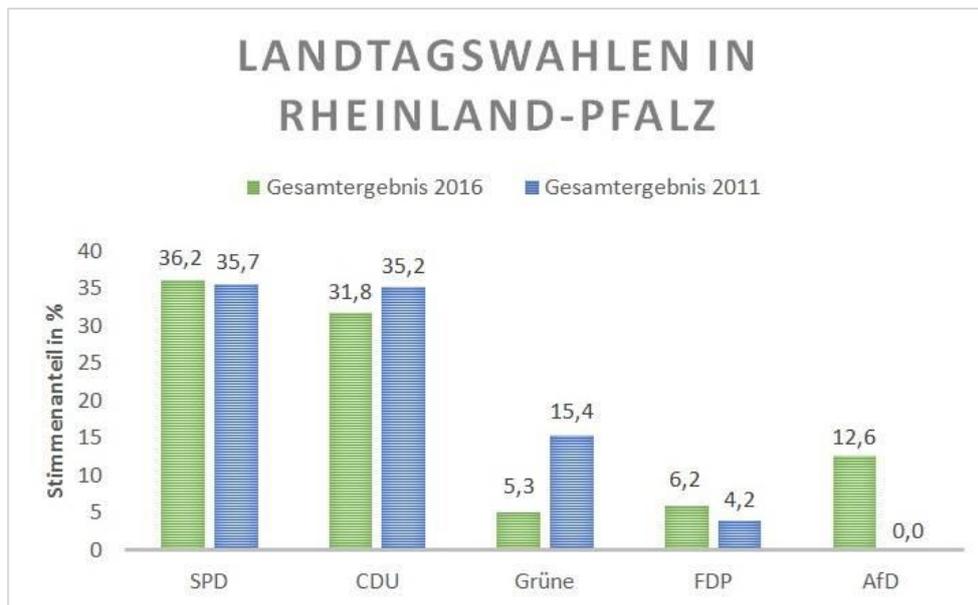


Abbildung 13: Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (eigene Darstellung)

Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt wählte seinen neuen Landtag ebenfalls am 13.03.2016, wobei die AfD hier einen Erdrutschsieg erzielte. Stärkste Kraft wurde zwar die CDU mit 29,8 Prozent und 30 Sitzen im Landtag⁴⁰. Allerdings folgte die AfD mit 24,3 Prozent gleich auf dem zweiten Platz. Somit konnte die Partei von Null weg beinahe jeden vierten Wähler hinter sich bringen. Sie zog damit erstmals mit 25 Sitzen in das Landesparlament ein, was zur Verschiebung ursprünglicher Kräfteverhältnisse führte. Die Linke nahm mit 16,3 Prozent den dritten Platz ein und erhielt 16 Sitze. SPD und Grüne konnten 10,6 bzw. 5,2 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen, was elf bzw. fünf Sitzen entspricht. Die FDP konnte zwar im Vergleich zur vorhergehenden Landtagswahl 2011 einen leichten Zugewinn verbuchen, verpasste den Einzug in den Landtag mit 4,9 Prozent aber sehr knapp. Die etablierten und im Landtag vertretenen Parteien hatten ausnahmslos Verluste zu verzeichnen. So verlor die CDU verglichen mit 2011 2,7, die Linke 7,4, die SPD 10,9 und die Grünen 1,9 Prozent der Wählerstimmen. Auffallend ist der Anstieg der Wahlbeteiligung von 51,2 im Jahr 2011 auf 61,1 Prozent bei der Landtagswahl im März 2016⁴¹. Es wurde eine sogenannte „Kenia-Koalition“ aus CDU, SPD und den Grünen gebildet⁴².

⁴⁰ Vgl. **Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Wahlen 2016. Landtagswahl am 13. März 2016. Endgültige Ergebnisse.** Unter: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/index.html> (Zugriff am 01.10.2016)

⁴¹ Vgl. **Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Wahlbeteiligung im Laufe des Wahltages in %.** Unter: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/index.html> (Zugriff am 12.12.2016)

⁴² Siehe **Landesportal Sachsen-Anhalt: Die Landesregierung.** Unter: <http://www.sachsen-anhalt.de/li/politik-und-verwaltung/die-landesregierung/> (Zugriff am 01.10.2016)

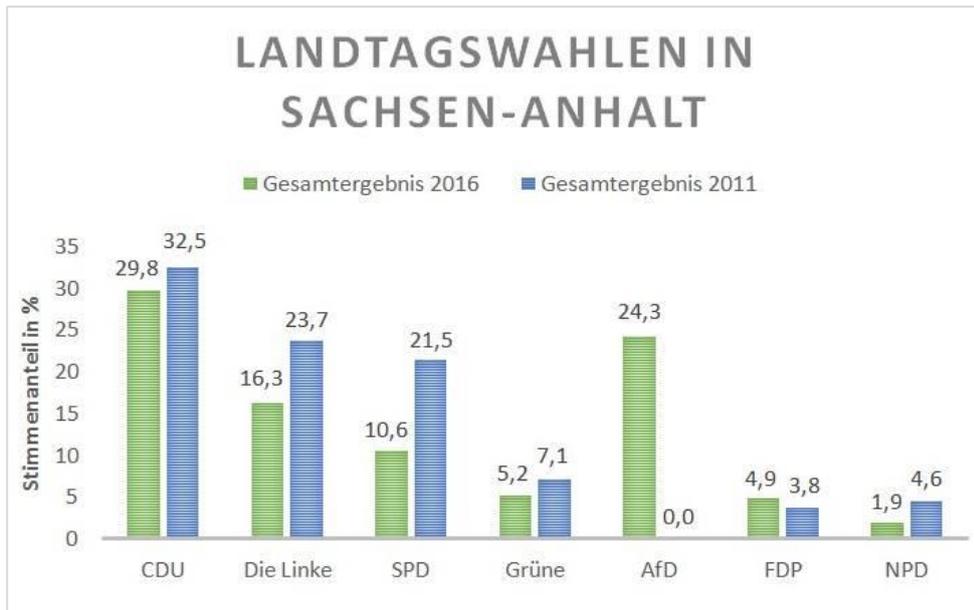


Abbildung 14: Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (eigene Darstellung)

Mecklenburg-Vorpommern

Die letzte Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern fand am 04.09.2016 statt. Hier ging die SPD – wie auch bei der vergangenen Landtagswahl 2011 - als klarer Sieger hervor. Die Partei erzielte 30,6 Prozent und zog mit 26 Sitzen in den Landtag ein⁴³. Die AfD schaffte es – wie auch in Sachsen-Anhalt – auf den zweiten Platz. Die Partei konnte 20,8 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen⁴⁴ und erhielt demnach 18 Sitze. Die CDU erzielte landesweit 19 Prozent und ist mit 16 Sitzen im Landtag vertreten. Die Linke erreichte 13,2 Prozent, was elf Sitzen entspricht. Auffallend ist auch hier, dass alle etablierten Parteien Verluste zu verzeichnen hatten. Die Grünen und die NPD sind daher etwa nicht mehr im Landtag vertreten. Auffallend ist zudem der Anstieg der Wahlbeteiligung von 51,5 im Jahr 2011 auf 61,9 Prozent bei der Landtagswahl im September 2016. Es wurde eine rot-schwarze Regierung gebildet⁴⁵.

⁴³ Vgl. **Landtag von Mecklenburg-Vorpommern: Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern**. Unter: <https://www.landtag-mv.de/landtag/wahlen.html> (Zugriff am 01.10.2016)

⁴⁴ Siehe **Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern: Landtagswahl am 4. September 2016. Kurzüberblick**. Unter: <http://www.mv-laiv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2016/> (Zugriff am 01.10.2016)

⁴⁵ Siehe **Landesportal Mecklenburg-Vorpommern: Landeskabinett**. Unter: <http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/Kabinett/> (Zugriff am 01.10.2016)

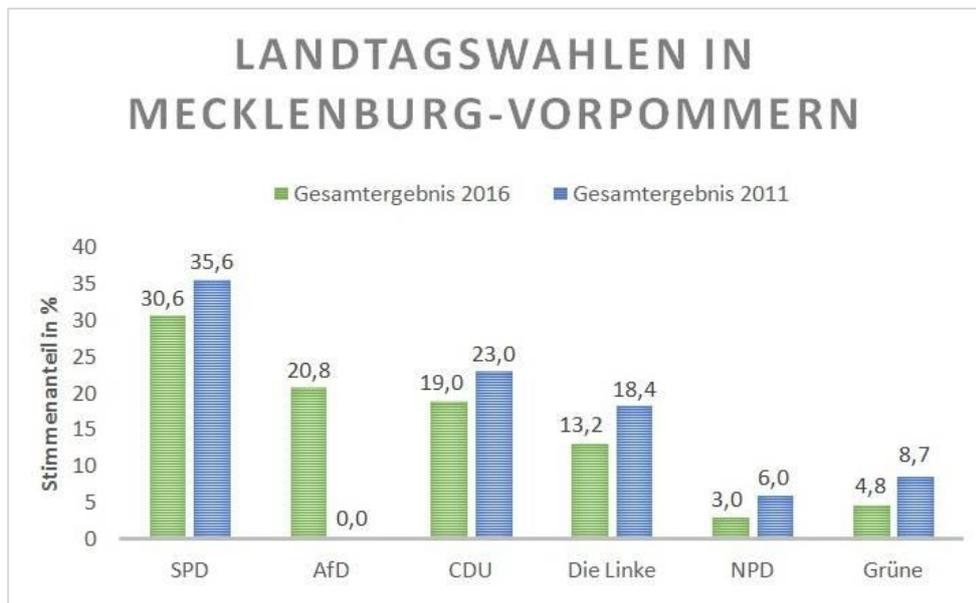


Abbildung 15: Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (eigene Darstellung)

Berlin

Die jüngste Landtagswahl in Berlin fand am 18.09.2016 statt. Die SPD wurde mit 21,6 Prozent stärkste Kraft. Die CDU erreichte mit 17,6 Prozent den zweiten Platz. Beide Parteien hatten – verglichen mit der Landtagswahl 2011 – Verluste in Höhe von 6,7 bzw. 5,7 Prozent zu verzeichnen⁴⁶. Es folgten die Linke mit 15,6, die Grünen mit 15,2, die AfD mit 14,2 und die FDP mit 6,7 Prozent der Wählerstimmen. Die Piraten rutschten von 8,9 im Jahr 2011 auf 1,7 Prozent ab und sind somit nicht mehr in Landtag vertreten. Die FDP konnte demgegenüber erheblich an Stimmen dazugewinnen und sprang von 1,8 auf 6,7 Prozent. Insgesamt zogen sechs Parteien in das Landesparlament ein: Die SPD mit 38, die CDU mit 31, die Grünen und die Linke mit jeweils 27, die AfD mit 25 und die FDP mit zwölf Sitzen⁴⁷. Es kam eine Regierung zwischen SPD, der Linken und den Grünen zustande⁴⁸.

⁴⁶ Vgl. **Die Landeswahlleiterin für Berlin: Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016. Details.** Unter: https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/details_gemeinde-1-berlin_gesamt.html (Zugriff am 01.10.2016)

⁴⁷ Siehe **Die Landeswahlleiterin für Berlin: Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016. Sitze.** Unter: <https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/index.html> (Zugriff am 01.10.2016)

⁴⁸ Siehe **Landesportal Berlin: Die Landesregierung von Berlin.** Unter: <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/> (Zugriff am 01.10.2016)

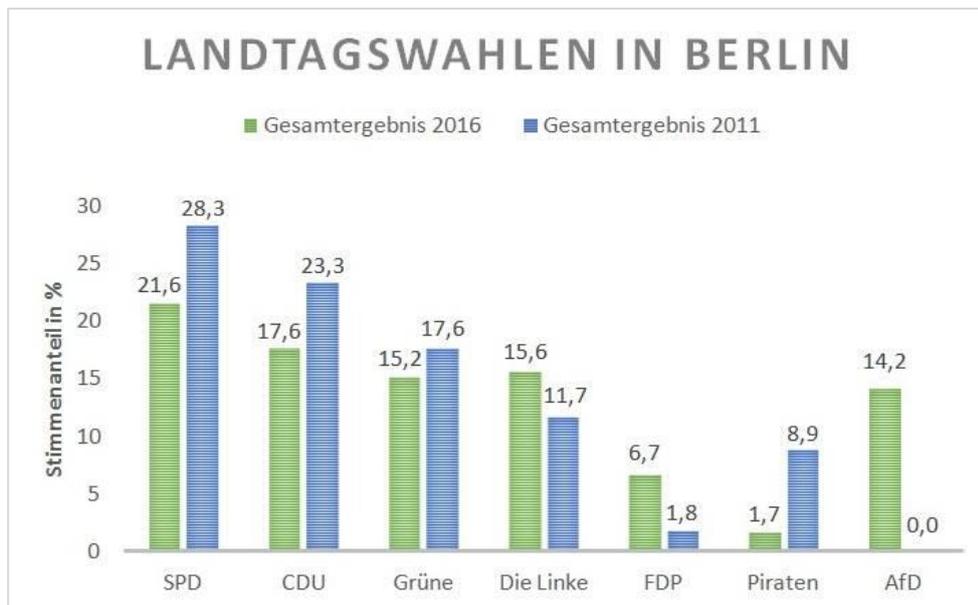


Abbildung 16: Landtagswahlen in Berlin (eigene Darstellung)

Saarland

Im Saarland wurde jüngst am 26.03.2017 gewählt. Die CDU erzielte mit 40,7 Prozent einen klaren Sieg⁴⁹. Die SPD folgte an zweiter Stelle mit 29,6 Prozent. Weiter abgeschlagen davon reihten sich die Linke mit 12,9 Prozent auf dem dritten und die AfD mit 6,2 Prozent auf dem vierten Platz ein. Im Vergleich zur Landtagswahl 2012 legte die CDU mit 5,5 Prozent stark zu, wohingegen die SPD einen leichten und die Linke einen etwas größeren Verlust zu verzeichnen haben. Die FDP verfehlte erneut den Einzug ins Landesparlament, konnte aber wieder leicht zulegen und erzielte 3,3 Prozent. Die Piraten, die noch 2012 von Null weg 7,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten und in den saarländischen Landtag einzogen, versinken mit zuletzt 0,7 Prozent in der politischen Bedeutungslosigkeit. Die Grünen verloren leicht und schaffen den Einzug in den Landtag somit nicht. Insgesamt sind vier Parteien im saarländischen Landtag vertreten: Die CDU mit 24, die SPD mit 17, die Linke mit sieben und die AfD mit drei Sitzen⁵⁰.

⁴⁹ Vgl. **Statistisches Amt Saarland: Landesergebnis Saarland**. Unter: http://www.statistikextern.saarland.de/wahl/internet_saar/LT_SL/landesergebnisse/index.html (Zugriff am 01.04.2017)

⁵⁰ Siehe hierzu **Statistisches Amt Saarland: Landesergebnis Saarland. Sitzverteilung**. Unter: http://www.statistikextern.saarland.de/wahl/internet_saar/LT_SL/landesergebnisse/grafik_sitze_10.html (Zugriff am 01.04.2017)



Abbildung 17: Landtagswahlen im Saarland (eigene Darstellung)

Die Ergebnisse der AfD bei deutschen Landtagswahlen können zusammengefasst der folgenden Grafik entnommen werden. Hier zeigt sich, dass die AfD insbesondere in den neuen deutschen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (ehemalige DDR) besonders stark abschnitt. Woran dies liegen könnte wird unter anderem in Kapitel 3.5 kurz erörtert.

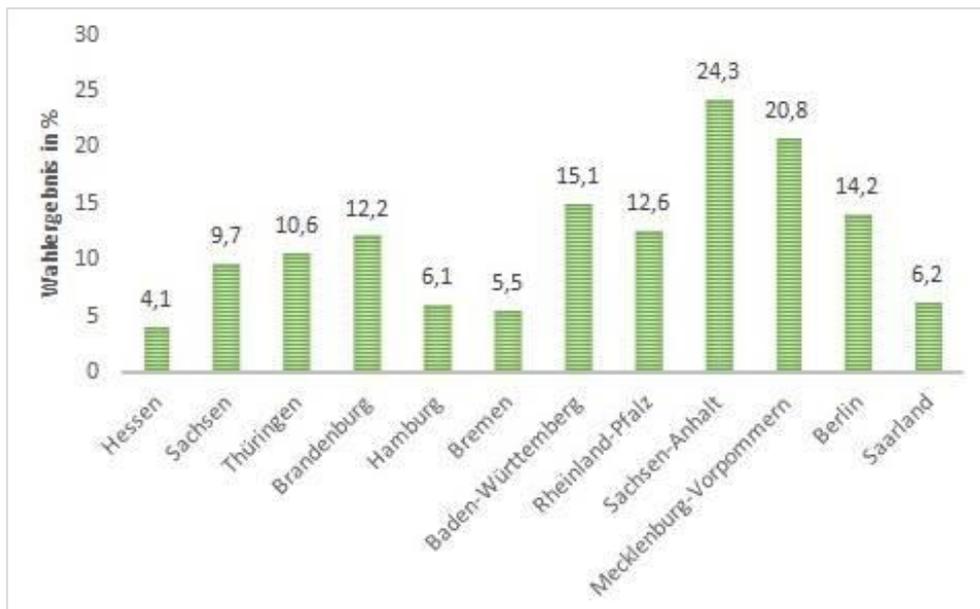


Abbildung 18: Landtagswahlergebnisse der AfD im Überblick (eigene Darstellung)

3.4 Wählerschaft und Sympathisanten

Bei der AfD überwiegen – und dies ist auch bei anderen populistischen Parteien in Europa der Fall – anteilmäßig die männlichen Anhänger (Decker 2016, S. 18). Außerdem wird die Partei tendenziell eher von jüngeren Menschen gewählt (Berbuir et al. 2015, S. 168).

Betrachtet man die Wählerschaft nach Einkommen und Bildung, so liegen die AfD-Wähler bei Landtagswahlen zumeist unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Bei der EU-Wahl lagen sie leicht darüber (Decker 2016, S. 18). Auf Basis ihrer Wähleranalyse zur Bundestagswahl 2013 kommen Berbuir et al. zu dem Ergebnis, dass etwa die Hälfte der AfD-Wähler über einen universitären Abschluss verfügte (Berbuir et al. 2015, S. 168). Dies verwundert nicht, berücksichtigt man den zunehmenden „*Wohlstandschauvinismus*“ (Bauer 2015, S. 22). Viele Wähler können jedoch auch dem Lager der Modernisierungsverlierer zugeordnet werden und stammen aus der Arbeiterschicht (Bauer 2015, S. 45).

Was die Frage nach der Herkunft der AfD-Wähler angeht, so wählten ein Drittel bzw. ein Viertel in vorangegangenen Wahlen die CDU/CSU bzw. die FDP (Berbuir et al. 2015, S. 168). Paradoxerweise war die AfD auch imstande, Anhänger der Partei Die Linke zu mobilisieren. Dies wurde bereits in Kapitel 3.3 deutlich. Hier konnte gezeigt werden, dass die Linke und insbesondere die FDP bei vergangenen Landtagswahlen in Deutschland teils gravierende Stimmenverluste – überwiegend zugunsten der AfD – zu verzeichnen hatten. *„Dass die Wähler linker Parteien für konservativ-autoritäre Wert- und Ordnungsvorstellungen durchaus empfänglich sind, weiß man in den Sozialwissenschaften seit Langem. Wahlerfolge der Rechtspopulisten tragen insofern dazu bei, dass sich die Achse des Parteiensystems insgesamt nach rechts verschiebt.“* (Decker 2015, S. 32). Zu einem großen Teil konnte die AfD aber vor allem Nichtwähler mobilisieren. Diese Bilanz *„spricht zunächst dafür, dass die AfD protestorientierte Wähler aus nahezu allen Lagern für sich gewinnen kann“* (Lewandowsky 2015, S. 128). Die Partei wird zum großen Teil also aus Protestmotiven gewählt (Decker 2016, S. 19).

Wie bereits erwähnt spielen Klassenzugehörigkeiten – auch aufgrund der zunehmenden Individualisierung – heutzutage immer weniger eine Rolle, wenn es um das Ansprechen von potenziellen Wählern sowie deren Mobilisierung durch Parteien geht. So findet die AfD *„in allen sozialen Gruppen relativ gleichmäßig Zuspruch“* (Decker 2016, S. 17ff.). Dies kann unter anderem auf die Strategie der Partei zurückgeführt werden, von Beginn an vor allem die gesellschaftliche Mitte zu fokussieren (Bebnowski 2013; Bebnowski 2015, S. 5f.). *„Denn aus der Mitte der Gesellschaft kommen, das möchte jede Partei. Nicht nur fühlt sich der Großteil der deutschen Bevölkerung der Mitte zugehörig, sondern ist die Mitte immer auch verbunden mit dem Richtigen, assoziiert man mit ihr das, was als gut oder zumindest nicht unangenehm auffällig gilt.“* (Bebnowski 2013, S. 151).

Die sehr heterogene Wählerschaft der AfD trägt dazu bei, dass verstärkt übergreifende Themen angesprochen und auf die Agenda gebracht werden, welche auf der Prioritätenliste der verschiedenen Wählerschichten gleichermaßen weit oben liegen. Daher wird der thematische Fokus insbesondere auf die innere Sicherheit, auf Immigration sowie die Kritik an der EU gelegt (Priester 2012, S. 9).

Auch wenn die AfD stets ihre Anti-EU-Haltung betonte und in den programmatischen Mittelpunkt rückte (Schmitt-Beck 2016) zeigen Umfragen, dass insbesondere die Kritik an der Zuwanderung(-spolitik) ein Hauptmotiv für deren Wähler darstellt (Decker 2015, S. 29; Decker 2016, S. 18f.). Insofern verwundert es nicht, dass ein „Überwiegen rechter Einstellungsmuster in der AfD-Wählerschaft“ (Decker 2016, S. 19) auszumachen ist. Die (Wahlkampf-)Strategien der AfD wirkten jedoch auch deshalb so anziehend auf viele politikverdrossene Bürger, da die Demokratie in den Augen vieler gravierende Defizite aufweist (Bebnowski 2013, S. 155). Es stellt sich das Gefühl ein, dass politische Partizipation nichts bewirke und nur mehr zum Schein existiere, da die eigentliche Macht bei Lobbyisten und Berufspolitikern liege. Die AfD mobilisiert hingegen gegen genau diese politische Elite und vermittelt demgegenüber Volksnähe und plädiert für mehr Teilhabe der einfachen Bürger an politischen Entscheidungsprozessen.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass sich die AfD-Wählerschaft aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten zusammensetzt und dadurch eine hohe Heterogenität aufweist. Es fällt daher schwer, den typischen AfD-Wähler zu beschreiben. Zwar kann davon ausgegangen werden, dass es sich überwiegend um junge Männer handelt. Doch diese Beschreibung greift zu kurz. Die Vielfalt der Wähler und ihrer Motive sollten stets berücksichtigt werden. Und nicht nur das: „Mit Blick auf den Bewegungscharakter ist es aber gerade sinnvoll, sich den die Partei tragenden Personennetzwerken sowie der Beobachtung der gesellschaftlichen Vernetzung über die reine Betrachtung des Elektorates hinaus zuzuwenden.“ (Lewandowsky 2015, S. 125). Hier sei unter anderem auf die Nähe zur Pegida-Bewegung verwiesen. Weitere Netzwerke bedeutender Akteure wurden in Kapitel 3.1 behandelt.

Es stellt sich jedoch insgesamt die Frage, was uns das Aufkommen und die scheinbare Beständigkeit der AfD „über die Verfasstheit unserer politischen Landschaft“ (Bebnowski 2015, S. 36) verrät. Einige Experten vertreten die Meinung, dass sich der Status quo in Deutschland lediglich dem europäischen annähert (Decker 2003, S. 22). Dies ist eine Betrachtungsweise. Die wesentlichen in der Literatur diskutierten Ursachen für den Erfolg der AfD sollen im folgenden Kapitel kurz beleuchtet werden.

3.5 Gründe für den Erfolg der AfD

Viele Theoretiker kommen bei der Frage nach den Ursachen für den AfD-Erfolg auf die 2010 aufgekommene Sarrazin-Debatte in Deutschland zu sprechen (Decker 2015, S. 28; Decker 2016, S. 15; Berbuir et al. 2015, S. 158f). Thilo Sarrazin – ein Parteimitglied der SPD – erhielt aufgrund seiner Kritik an Zuwanderern und Sozialhilfeempfängern (Bebnowski 2015, S. 8) öffentliche Aufmerksamkeit. Diese Kritik erreichte durch die Veröffentlichung seines Buchs „Deutschland schafft sich ab“ einen Höhepunkt. In diesem brachte Sarrazin die Intelligenz des Individuums in direkten Zusammenhang mit dessen kultureller und genetischer Herkunft. Die daraufhin beginnende Debatte und die überwiegende Unterstützung Sarrazins offenbarten, dass xenophobe Gesinnungen in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet sind. Viele sind der Ansicht, dass die Sarrazin-Debatte den *„diskursiven Raum für den Rechtspopulismus“* (Decker 2016, S. 15) geöffnet hat.

Während rechtspopulistische Parteien in anderen europäischen Ländern bereits seit langer Zeit einen öffentlichen Kanal haben, um gewisse Wählerschichten zu repräsentieren, existierte eine solche Partei in Deutschland auf nationaler Ebene bisher nicht. In der Vergangenheit verschob sich rechtes Gedankengut daher überwiegend in den Untergrund. *„Dort wo die Rechtsparteien stark sind – wie in Dänemark oder Frankreich – verfügen die fremdenfeindlichen Positionen über eine offizielle Stimme, die sich auf die öffentliche Debatte enttabuisierend auswirkt und die Gewaltbereitschaft zu begrenzen scheint. In Deutschland werden sie dagegen unter der Decke gehalten und gerade so in die dumpferen Kanäle der Gewalt und des Sektierertums abgedrängt.“* (Decker 2003, S. 16). Die AfD erzielte bislang nur auf Länderebene beachtliche Wahlerfolge. Das Abschneiden der Partei bei der nächsten Bundestagswahl im September 2017 bleibt noch abzuwarten.

Weiters kann der Erfolg der AfD auf die beiden Parteien CDU und FDP zurückgeführt werden (Decker 2015, S. 28). Viele AfD-Mitglieder blicken auf politische Karrieren in einer dieser beiden Parteien zurück. Sie wendeten sich aus Enttäuschung oder Unfähigkeit, sich mit ihrer Partei weiterhin identifizieren zu können, von dieser ab. Ein Grund dafür ist insbesondere der programmatische Wandel der beiden Parteien in den vergangenen Jahren. So hat sich die CDU beispielsweise im wirtschaftspolitischen Bereich stetig sozialdemokratischen Positionen angenähert. Viele konservative Positionen wurden hingegen aufgegeben und ein Kurswechsel in Richtung politische Mitte vollzogen. Dadurch wurden *„Nischen im Parteiensystem geöffnet, in die die AfD erfolgreich hineingesprungen ist.“* (Decker 2015, S. 28).

Nach dem gesamtdeutschen Überblick wurde deutlich, dass es insbesondere Unterschiede bei den Wahlerfolgen der AfD in west- und ostdeutschen Bundesländern gibt. Rechtspopulistische Parteien stoßen in Ostdeutschland aufgrund der Art und Weise der Transformation sowie der sich daraus ergebenden Folgen auf besonders guten Nährboden

(Decker 2003, S. 15). Dabei spielen die Schnelligkeit des Verlaufs des Systemwechsels sowie die damit einhergehenden desintegrativen Wirkungen eine große Rolle. Der derzeitige Aufschwung der AfD insbesondere in den neuen Bundesländern kann teilweise auf diese Entwicklungen nach 1989/90 zurückgeführt werden. Die Wahrscheinlichkeit, „*dass sich die AfD [...] zu einer Regionalpartei des Ostens entwickelt [...]*“ (Decker 2015, S. 30) liegt somit relativ hoch. Hier fruchten Kritik am politischen Establishment und die Thematisierung von nationaler Identität besonders gut (Decker 2015, S. 29). Jonas Fedders führt den herausragenden Erfolg der AfD in den ostdeutschen Bundesländern außerdem auf die von der Partei vertretenen migrationspolitischen Positionen gepaart mit der geographischen Lage der Bundesländer, die direkt an osteuropäische Staaten grenzen, zurück (Fedders 2016, S. 165).

In weiterer Folge stellt sich die Frage, was die Konsequenzen der Etablierung der AfD im deutschen Parteiensystem sind. In diesem Zusammenhang sollte nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Partei nicht nur Stimmen von den bürgerlichen Parteien für sich gewinnen und insbesondere Nichtwähler mobilisieren konnte, sondern dass paradoxerweise auch etliche Wähler von Parteien links des politischen Spektrums zur AfD wanderten (Decker 2015, S. 32; Bauer 2015, S. 45). Tendenziell verschiebt sich das Parteiensystem dadurch nach rechts (Decker 2015). Da jedoch die etablierten Parteien in Deutschland derzeit keinerlei Interesse zeigen, mit der AfD in irgendeiner Weise politisch zusammenzuarbeiten, wird der politische Wettbewerb zunächst weitere Polarisierung erfahren (Decker 2015, S. 32). Wie die Medien diesen Trend – ob unbewusst oder bewusst – beeinflussen und gegebenenfalls unterstützen, wird in Kapitel 5 näher untersucht.

3.6 Theoretische Einordnung

Nach der eingehenden Auseinandersetzung mit Populismus im Allgemeinen sowie der Entstehung, Entwicklung und Programmatik der AfD im Spezifischen soll im Folgenden eine theoretische Einordnung der Partei vorgenommen werden.

Seit der Gründung der AfD war deren Einordnung als rechtspopulistisch stets umstritten (Decker 2016, S. 10). Dies ist bis heute so (Lewandowsky 2015, S. 123). Problematisch gestaltete sich – bis zum Ausscheiden von Bernd Lucke aus der Partei – unter anderem die interne Spaltung der AfD in einen liberalen und einen konservativen Flügel, die immer wieder Anlass für Konflikte und Auseinandersetzungen bezüglich der politischen Ausrichtung der Partei gaben (Decker 2016, S. 19f.; Bebnowski 2015, S. 5).

Die Rhetorik der AfD ist eindeutig als populistisch einzustufen. Die Partei spricht immer wieder von den „Altparteien“, den „Berufspolitikern“, oder aber von der „politischen Klasse“. Dadurch soll die Distanz zwischen Bevölkerung und politischer Elite verdeutlicht werden (Bebnowski

2016, S. 27). Eine Studie kommt zur Erkenntnis, dass es paradoxerweise gerade der liberale Flügel um Bernd Lucke herum war, der sich in den Gründungsmonaten bewusst populistischer Rhetorik bediente (Franzmann 2016; Bebnowski 2016, S. 26f.).

Die Einordnung der Partei gestaltet sich auch deshalb so schwierig, „weil ihr Populismus über Chiffren funktioniert“ (Bebnowski 2015, S. 16). So verursachen verwendete Schlagworte wie beispielsweise Familie, Subsidiarität, Souveränität etc. vordergründig zunächst wenig Aufregung. „Bemüht man eine kontextuelle Lesart, wird jedoch deutlich, dass ein Schlagwort wie Familie in Verbindung mit der Nennung der Nation einen ganzen Strauß an völkischen Assoziationen nach sich ziehen kann.“ (Bebnowski 2015, S. 16f.). Der Populismus der AfD ist insofern subtiler Natur (Lewandowsky 2015, S. 124).

Vor den Bundestagswahlen 2013 wurde die AfD auf Basis ihrer Wahlprogramme noch als „eine partiell rechtspopulistische Partei, der gegenwärtig das populistische Moment fehlt“ (Gebhardt 2013, S. 90) eingestuft. Die Partei ist jedoch seitdem keineswegs wieder von der politischen Bühne verschwunden⁵¹. Die in Kapitel 3.3 veranschaulichten Erfolge bei deutschen Landtagswahlen zeigen, dass sich der Aufschwung der Partei eher verfestigt und weiter fortsetzt. So ist die AfD mittlerweile in elf deutschen Landtagen vertreten. Fest steht jedenfalls, dass die AfD rechts der CDU/CSU und der FDP zu lokalisieren ist (Bebnowski 2015, S. 1). Viele Theoretiker bezeichnen die Partei daher als das bisher fehlende Bindeglied zwischen der extremen Rechten in Deutschland und den etablierten konservativ-bürgerlichen Parteien (Berbuir et al. 2015, S. 154). Die AfD berührt aber immer wieder auch die Grenzen des Rechtsradikalismus (Braun et al. 2016, S. 18). So sind manche Experten der Ansicht, dass sich die AfD in einem Graubereich zwischen rechtspopulistisch und rechtsextrem befindet. Die Grenzen seien fließend (Bauer 2015, S. 45f.). Zu dieser Verortung tragen beispielsweise die Nähe zur und Unterstützung der Pegida-Bewegung (Decker 2015, S. 31f.) sowie die Abspaltung des liberalen Parteiflügels im Juli 2015 bei. Aber auch das homogene Volk als ständiger Bezugspunkt führt zur Einstufung der Partei als ethnizistisch (Bebnowski 2015, S. 7). So weist die identitäre Auslegung des Volks- und Subsidiaritätsprinzips Überschneidungen mit dem Rechtsextremismus auf (Bebnowski 2015, S. 10).

Kai Arzheimer, der die Parteiprogramme sowie eine Vielzahl von Statements der AfD und ihr Auftreten im Internet analysierte, kommt hingegen zu dem Ergebnis, dass die Partei weder populistisch sei, noch zu den radikal rechten Parteien gezählt werden könne (Arzheimer 2015). Ihm zufolge muss der Vorwurf des Euroskeptizismus sowie die Verortung im

⁵¹ Das Kommen und Gehen von Parteien ist beispielsweise recht häufig in vielen osteuropäischen Staaten auszumachen. Dort kann es oft sehr rasch zur Gründung von (populistischen und/oder extremen) Parteien kommen, die die Frustrationen der Wähler (kurzfristig) für sich nutzen und bei Wahlen dementsprechend gute Ergebnisse erzielen können. Genauso schnell können diese Parteien jedoch wieder in der politischen Versenkung verschwinden (Beichelt 2007, S. 68).

rechtspopulistischen Bereich hinterfragt werden. Arzheimer macht darauf aufmerksam, dass diese Begrifflichkeiten im Mediendiskurs häufig willkürlich und unhinterfragt verwendet werden (Arzheimer 2015, S. 536). Die Frage nach einer damit einhergehenden möglichen Verstärkung von Populismus durch die Medien bzw. einer verzerrten Darstellung wird innerhalb dieser wissenschaftlichen Arbeit in Kapitel 5.5 diskutiert. Trotz der Notwendigkeit einer differenzierten Annäherung an die AfD, sollten Problematiken innerhalb der Partei aber durchaus thematisiert und diskutiert werden (Bebnowski 2015, S. 3).

Ein weiterer Ansatz nähert sich der Partei aus der Perspektive ihrer Entstehungsgeschichte. Neue Parteien entstehen heutzutage nahezu ausschließlich außerhalb von Parlamenten entweder durch Abspaltung von bereits bestehenden Parteien, aus einer gesellschaftlichen Bewegung heraus, oder aber durch Zusammenschluss zweier oder mehrerer (Klein-)Parteien (Decker 2015, S. 28; Decker 2016, S. 13). Die AfD ist demnach als Hybrid einzustufen. Denn sie entstand – wie bereits erwähnt – aus lange vor der offiziellen Parteigründung im Februar 2013 bestehenden Bewegungen und Initiativen (gegen den Euro) heraus. Des Weiteren setzt sich die Partei aus einer Reihe ehemaliger Parteimitglieder von CDU und FDP zusammen, die ihrer Partei aus unterschiedlichen Gründen den Rücken kehrten und zur AfD wechselten. Insofern muss die AfD zum Teil auch als eine Abspaltung von den bürgerlichen Parteien verstanden werden. Dies geht wiederum mit der in der Literatur auszumachenden Argumentation einher, dass die AfD einer neuen Form des rechten Populismus – des sogenannten „Heritage Populism“ – zuzuordnen sei (Reynié 2016, S. 47f.). Dieser zeichne sich durch eine starke Feindseligkeit gegenüber der politischen Elite aus. Diese Abneigung werde wiederum mit dem Widerstand gegen die Europäische Union, gegen Immigranten sowie gegen den Islam kombiniert, was auf die AfD eindeutig zutrifft.

Bisherige theoretische Einordnungen sind also ambivalent und werden teils kontrovers diskutiert. Um gefestigtere Schlüsse ziehen zu können, müssen weitere Entwicklungen abgewartet werden. Die Frage der Etablierung der AfD im deutschen Parteiensystem wird sich im Rahmen der nächsten Bundestagswahl klären (Lewandowsky 2015, S. 129).

3.7 Später Aufschwung von Populismus in Deutschland

In Deutschland hat sich mit der AfD erst relativ spät eine ernstzunehmende rechtspopulistische Partei etabliert, die repräsentative Ausmaße anzunehmen scheint (Arzheimer 2015, S. 535; Bebnowski 2015, S. 33; Decker 2015, S. 27). Die wesentlichen Gründe hierfür sollen im Folgenden kurz erörtert werden.

Während (Rechts-)Populismus in anderen europäischen Staaten bereits seit Jahrzehnten „zur Grundausstattung der politischen Systeme gehört“ (Decker 2003, S. 22), waren die

Umfeldbedingungen in Deutschland lange Zeit schwierig. In erster Linie profitierte die Linke von der Dichotomie Volk *versus* politische Elite. Populistische Parteien auf dem rechten politischen Spektrum hatten es hinsichtlich einer beständigen Etablierung aus unterschiedlichen Gründen schwer (Berbuir et al. 2015, S. 158). Zwar kam es ab den 1990er Jahren immer wieder zur Formierung rechtspopulistischer Bewegungen, diese waren aber nicht von langer Dauer (Priester 2012, S. 3).

In Deutschland schaffen insbesondere institutionelle Rahmenbedingungen sowie der Föderalismus Hürden für neue Parteien (Berbuir et al. 2015, S. 159ff.). Vor allem Kleinparteien haben es hier schwer, da sie häufig organisatorische und strukturelle Schwächen aufweisen. Der Aufbau einer landesweiten Parteiorganisation gilt daher als essenzielle Voraussetzung für langfristigen Erfolg (Berbuir et al. 2015, S. 155). Umso mehr sind Kleinparteien daher oftmals auf ihren Parteivorsitzenden und dessen Medienwirksamkeit angewiesen, was von den Schwächen der Partei ablenken soll.

Auch das Parteiengesetz kann in Deutschland eine Hürde darstellen. Dieses schreibt eine Minimalanzahl von Parteimitgliedern vor, die nicht unterschritten werden darf und macht die Notwendigkeit demokratischer Parteistrukturen zur Prämisse.

Rechte Parteien haben es in Deutschland jedoch besonders schwer. Zum einen gibt es eine Vielzahl an rechten Splittergruppen und –parteien. Die Konkurrenz ist also relativ groß. Diese sind untereinander außerdem teils enorm zerstritten. Die Formierung einer einheitlichen Bewegung wird dadurch verunmöglicht. Zum anderen spielen aber auch die politische Kultur sowie der Mediendiskurs in Deutschland eine große Rolle. Rechte Parteien unterliegen aufgrund des Zweiten Weltkrieges und des Untergrund-Terrorismus des NSU (siehe hierzu Braun et al. 2016) hartnäckigen Stigmatisierungen. Dies hat Auswirkungen auf deren Medienwirkung und die öffentliche Image-Generierung. Rechte Parteien werden in weiterer Folge politisch nicht als Gleiche behandelt und ihre Repräsentation in Parlamenten wird von den etablierten Parteien tabuisiert. Aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands müssen rechtspopulistische Parteien also *„wenn sie in der Bundesrepublik Erfolg haben wollen, einer Stigmatisierung als rechtsextrem unter allen Umständen entgehen.“* (Decker 2003, S. 20). Die AfD hat es geschafft, sich dieser Stigmatisierungsstrategie der etablierten Parteien erfolgreich zu entziehen (Lewandowsky 2015, S. 126f.). Wie allerdings die deutschen Print-Medien mit der Partei umgehen, soll in den nachfolgenden beiden Kapiteln herausgefunden werden.

4. Medien und Populismus

4.1 Rolle und Funktionen von Medien in Demokratien

Der deutsche Soziologe Niklas Luhmann subsummiert unter (Massen-)Medien jegliche „Einrichtungen der Gesellschaft, die sich zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen. Vor allem ist an Bücher, Zeitschriften, Zeitungen zu denken, die durch die Druckpresse hergestellt werden; aber auch an photographische oder elektronische Kopierverfahren jeder Art, sofern sie Produkte in großer Zahl mit noch unbestimmten Adressaten erzeugen.“ (Luhmann 2009, S. 10)

Generell kann zwischen Medien in totalitären und in demokratischen Systemen unterschieden werden (Mast 2008, S. 44f). Im Rahmen dieser wissenschaftlichen Arbeit liegt der Fokus auf der Rolle und den Funktionen von Medien in Demokratien. Hier sind die Medien unabhängig vom Staat und nehmen diesem gegenüber eine kritische Haltung sowie eine zentrale Kontrollfunktion ein. Die Unabhängigkeit der Medien ist (verfassungs-)rechtlich verankert. Anders als in totalitären Systemen wird der Zugang zum Beruf des Journalisten nicht kontrolliert und es besteht Meinungs- und Informationsfreiheit. Bereits Alexis de Tocqueville bezeichnete beispielsweise die „*Pressefreiheit als Basisinstrument für öffentliche Meinungsbildung und demokratische Willensbildungsprozesse*“ (Polke 2014, S. 11).

Medien in Demokratien zeichnen sich außerdem durch publizistische Angebotsvielfalt aus, welche eine konkurrierende Willensbildung ermöglichen soll. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich Medienunternehmen untereinander zunehmend sowohl in einem publizistischen als auch in einem ökonomischen Konkurrenzkampf befinden. Medienunternehmen sind daher zugleich auch wirtschaftliche Unternehmen und agieren dementsprechend profitorientiert (Polke 2014, S. 9). Dies gilt aufgrund der überwiegend privatwirtschaftlich organisierten Medienlandschaft insbesondere für Deutschland (Mast 2008, S. 179ff.). Man spricht deshalb häufig vom Doppelcharakter der Medien (Hangen 2012, S. 47ff.).

Die wesentlichen politischen Funktionen von Medien in Demokratien werden im Folgenden aufgezählt und kurz beschrieben:

Informations- und Bildungsfunktion

Eine zentrale politische Funktion von Medien stellt die Bereitstellung von Informationen sowie die Möglichkeit des selbstständigen Informierens dar. Medien bilden öffentliche Foren, in denen kontroverse Thematiken und gesellschaftliche Konflikte dargestellt und zur Diskussion gebracht werden können und in denen verschiedene Akteure die Möglichkeit haben, sich auszutauschen und/oder zu positionieren (Hangen 2012, S. 101). Auch Medien selbst nehmen an diesem Prozess teil und bereichern den Kommunikationsprozess zudem stetig mit

Zusatzinformationen an. Diese Informationsfunktion gilt als Basis des demokratischen Willensbildungsprozesses (Dahl 1989, S. 111f.) und leistet damit auch einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Bildung im Allgemeinen.

Beitrag zur Meinungsbildung

Medien sind Meinungsmacher und –träger (Polke 2014, S. 9). Durch die Art und Weise der öffentlichen Information konstruieren Medien ständig Bilder von der Realität und der Gesellschaft und erzeugen dadurch ein bestimmtes Wissen über die Welt, in der wir leben (Luhmann 2009, S. 9). „*Medien beeinflussen in ihrer Wirklichkeits- und Weltendarstellung das Bild der öffentlichen Meinung.*“ (Hangen 2012, S. 104). Und damit nicht genug. Schulz macht etwa darauf aufmerksam, dass sich die Erforschung der modernen Medien insbesondere mit dem Aspekt auseinandersetzen sollte, „*daß die Wirklichkeitskonstruktion durch die Medien als ein eigenständiger Faktor in das Handeln und die Realitätswahrnehmung gesellschaftlicher Akteure eingreift.*“ (Schulz 2000, S. 93).

Im Hinblick auf demokratische Anforderungen an Nachrichtenbeiträge sollten stets verschiedene Standpunkte und Interessen hinsichtlich politischer Thematiken und Ereignisse aufgezeigt und erläutert werden, sodass sich die Rezipienten aufbauend auf diesen unterschiedlichen Argumentationen ihre eigene Meinung bilden können (Kühne et al. 2012, S. 414). Die Fähigkeit der Begründung dieser Argumentationen sowie faire Diskussionen spielen dabei eine große Rolle (Burkart et al. 2010, S. 261ff.; Hangen 2012, S. 103). Die Darstellung verschiedener gesellschaftlicher Interessensgruppen – und somit nach Möglichkeit des gesamten Meinungsspektrums innerhalb einer Gesellschaft – ist auch im Hinblick auf die Herstellung von Chancengleichheit von zentraler Bedeutung.

Kritik und Kontrolle

Politik muss immer hinterfragt werden (Löwisch 2009, S. 35). Medien üben umfassende Kritik an politischen Entscheidungen und Abläufen und sind somit zentraler „*Bestandteil öffentlicher Kontrolle*“ (Polke 2014, S.12). Durch die Aufbereitung und Verbreitung von Informationen ermöglichen Medien zudem auch den Bürgern die Ausübung ihrer Kontrollrechte (Hangen 2012, S. 103f.). Dadurch wird ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung von Transparenz und zur Anregung gesellschaftlicher Debatten geleistet. So werden etwa politische Skandale enthüllt, Missstände aufgedeckt oder umstrittene politische Entscheidungen in Frage gestellt. Medien werden daher häufig als die „vierte Gewalt“ im Staat bezeichnet, was innerhalb der Literatur allerdings auch kontrovers diskutiert wird (siehe etwa Wagner 2007).

Herstellen von Öffentlichkeit

Die Kontrollfunktion hängt stark mit der Herstellung von Öffentlichkeit zusammen, die von Medien unter anderem mittels der Darstellung politischer Abläufe und Debatten hergestellt wird (Hangen 2012, S. 103f.; Mast 2008, S. 45).

Integrations- und Sozialisationsfunktion

Eine Integrations- und Sozialisationsfunktion nehmen Medien insofern ein, als dass durch den von ihnen angestoßenen Diskurs möglichst alle Individuen an der Gemeinschaft partizipieren können. Dabei sollen wesentliche (Werte-)Konflikte in einer Gesellschaft sowie die dabei artikulierten Interessen abgebildet werden. Dadurch sollen nicht nur Stereotype abgebaut, sondern auch verschiedene Akteure und ihre unterschiedlichen und teils divergierenden Interessen adäquat dargestellt werden. Sowohl Mehrheiten als auch Minderheiten – kurz: gesellschaftliche Machtverhältnisse – sollen dabei thematisiert und abgebildet werden. Dadurch *„verhelfen Medien zur Bündelung gesellschaftlicher, d. h. öffentlich gemeinsamer Interessen mittels Kommunikation. Darin liegt ihr entscheidender Beitrag zur Wahrung des Pluralismus.“* (Polke 2014, S. 14). Wie bereits erwähnt ist es von Relevanz, ein möglichst umfassendes Bild des in der Gesellschaft vorhandenen Meinungsspektrums zu schaffen, um Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Interessensgruppen herzustellen (Hangen 2012, S. 103). Nach Meinung vieler Experten leisten Medien damit einen wesentlichen *„Beitrag zur Stabilisierung demokratischer Gesellschaftsstrukturen“* (Polke 2014, S.12).

Agenda-Setting

Medien haben eine Agenda-Setting-Funktion. Durch ständige Auswahlprozesse und Selektion von Informationen wird entschieden, welche Nachrichten letztendlich veröffentlicht und verbreitet werden und welche nicht. Durch die Entscheidung, welche Nachrichten auf der Titelseite platziert werden, wird zugleich auch darüber entschieden, welche Themen dominieren und den Diskurs prägen (Hangen 2012, S. 104). Damit legen Medien also auch die Richtung und den Fokus des öffentlichen Diskurses fest.

4.2 Zur Affinität von Medien und Populismus

Moderne (Massen-)Medien und Politik stehen insbesondere in heutigen Wettbewerbsdemokratien in sehr engem und wechselseitigem Verhältnis zueinander (Decker 2012, S. 14). Dies ist eine Folge des medialen Wandels, welcher auch und insbesondere zu einem Wandel der politischen Öffentlichkeit beitrug (Polke 2014, S. 8f.). Dazu mehr in Kapitel 5.5. Mediengeschichte muss also immer auch als wesentlicher Bestandteil von Politikgeschichte verstanden werden (Schulz 2000, S. 96; Mast 2008, S. 42ff.).

Dieses Zusammenspiel hat zum Begriff der Medienpolitik geführt, worunter ein komplexes System unterschiedlicher und wechselseitiger Beziehungen zwischen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Sphäre zu verstehen ist (Mast 2008, S. 44). Nicht nur die Politik nimmt durch die Festlegung der gesetzlichen Rahmenbedingungen – und somit des Spielraums – Einfluss auf das Mediensystem. Auch der umgekehrte Fall ist zu beobachten, wobei von den Medien gezielt Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren bezüglich ihrer divergierenden oder sich überschneidenden Interessen in den Fokus genommen werden (Mast 2008, S. 46). Dabei spielen mediale Inszenierungen eine große Rolle. Aufgrund des bereits erwähnten Doppelcharakters der Medien entwickeln diese eine besondere Affinität zu Darstellungs- und Inszenierungsformen politischer Akteure (Decker 2012, S. 14). Damit lassen sich Umsatzzahlen steigern. Dadurch kommt es aber auch zu einer Verschiebung der politischen Debatten von den Parlamenten und anderen politischen Institutionen hin zu medienwirksamen Formaten wie beispielsweise Talkshows. In diesem Zusammenhang sprechen viele Experten von der sogenannten Mediatisierung der Politik. Politische Akteure passen sich demnach sukzessive an die Medien und deren umsatzorientierten Erfolgsbedingungen an, wodurch sich auch der Charakter der Politik selbst verändert (Kepplinger 2007, S. 275). *„In diesem Sinne sind die Rechtspopulisten auch ein Produkt des modernen Medienzeitalters und ihre Beziehung zu den Massenmedien ist eine durchaus besondere und symbiotische“* (Bauer 2015, S. 24).

Zwischen (Massen-)Medien und Populismus sind also eine spezifische Affinität sowie gegenseitige Abhängigkeiten auszumachen (Diehl 2012). Verstärkt wird die Affinität zwischen (Massen-)Medien und Populismus durch den bereits erwähnten Wandel der Medienlandschaft seit vielen Jahren. Viele Experten vertreten dabei die Meinung, dass Medien Populismus zusätzlich vorantreiben (Decker 2012, S. 14). Denn *„von digitalem Strukturwandel bedrohte Medien, die um des eigenen Überlebens willen mit Tabubrüchen, Verkürzungen und Zuspitzungen arbeiten, nehmen die Radikalität der Populisten dankbar an.“* (Lange 2016). Dabei stellt sich die Frage, ob Populisten die Massenmedien sehr gut für sich nutzen, oder ob es umgekehrt die Massenmedien sind, die politische Akteure dazu bewegen, sich überhaupt erst populistisch zu verhalten. Dies kann inzwischen nicht mehr adäquat voneinander unterschieden werden. Denn *„die Grenzen des Populismus zum Politainment sind fließender geworden.“* (Diehl 2012, S. 16). Eines sollte man sich in diesem Zusammenhang immer vergegenwärtigen: *„Medien können stets beides sein: Anwälte der Freiheit und des Populismus, Kritiker wie Demagogen. Gebrauch und Missbrauch liegen nahe beieinander.“* (Polke 2014, S. 12).

4.3 Die Bedeutung von Qualitätsjournalismus

4.3.1 Journalismus

Bezieht man in den Begriff des Journalismus nicht nur die Journalisten selbst, sondern auch deren Publikum sowie die Medien als Ganzes mit ein, so kann Journalismus als das „*Gespräch der Gesellschaft über sich selbst*“ (Löwisch 2009, S. 33) definiert werden. Wie in Kapitel 4.1 bereits deutlich wurde, ist es in Demokratien notwendig, gesellschaftlich relevante Themen zu kommunizieren. Dabei bildet Journalismus die Wirklichkeit nicht nur ab (Linden 1998, S. 61), sondern beeinflusst auch die Wahrnehmung ebendieser. Journalismus kann also nicht nur als eine Selbstbeobachtung der Gesellschaft betrachtet werden, sondern wirkt auch an deren Gestaltung mit (Burkhardt 2009, S. 9).

4.3.2 Der Beruf des Journalisten

Der Beruf des Journalisten hat somit weitreichende und nicht zu unterschätzende Bedeutung. So wird nicht nur umfassende und vielfältige Unterhaltung betrieben. Begreift man Journalismus als ein gesellschaftliches Teilsystem, werden außerdem für nahezu alle anderen gesellschaftlichen Teilbereiche umfassende und unverzichtbare Informationen bereitgestellt (Mast 2008, S. 53). Journalisten kommen durch die tagtägliche Aufbereitung und Verbreitung von Nachrichten somit wesentliche demokratische Funktionen zu (vgl. Kapitel 4.1). „*Von der Qualität dieser Ausschnitte aus dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehen hängt es ab, auf welcher Basis sich die Bürger ein Urteil über Entwicklungen und Probleme in der Gesellschaft bilden.*“ (Mast 2008, S. 53).

Journalisten entscheiden durch ständige Auswahlprozesse, welche Informationen in ihre Berichterstattung einfließen und welche nicht. Man spricht daher häufig von ihrer Funktion als „Gatekeeper“ (Mast 2008, S. 57). Dabei sollte jedoch stets berücksichtigt werden, dass diese Faktenauswahl subjektiv geprägt ist (Linden 1998, S. 61). Denn die Arbeitsweise und –methoden von Journalisten hängen von deren persönlicher Welt- und Berufsauffassung sowie der gesellschaftlichen Verfasstheit im Allgemeinen ab (Mast 2008, S. 239f.).

In Demokratien verfügen Journalisten nicht nur über bestimmte Rechte, sondern müssen auch der sogenannten Sorgfaltspflicht nachkommen. Demnach sind sie verpflichtet, „so wahrheitsgemäß wie möglich zu berichten“, um „*der objektiven Richtigkeit möglichst nahe zu kommen*“ (Mast 2008, S. 157). Dieser Objektivitätsanspruch – wobei die einzige Ausnahme Kommentare darstellen, in denen explizit Meinungen geäußert werden dürfen – besteht aber nur theoretisch, da in der Praxis tagtäglich wertende Begriffe mit in die Berichterstattung einfließen (Mast 2008, S. 268). Daher ist es notwendig, den Rezipienten stets zu verdeutlichen,

wann es sich um eine Meinungsäußerung und wann um die Darstellung von Informationen handelt (Löwisch 2009, S. 34; Schlemmer 2003, S. 53).

Problematisch im Hinblick auf den Objektivitätsanspruch gestalten sich auch die persönlichen Kontakte informeller Natur sowie häufig stattfindende Hintergrundgespräche zwischen politischen Akteuren und Berufsjournalisten (Schulz 2000, S. 77; Kepplinger 2007, S. 282). Diese Tatsache hat eine [...] *spezifische Nähe und eine neue, wechselseitige Abhängigkeit zwischen Politik und Journalismus*“ (Schulz 2000, S. 89f.) zur Folge.

Eine demokratisch verfasste Gesellschaft kann jedoch trotz dieser Problematiken auf die Darstellung von Wirklichkeit sowie die Orientierung verleihende Meinungs- und Willensbildung durch journalistisches Arbeiten nicht verzichten. Journalisten werden daher häufig auch als „Diskursanwälte“ bezeichnet (Burkart et al. 2010, S. 257).

Journalisten sollten sich der enormen Bedeutung ihrer (politischen) Funktionen sowie der Reichweite und der möglichen Konsequenzen ihres Arbeitens für den öffentlichen Diskurs stets bewusst sein (Burkart et al. 2010, S. 257).

4.3.3 Zur Relevanz qualitativ hochwertiger Berichterstattung

Die Ansprüche an Journalisten und an qualitativ hochwertige Berichterstattung wachsen zusehends – insbesondere aufgrund der Zunahme der Medienvielfalt und der damit einhergehenden steigenden Medienkompetenz der Rezipienten (Mast 2008, S. 278). In diesem Zusammenhang ist auch eine Zunahme der Vielfalt journalistischer Darstellungsformen zu beobachten (Linden 1998, S. 65; Mast 2008, S. 345ff.). Zu den geläufigsten Darstellungsformen zählen etwa die Nachricht, der Bericht, die Reportage, das Interview, das Porträt sowie Meinungsbeiträge (Mast 2008, S. 259ff.). Die wohl bekannteste Form des Meinungsbeitrages stellt der Kommentar dar, in welchem der Journalist zu einem aktuellen Thema oder Ereignis und auf der Basis von Argumenten seine Meinung äußert und den Gegenstand in einen größeren Gesamtzusammenhang einbettet (Mast 2008, S. 306f.). Für den Rezipienten ermöglicht der Kommentar Einblicke in andere Denkweisen und bietet somit Anregungen hinsichtlich der eigenen Meinungsbildung bzw. können bereits vorhandene Ansichten gestärkt oder geschwächt werden. Insgesamt gilt jedoch *„eine grundlegende Regel: Nachricht und Kommentar sollten immergetrennt werden. Diese Trennung gilt als Gradmesser für die Redlichkeit des Journalismus.“* (Mast 2008, S. 259) und stellt somit ein zentrales Qualitätsmerkmal dar (Schlemmer 2003, S. 53).

Die Bedeutung von Nachrichten als Quelle und Basis politischer Information und Meinungsbildung (Kühne et al. 2012, S. 428) darf nicht unterschätzt werden. Wie bereits verdeutlicht spielt dabei die Qualität der Berichterstattung eine zentrale Rolle. Aufgrund der

Komplexität und Mehrdimensionalität gibt es allerdings keine allgemeingültige Definition von journalistischer Qualität (Burkart et al. 2010, S. 258; Hassemer/Rager 2006, S. 19). Dafür lässt sich aber eine ganze Reihe an journalistischen Qualitätskriterien festlegen, denen je nach Perspektive unterschiedliche Gewichtung und Priorität zugeschrieben wird. Insofern „*bleibt Qualität ein relationaler Begriff*“ (Hassemer/Rager 2006, S. 21). Die wesentlichsten Qualitätskriterien sollen im Folgenden kurz genannt und beschrieben werden.

Durch **Vielfalt** soll ein umfangreiches Angebot an Informationen bereitgestellt werden, um den verschiedenen Bedürfnissen der Rezipienten gerecht zu werden (Prugger 2015, S. 51ff.). **Aktualität** stellt ein weiteres Qualitätskriterium dar, wobei Tageszeitungen hier – verglichen mit dem Internet – klar im Nachteil sind. Es gilt, Neuigkeiten der Öffentlichkeit rasch zukommen zu lassen und dabei auch die möglichen Konsequenzen von Ereignissen adäquat darzustellen. Das Kriterium der **Relevanz** eines Themas und/oder Ereignisses ist ebenfalls von Bedeutung. Hierbei wird auch vom Nachrichtenwert gesprochen (Mast 2008, S. 265; Prugger 2015, S. 54). Umfassende und präzise **Recherche** stellt dabei nicht nur eine unabdingbare Tätigkeit von Journalisten, sondern auch die Basis für faktenbasierte Berichterstattung dar (Prugger 2015, S. 51ff.). Eng verbunden damit ist das Kriterium der **Faktizität**. Durch eine sachliche und auf Fakten gestützte Darstellung der Wirklichkeit soll dem Individuum eine fundierte Berichterstattung geboten und **Glaubwürdigkeit** generiert werden. **Kritik** stellt ein weiteres zentrales Qualitätsmerkmal dar. Kritischer Journalismus muss die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure und deren Standpunkte und Interessen stets hinterfragen und reflektieren. Argumentationen innerhalb der Berichterstattung müssen dabei immer erklärt und begründet werden. Motive, verschiedene Interessen und etwaige Konsequenzen gilt es dabei ebenfalls darzustellen. Insgesamt sollte dabei stets eine **respektvolle Diskussion** vorherrschen. Auch das Kriterium der **Unabhängigkeit** des Journalismus von anderen gesellschaftlichen Teilsystemen ist nicht unwesentlich. Weiters können **Lösungsorientierung** bei problembehafteten Themen sowie die Äußerung von **Zweifel** als Qualitätsmerkmale journalistischer Berichterstattung genannt werden. Durch Zweifel werden beispielsweise Diskurse in Gang gesetzt, die den Kommunikationsprozess innerhalb der Gesellschaft aufrechterhalten (Burkart et al. 2010, S. 265).

4.4 Printmedien in Deutschland

Zeitungen nehmen in Deutschland eine essenzielle Rolle ein. Deutschland weist nicht nur den größten Zeitungsmarkt in Europa auf (Bundesverband deutscher Zeitungsverleger 2016). Eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage belegt außerdem, dass die deutsche Bevölkerung im Vergleich zum europäischen Durchschnitt ihren nationalen Medien ein hohes Maß an Vertrauen entgegenbringt. Zeitungen genießen demnach mit 68 Prozent hohe Glaubwürdigkeit

(vgl. European Commission). Vor allem (überregionale) Tageszeitungen spielen hier eine wichtige Rolle. Sie ermöglichen den Rezipienten aufgrund ihrer umfassenden und informativen Berichterstattung sowie aufgrund des breiten Themenspektrums Orientierung (Mast 2008, S. 75).

5. Medienanalyse

5.1 Forschungsfragen und Erkenntnisinteresse

Wie in Kapitel 3.3 veranschaulicht schaffte die AfD im Laufe der vergangenen vier Jahre den Einzug in insgesamt elf deutsche Landesparlamente. Nachdem die Partei also bereits eine nicht unerhebliche Anzahl erfolgreicher Wahlkämpfe absolviert hat, stellt sich in diesem Kapitel nun die Frage, wie sich der Umgang der deutschen Print-Medien mit der AfD gestaltet und welches Bild der Öffentlichkeit dadurch von der Partei vermittelt wird. Dahinter steht die Frage, welche Wirkung das durch die Berichterstattung über populistische Parteien konstruierte Bild auf Populismus selbst und in weiterer Folge auf die Politik und die Entwicklung der Demokratie im Allgemeinen haben könnte.

Repräsentativ für die Qualitätszeitungen in Deutschland wurde dafür die Süddeutsche Zeitung herangezogen, deren Berichterstattung zur AfD innerhalb dieser wissenschaftlichen Arbeit analysiert wird. Die zentralen Forschungsfragen lauten dabei wie folgt:

1. Wie wird im Rahmen von Zeitungsartikeln über die AfD gesprochen und wie wird diese thematisch behandelt?
2. Wird die AfD innerhalb der Berichterstattung bewertet? Wenn ja, wie?
3. Wird die Süddeutsche Zeitung – unter Berücksichtigung des Objektivitätsanspruches von Medien – ihrer Rolle als neutraler Berichterstatter gerecht?
4. Welches öffentliche Bild wird von der AfD konstruiert und dem Rezipienten vermittelt?
5. Lassen sich Veränderung des medialen Umgangs mit der AfD im Zeitverlauf ausmachen?

Diese Fragestellungen sind auch deshalb von Bedeutung, da Nachrichtenbeiträge und die durch sie konstruierten Bilder wesentlich zur Bildung bzw. Festigung von Meinungen und Einstellungen beitragen können (Kühne et al. 2012). Die Wirkung von Formulierungen und Begrifflichkeiten innerhalb journalistischer Nachrichtenbeiträge sollte daher nicht unterschätzt werden (Linden 1998). In diesem Zusammenhang sollte die Mitgestaltung der Gesellschaft – und somit der Demokratie im Allgemeinen – durch die Medien nicht unberücksichtigt bleiben (siehe Kapitel 4). Daher erscheint es relevant zu untersuchen, wie im Rahmen von Zeitungsartikeln über populistische Parteien – in diesem Fall über die AfD – gesprochen und welches Bild somit konstruiert und der Öffentlichkeit vermittelt wird.

Im Rahmen der Medienanalyse soll auch auf die beiden in Kapitel 2.4 beschriebenen Argumentationslinien bezüglich der Bedeutung von Populismus für die Demokratie Bezug genommen werden. Um diese nochmals in Erinnerung zu rufen, so vertreten einige Experten die Ansicht, dass populistische Parteien eine Gefahr für die Demokratie darstellen (Bauer 2015, S. 36; Hartleb 2012). Andere wiederum anerkennen durchaus auch positive Aspekte

von Populismus und geben zu bedenken, dass dieser auch eine revitalisierende Wirkung auf das demokratische System im Hinblick auf etwaige sich im Laufe von Jahrzehnten schleichend etablierte Fehlentwicklungen und/oder Defizite haben kann (Cedroni 2011, S. 246; Segert 2011). Demnach würden populistische Akteure Themen zurück auf die politische Agenda bzw. zur öffentlichen Diskussion bringen, die entweder von den etablierten Parteien bewusst gemieden wurden, die generell heikel sind oder aber im Laufe der Zeit sukzessive tabuisiert wurden (Priester 2012, S. 7).

Ziel der nun folgenden Medienanalyse ist es also, herauszufinden, welche dieser beiden Argumentationen die Süddeutsche Zeitung innerhalb der Berichterstattung zur AfD bedient und welche Konsequenzen dies für den Populismus selbst, für die Politik sowie für die Demokratie im Allgemeinen haben könnte.

5.2 Sampling

5.2.1 Untersuchungsmedium

Für die folgende Medienanalyse wurde die Süddeutsche Zeitung als Untersuchungsmedium gewählt. Dabei fand ein „*convenience sampling*“ statt (Patton 1990, S. 180f.). Das bedeutet, dass hinsichtlich des Zugangs zum Forschungsfeld aus Gründen der einfacheren Verfügbarkeit auf Online-Zeitungsartikel zurückgegriffen wurde.

Die Süddeutsche Zeitung zählt zu den überregionalen Qualitätszeitungen in Deutschland. „*Zeitungen gelten dann als überregional bzw. national verbreitet, wenn sie den überwiegenden Teil ihrer Auflage außerhalb ihres Kernverbreitungsgebietes absetzen.*“ (Mast 2008, S. 19). Die Süddeutsche Zeitung stellt mit einer Reichweite von zuletzt 1,13 Millionen Leser und 358.365 verkauften Exemplaren (Montag bis Freitag)⁵² die auflagenstärkste Tageszeitung in Deutschland dar. Die Wochenendausgabe erreicht sogar eine Verkaufszahl in Höhe von 443.345 Exemplaren⁵³. Die politische Ausrichtung der Süddeutschen Zeitung wird gemeinhin als liberal-kritisch bezeichnet (Pointner 2010, S. 152).

5.2.2 Untersuchungszeitraum

Bei der vorliegenden Medienanalyse handelt es sich um eine Längsschnittanalyse. Dabei wurde seit Gründung der AfD pro Jahr ein Untersuchungszeitraum im Umfang von je einem Monat ausgewählt. Die Auswahl orientierte sich dabei stets an einem bestimmten Ereignis,

⁵² Vgl. **Süddeutsche Zeitung Media: Die Süddeutsche Zeitung**. Unter: <https://sz-media.sueddeutsche.de/de/sz/aktuelles-profil.html> (Zugriff am 26.11.2016)

⁵³ Vgl. **Süddeutsche Zeitung Media: Die Wochenendzeitung**. Unter: <https://sz-media.sueddeutsche.de/de/sz/sz-wochenende-profil.html> (Zugriff am 26.11.2016)

nämlich dem Stattfinden einer oder mehrerer Landtagswahlen. Dies hatte die Veröffentlichung relativ vieler Artikel zur AfD in besagtem Monat zur Folge. Als Grundlage für die Auswahl des jeweiligen Untersuchungszeitraumes diente die quantitative Medienanalyse, welche in den Kapiteln 5.3.1 und 5.4.1 ausführlich beschrieben wird. Insgesamt ergaben sich somit die folgenden vier Untersuchungszeiträume für die qualitative Inhaltsanalyse:

1. September 2013 (01.09.2013 - 30.09.2013)
2. September 2014 (01.09.2014 - 30.09.2014)
3. Mai 2015 (01.05.2015 - 31.05.2015)
4. März 2016 (01.03.2016 - 31.03.2016)

5.2.3 Datenmaterial

Als Datenmaterial dienten alle Online-Zeitungsartikel der Süddeutschen Zeitung, welche in der Suchfunktion⁵⁴ auf den Begriff „AfD“ hin erschienen. Weitere Einschränkungen bei der Suche waren „Politik“ bei der Kategorie „Ressort“, „Artikel“ bei der Kategorie „Typ“ und „Süddeutsche.de“ bei der Kategorie „Quelle“.

Zudem wurde bei „Datum“ der jeweilige Untersuchungszeitraum im Feld „Zeitraum“ eingegeben. Für den ersten Untersuchungszeitraum ergaben sich insgesamt 55 Treffer, für den zweiten 42, für den dritten 43 und für den vierten 163. Für die gesamte Untersuchung ergab dies also einen Datenumfang von 303 Zeitungsartikeln, die jedoch noch einem Selektionsprozess unterzogen wurden.

5.2.4 Datenkorpus

Für die spätere qualitative Inhaltsanalyse wurden für jeden Untersuchungszeitraum einzeln zunächst alle Zeitungsartikel in einem eigenen Word-Dokument gesammelt und abgespeichert. Im Anschluss wurden die Artikel gelesen und alle für die Forschungsfragen inhaltsrelevanten Stellen zur AfD farbig markiert. Während dieser ersten, intensiven Beschäftigung mit dem Textmaterial fand zugleich eine Selektion des Datenmaterials statt. Dabei wurden all jene Artikel verworfen, in denen die AfD lediglich erwähnt wurde und die keinerlei inhaltlich relevanten Aspekte zur Partei enthielten. Zudem wurden bloße Termin- und Veranstaltungsbekanntgaben sowie Diskussionsanregungen, Reflexionen über Blogeinträge und Leserbriefverwerfungen verworfen. Von den ursprünglich 303 Zeitungsartikeln blieben schließlich 256 inhaltlich relevante Zeitungsartikel übrig. Wie sich diese auf die einzelnen

⁵⁴ siehe **Süddeutsche Zeitung**: *Newsscanner*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/news> (Zugriff am 23.10.2016)

Untersuchungszeiträume verteilen und wie viele Artikel vom Ursprungsmaterial verworfen wurden, kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

	Untersuchungszeitraum				
Selektion	Sept 2013	Sept 2014	Mai 2015	März 2016	Gesamt
Datenmaterial	55	42	43	163	303
Datenkorpus	40	34	39	143	256
Verworfen Zeitungsartikel	15	8	4	20	47

Tabelle 1: Anzahl aller untersuchten Zeitungsartikel pro Untersuchungszeitraum

5.3 Methodisches Vorgehen

5.3.1 Quantitative Medienanalyse

Vor der qualitativen Inhaltsanalyse der Zeitungsartikel wurde zunächst eine quantitative Medienanalyse durchgeführt. Ziel sollte es sein, einen Gesamtüberblick über die Berichterstattung zur AfD zu erhalten. Die quantitative Analyse bildete außerdem die Basis für die Auswahl der Untersuchungszeiträume für die qualitative Medienanalyse. Dazu später mehr.

Zunächst wurden seit Bestehen der AfD alle in der Süddeutschen Zeitung zur Partei veröffentlichten Zeitungsartikel händisch ausgezählt, via Excel festgehalten und schließlich tabellarisch und grafisch veranschaulicht. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2016. Die zentralen Leitfragen während dieser Analyse lauteten:

1. Wie oft hat die Süddeutsche Zeitung pro Monat und pro Jahr über die AfD berichtet?
2. Wann wurde besonders intensiv über die Partei berichtet und zu welchen Zeitpunkten ebte die Berichterstattung ab?
3. Zeichnet sich eine gewisse Entwicklung bzw. ein Trend ab?

5.3.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Da im Rahmen der Medienanalyse insbesondere von Interesse ist, wie über die AfD gesprochen und wie die Partei thematisch behandelt wird, wurde als Methode die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring gewählt. Diese eignet sich besonders für die Handhabung sehr großer Textmengen.

„Die Stärke der Inhaltsanalyse ist, dass sie streng methodisch kontrolliert das Material schrittweise analysiert. Sie zerlegt ihr Material in Einheiten, die sie nacheinander bearbeitet. Im Zentrum steht dabei ein theoriegeleitet am Material entwickeltes Kategoriensystem; durch dieses Kategoriensystem werden diejenigen Aspekte festgelegt, die aus dem Material herausgefiltert werden sollen.“ (Mayring 2002, S. 114f.).

Nach Markieren aller inhaltlich relevanten Textstellen in den Zeitungsartikeln wurde für jeden Untersuchungszeitraum ein eigenes Excel-Dokument erstellt, in dem zunächst die relevanten Textstellen sowie der dazugehörige Link zum Online-Artikel aufgelistet wurden. Die Textstellen wurden anschließend mittels der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring weiterbearbeitet. Demnach werden Textstellen wie folgt bearbeitet:

1. Kodieren
2. Paraphrasieren
3. Generalisieren
4. Reduktion

In einem ersten Schritt wurden die Textstellen kodiert. Hier wurde induktiv vorgegangen. Das heißt, die Codes wurden aus dem Datenmaterial heraus gewonnen und nicht vorab festgelegt. Nach dem Kodieren wurden die Textstellen paraphrasiert und generalisiert. Die Generalisierungen wurden schließlich mittels Streichen inhaltlicher Wiederholungen und – wenn möglich – nochmaliger, komprimierterer Zusammenfassung nochmals reduziert (vgl. Flick 2011, S. 409f; Mayring 2010, S. 67-82).

Während des methodischen Arbeitens stellte sich heraus, dass die zweite und dritte Phase für das vorliegende Datenmaterial unnötige Zwischenschritte darstellten. Die Textstellen konnten bereits durch eine erste Zusammenfassung nach dem Kodieren soweit reduziert werden, dass bereits die fertige Reduktion vorlag. Ziel war es, das Datenmaterial nicht so weit zu reduzieren, dass nur mehr bloße Schlagworte übrigbleiben. Die Reduktion sollte auf jeden Fall noch Aufschluss über Formulierungen und die Art und Weise zulassen, wie in den Zeitungsartikeln über die AfD gesprochen wird. Um die Methodik optimal an das Datenmaterial anzupassen, wurden die Schritte Paraphrasieren und Generalisieren in weiterer Folge übersprungen bzw. drei Schritte in einem getätigt. Auf ein spezielles Computer-Programm zur vereinfachten Datenanalyse wurde bewusst verzichtet, um ein tiefes und eingehendes Arbeiten am und mit dem Datenmaterial zu gewährleisten.

Um sich das Prozedere besser vorstellen zu können, gibt der folgende Ausschnitt einen kleinen Einblick in das methodische Arbeiten:

Kodes	Quelle	Textstelle	Reduktion	
Sorge vor Unterwanderung durch Rechte_intern	Artikel 1, 01.09.2013, URL: http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-afd-landesverbaende-fuerchten-unterwanderung-durch-rechte-1.1759543	"Es lässt sich nicht leugnen, dass sich in mehreren Ländern systematisch rechte Gruppen formieren". Einige Landesverbände der "Alternative für Deutschland" befürchten offenbar Überläufer von rechtspopulistischen Parteien.	Systematische Formierung rechter Gruppen und Befürchtung der Partei vor Überläufern von rechtspopulistischen Parteien	
	Artikel 1, 01.09.2013, URL: http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-afd-landesverbaende-fuerchten-unterwanderung-durch-rechte-1.1759543	Baden-Württembergs Landeschefin Elke Fein fordert, die Abgrenzung zu rechten Gruppen besser zu kommunizieren. Ihr Landesverband hatte beschlossen, keine Überläufer der rechtspopulistischen Partei "Die Freiheit" mehr aufzunehmen.		Deutlicher kommunizierte Abgrenzung zu rechten Gruppen und Aufnahmestopp von Überläufern von rechtspopulistischen Parteien
	Artikel 1, 01.09.2013, URL: http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-afd-landesverbaende-fuerchten-unterwanderung-durch-rechte-1.1759543	AFD-Parteichef Bernd Lucke hingegen beteuert: "Wir werden nicht von rechts unterwandert." Einen Aufnahmestopp für Freiheit-Mitglieder lehnte er mit der Begründung ab, dass die Überläufer zur AfD aus dem gemäßigten Teil der Partei stammten.		Bernd Lucke lehnt einen Aufnahmestopp ab und streitet ab, dass die AfD von rechte Gruppen unterwandert wird
	Artikel 17, 19.09.2013, URL: http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-kreuzzug-der-schritten-intellektuellen-1.1775420	Zwischenzeitlich fürchteten sogar mehrere AfD-Landesverbände eine Unterwanderung durch rechte Gruppierungen.		Es besteht die Furcht vor einer Unterwanderung durch rechte Gruppen
Vorwurf des Rechtspopulismus_extern	Artikel 13, 17.09.2013, URL: http://www.sueddeutsche.de/politik/vorwurf-der-verfaelschten-umfragedaten-afd-verliert-rechtsstreit-mit-forsa-1.1772865	Die AfD-Unterstützer seien schwer zu erreichen - auch, weil viele von ihnen sich nicht zu erkennen geben würden. "Der Unterstützerkreis geht eindeutig ins rechtspopulistische und rechtsradikale Milieu hinein", so Güllner.	Die AfD-Anhängerschaft ist teilweise schwer erreichbar, da sie bis in das rechtspopulistische und rechtsradikale Milieu hineinreicht	
	Artikel 1, 01.09.2013, URL: http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-afd-landesverbaende-fuerchten-unterwanderung-durch-rechte-1.1759543	Die AfD sieht sich immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, rechtspopulistisch zu sein. "Wir haben es gar nicht nötig, am rechten oder linken Rand zu fischen", sagte Parteisprecherin Frauke Petry dazu vor Monaten.		Auf den Vorwurf rechtspopulistisch zu sein, reagiert Frauke Petry mit der Aussage, dass die AfD es nicht nötig habe, am rechten oder linken Rand für Wählerstimmen zu werben.
	Artikel 17, 19.09.2013, URL: http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-kreuzzug-der-schritten-intellektuellen-1.1775420	Den Vorwurf des Rechtspopulismus brachte der AfD eine Forderung in der Zuwanderungspolitik ein: Sie will Migranten nach Qualifikation auswählen.		

Abbildung 19: Einblick in das methodische Vorgehen

Während der Durchsicht und Bearbeitung des Datenmaterials wurden parallel auch stets händische Notizen geführt (vgl. Flick 2011, S. 371ff.), die sich später als überaus nützlich erwiesen und die Interpretation der Forschungsergebnisse zusätzlich ergänzten.

5.4 Ergebnisse und Interpretationen

5.4.1 Quantitative Medienanalyse

5.4.1.1 Anzahl und Verteilung der Zeitungsartikel

Um die Anzahl und Verteilung der Zeitungsartikel zur AfD möglichst detailliert erfassen und grafisch veranschaulichen zu können, erfolgte eine händische Auszählung aller in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Zeitungsartikel seit Bestehen der Partei. Dafür wurde zunächst die Anzahl der Artikel pro Tag via Excel schriftlich festgehalten. Abschließend wurde für jeden Monat die Summe der veröffentlichten Zeitungsartikel gebildet und in der folgenden Tabelle festgehalten:

Monat	Jahr				Gesamt
	2013	2014	2015	2016	
Januar	0	12	43	66	121
Februar	0	4	18	87	109
März	1	11	13	163	188
April	12	7	15	100	134
Mai	10	36	43	107	196
Juni	1	8	19	73	101
Juli	4	8	29	59	100
August	5	10	10	52	77
September	55	42	9	154	260
Oktober	7	6	31	46	90
November	4	13	27	61	105
Dezember	10	36	35	59	140
Gesamt	109	193	292	1027	1621

Tabelle 2: Anzahl aller veröffentlichten Zeitungsartikel zur AfD pro Monat und Jahr

5.4.1.2 Beantwortung der Forschungsfragen

Damit sind wir bereits bei der Beantwortung der Forschungsfragen der quantitativen Medienanalyse angelangt.

Forschungsfrage 1:

Wie oft hat die Süddeutsche Zeitung pro Monat und pro Jahr über die AfD berichtet?

Anhand der Tabelle 2 ist zu sehen, dass die Süddeutsche Zeitung im ersten Jahr der Parteigründung insgesamt 109 Artikel zur AfD veröffentlichte. Dabei sollte erwähnt werden, dass der Partei in den Artikeln noch sehr wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Dazu später mehr. Die Anzahl der veröffentlichten Zeitungsartikel nahm in den folgenden beiden Jahren um etwa 100 Artikel pro Jahr zu. 2016 steigerte sich die Anzahl dann gravierend. Von 292 im Vorjahr stieg die Zahl auf 1027 und damit um mehr als zwei Drittel an.

Um die Verteilung und Entwicklung der veröffentlichten AfD-Artikel besser nachvollziehen und die anderen beiden Forschungsfragen beantworten zu können, wurde die Tabelle in eine anschauliche Grafik überführt.



Abbildung 20: Anzahl und Verteilung der veröffentlichten AfD-Artikel im Zeitverlauf (eigene Darstellung)

Forschungsfrage 2:

Wann wurde besonders intensiv über die Partei berichtet und zu welchen Zeitpunkten ebte die Berichterstattung ab?

Nicht verwunderlich, so wurde stets bei anstehenden (Landtags-)Wahlen besonders intensiv über die AfD berichtet. Die meisten Zeitungsartikel zur AfD im Jahr 2013 wurden im September (55) veröffentlicht. Neben den beiden Landtagswahlen in Bayern und Hessen, fand in diesem Monat auch die Wahl zum deutschen Bundestag statt. Zur Landtagswahl in Bayern trat die AfD nicht an. Allerdings erzielte die Partei in Hessen 4,1 und bei der Bundestagswahl 4,7 Prozent. Die damals noch junge Partei verpasste damit den Einzug in den hessischen Landtag bzw. in den deutschen Bundestag nur knapp.

Im Jahr 2014 zeigt sich ein ähnliches Bild. Die meisten Zeitungsartikel zur AfD wurden hier im Mai (36), im September (42) und im Dezember (36) veröffentlicht. Die hohe Anzahl im Mai kann auf die Europawahl zurückgeführt werden. Der Ausschlag im September hängt mit den drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zusammen. In Sachsen wurde am 31.08.2014 gewählt. Im August wurden allerdings vergleichsweise wenige Zeitungsartikel zur AfD (10) veröffentlicht. Wie später noch deutlich werden wird, zeigte sich hier in der qualitativen Medienanalyse im Vorfeld der drei Landtagswahlen Ende August und Mitte September ein Trend, der AfD mittels Kleinreden Herr zu werden. Der Erfolg der AfD in Sachsen (9,7 Prozent) wurde daher erst im Nachhinein ausführlich behandelt. Im Dezember 2014 fand zwar keine Landtagswahl statt, allerdings kann die hohe Anzahl mit der Mitte

Februar stattfindenden Wahl zur Hamburger Bürgerschaft erklärt werden. Denn auch im Januar 2015 wurden relativ viele Zeitungsartikel zur AfD (43) veröffentlicht.

Die meisten Artikel im Jahr 2015 waren im Januar (43), im Mai (43) und erneut im Dezember (35) zu verzeichnen. Auf die Wahl in Hamburg am 15.02.2015 folgte die Wahl zur Bremer Bürgerschaft am 10.05.2015. Zwar schnitt die AfD bei beiden Wahlen nicht herausragend ab (6,1 Prozent in Hamburg und 5,5 Prozent in Bremen), allerdings wurde der Partei in den Zeitungsartikeln aufgrund des internen Machtkampfes und der heraufbeschworenen Spaltung relativ viel Aufmerksamkeit gewidmet. Der Dezember 2015 kann als Beginn der gravierenden Zunahme von Zeitungsartikeln zur AfD ab dem Folgejahr betrachtet werden.

Ab dem Jahr 2016 wurden in jedem Monat enorm viele Zeitungsartikel zur AfD veröffentlicht. Der Anstieg erscheint noch gravierender, wenn man berücksichtigt, dass der Partei in den Artikeln auch sehr viel mehr Raum gewidmet und diese nicht mehr nur am Rande erwähnt wurde, als dies noch in den Jahren zuvor häufig der Fall war. Man beschäftigte sich immer intensiver mit der AfD und es wurde umfassender berichtet. Monate, die 2016 anzahlmäßig besonders hervorstachen, waren der März (163), der April (100), der Mai (107) und der September (154). Hier waren weit mehr als 100 veröffentlichte Zeitungsartikel zu verzeichnen. Am 13.03.2016 fanden drei bedeutende Landtagswahlen für die AfD statt. Bedeutend deswegen, weil die Partei ihre besten Ergebnisse seit ihrer Gründung verzeichnete. So erzielte sie in Baden-Württemberg 15,1, in Rheinland-Pfalz 12,6 und in Sachsen-Anhalt 24,3 Prozent. Wie später noch deutlich werden wird, gaben diese Ergebnisse Anlass zur intensiven Auseinandersetzung und zur fast panisch wirkenden Diskussion der Erfolgsursachen sowie möglicher Konsequenzen. Im September 2016 fanden nochmals zwei Landtagswahlen statt, bei denen die AfD beachtliche Ergebnisse verzeichnete. Bei den beiden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in der Landeshauptstadt Berlin erzielte die Partei 20,8 bzw. 14,2 Prozent.

Forschungsfrage 3:

Zeichnet sich eine gewisse Entwicklung bzw. ein Trend ab?

Es ist ein eindeutiger Trend erkennbar. Wie bereits erwähnt, so nahm die Anzahl der veröffentlichten Zeitungsartikel zur AfD innerhalb der ersten zwei Jahren nach der Parteigründung stetig zu. Im vierten Jahr ist ein enormer Zuwachs zu verzeichnen, der auf die Beständigkeit der Partei sowie den zunehmenden Erfolg bei Wahlen zurückzuführen ist. Denkbar wäre auch, dass sich die Anzahl auch deshalb erhöht, da mit zunehmendem Erfolg der AfD auch der Grad der Inszenierung steigt, auf den die Medien – in diesem Fall die Süddeutsche Zeitung – aufspringen. Hierzu mehr in der abschließenden Diskussion (Kapitel

5.5.). Generell ist jedenfalls ein Trend dahingehend auszumachen, dass der Partei in den Zeitungsartikeln zunehmend mehr Raum und Aufmerksamkeit gewidmet wird.

5.4.2 Qualitative Medienanalyse

5.4.2.1 Erste Erkenntnisse

Bereits vor Beginn der eigentlichen Analyse – nämlich während der Durchsicht und Selektion des Datenmaterials – kam es zu ersten Erkenntnissen. Auffallend war, dass die Anzahl der Artikel, die sich dezidiert mit der AfD selbst auseinandersetzen, im Zeitverlauf zunahm. Die Partei wurde zunehmend nicht mehr nur am Rande erwähnt bzw. nahm nicht mehr eine bloße Nebenrolle innerhalb der Zeitungsartikel ein. Vielmehr stieg die Anzahl der Artikel, die sich mit der AfD als zentralem Thema beschäftigten. Selbst wenn es per se um andere Parteien oder Themen ging, wurde der Partei sukzessive sehr viel mehr Aufmerksamkeit und Raum gewidmet.

Aller Ironie und allem Spott zum Trotz wird mit Zunahme der Wahlerfolge auch zunehmend versucht, die AfD auch mit steigender Ernsthaftigkeit zu thematisieren und zu behandeln. Dies machte sich nicht nur an der soeben erwähnten steigenden Ausführlichkeit der thematischen Behandlung der AfD bemerkbar, sondern ist auch an den Formulierungen festzumachen. Diese Ernsthaftigkeit wird aber nicht kontinuierlich durchgehalten. Im Folgenden sollen diese und weitere Beobachtungen anhand der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse genauer dargestellt werden.

5.4.2.2 Erster Untersuchungszeitraum

Während des ersten Untersuchungszeitraumes findet sich innerhalb der Zeitungsartikel zur AfD enorm viel Spott. So sind Formulierungen wie „*Die etablierten Parteien zittern vor der AfD*“ oder „*Ein Gespenst geht um in Berlin: Es heißt „Alternative für Deutschland“ und ängstigt die etablierten Parteien*“⁵⁵ auszumachen. Es schwingt aber stets auch sehr viel Unsicherheit mit, wie stark die neue Partei bei den anstehenden Wahlen tatsächlich abschneiden wird. Die AfD wird dabei nicht als Partei, sondern lediglich als populistische⁵⁶ und eurokritische Bewegung⁵⁷ bezeichnet, wodurch deren Bedeutung heruntergespielt wird. Die AfD wird nahezu durchgehend als rechtspopulistisch bezeichnet. Diese Verortung war zu diesem Zeitpunkt

⁵⁵ **König, Michael** (2013): *Mut zur Halbwahrheit*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-der-afd-mut-zur-halbwahrheit-1.1763329> (Zugriff am 04.03.2017)

⁵⁶ **Klasen, Oliver** (2013): *Bouffiers Pointe beim Wer-mit-wem-Spiel*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/tv-runde-der-spitzenkandidaten-in-hessen-bouffiers-pointe-beim-wer-mit-wem-spiel-1.1774742> (Zugriff am 04.03.2017)

⁵⁷ „*Bouffier irritiert mir Aussagen zur AfD*“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-hessen-bouffier-irritiert-mit-aussagen-zur-afd-1.1774530> (Zugriff am 04.03.2017)

schlichtweg verfrüht. Dies wird umso deutlicher, berücksichtigt man die kontroversen Debatten zur adäquaten Einordnung der AfD innerhalb der Literatur (vgl. Kapitel 3.6).

In den untersuchten Zeitungsartikeln wird darauf hingedeutet, dass sich die AfD selbst überschätze. Dies ist an Aussagen wie *„ihr Chef bringt sogar ein Dreierbündnis mit schwarz-gelb ins Spiel“* und *„Die neue Partei steht in den Umfragen bei drei Prozent, sie selbst traut sich sogar den Einzug in den Bundestag zu“*⁵⁸ auszumachen. Dadurch wird zugleich versucht, die Bedeutung der Partei herunterzuspielen. In diesem Zusammenhang wird die AfD häufig als *„Kleinpartei“* bezeichnet und die Möglichkeit des Zustandekommens einer sogenannten Bahamas-Koalition – also einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und AfD – wird als *„absurd“*⁵⁹ abgetan.

Besondere Kritik erfuhr der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier, der eine Zusammenarbeit mit der AfD nach der hessischen Landtagswahl nicht eindeutig genug ausschloss. Ihm wurde von den oppositionellen Parteien daher Machterhalt vorgeworfen. Aus den untersuchten Zeitungsartikeln geht hervor, dass jegliche Überlegungen hinsichtlich einer politischen Kooperation mit der AfD tabuisiert und auf das Schärfste kritisiert werden⁶⁰. Die Empörung hervorrufende Aussage von Volker Bouffier wird in weiterer Folge lapidar als *„ein unbedachter Versprecher“*⁶¹, der – aufgrund des öffentlichen Drucks – wenig später von ihm persönlich wieder revidiert wurde, abgetan. Außerdem sei es ganz klar, dass die AfD den Einzug in den hessischen Landtag verpassen würde und Diskussionen um eine mögliche politische Zusammenarbeit somit sowieso obsolet wären.

Ein weiteres dominantes Thema innerhalb der Zeitungsartikel des ersten Untersuchungszeitraumes stellten außerdem die als provokant dargestellten Wahlkampfaktionen der AfD dar. Die Partei projizierte diverse kritische Slogans zur Euro-Rettungspolitik an namhafte Gebäude in Frankfurt. Diese Aktionen sorgten für Empörung: *„Noch etwas dreister wirkt die Dokumentation einer anderen Lichtprojektion [...]“*⁶². Es folgten der Vorwurf der Täuschung, da die AfD *„offenbar manipulierte Aufnahmen“* ihrer Wahlkampfaktionen veröffentlichte sowie der Vorwurf der Inszenierung als (Medien-)Opfer⁶³.

⁵⁸ **Roßmann, Robert** (2013): *CDU schließt Bündnis mit Euro-Gegnern aus*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/aeusserungen-von-afd-chef-lucke-cdu-schliesst-buendnis-mit-euro-gegnern-aus-1.1768634> (Zugriff am 04.03.2017)

⁵⁹ **Fried, Nico** (2013): *Nicht mit uns*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kleinpartei-alternative-fuer-deutschland-nicht-mit-uns-1.1769610> (Zugriff am 04.03.2017)

⁶⁰ *„Bouffier irritiert mir Aussagen zur AfD“*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-hessen-bouffier-irritiert-mit-aussagen-zur-afd-1.1774530> (Zugriff am 04.03.2017)

⁶¹ **Klasen, Oliver** (2013): *Bouffiers Pointe beim Wer-mit-wem-Spiel*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/tv-runde-der-spitzenkandidaten-in-hessen-bouffiers-pointe-beim-wer-mit-wem-spiel-1.1774742> (Zugriff am 04.03.2017)

⁶² **König, Michael** (2013): *Mut zur Halbwahrheit*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-der-afd-mut-zur-halbwahrheit-1.1763329> (Zugriff am 04.03.2017)

⁶³ *„AfD verliert Rechtsstreit mit Forsa“*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/vorwurf-der-verfaelschten-umfragedaten-afd-verliert-rechtsstreit-mit-forsa-1.1772865> (Zugriff am 04.03.2017)

In vielen Zeitungsartikeln wird auch von scheinbar maßlosen Übertreibungen der AfD gesprochen. „Er [Lucke] rechnete unvorstellbar große Zahlen vor, türmte gedanklich 50-Euro-Scheine bis hinauf zum Mount Everest übereinander, und noch höher.“⁶⁴. Durch die Betonung dieser angeblich ständigen Übertreibungen vonseiten der AfD wird dem Rezipienten suggeriert, dass die Aussagen der Partei nicht glaubwürdig seien. Untermauert wird dies mit dem sprachlichen Stil innerhalb der Zeitungsartikel. Es fällt auf, dass die AfD stets in Verbindung mit negativ konnotierten Begriffen wie „eurokritisch“, „Anti-Euro-Partei“, „Eurokritiker“ etc. erwähnt wird.

Diese negativen Konnotationen und das Herunterspielen der Bedeutung der AfD in der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung ändern sich jedoch nach der Bundestagswahl und der Wahl zum hessischen Landtag Mitte September 2013. Ist zunächst noch von einem „Überraschungserfolg“⁶⁵ die Rede, so wird zunehmend von einem „Achtungserfolg“ und einem nur knapp verpassten Einzug in den deutschen Bundestag gesprochen⁶⁶. Dabei ist eine Art „Würdigung“ der beiden AfD-Wahlergebnisse auszumachen. So ist zum Beispiel die Rede von einem „Ende der Alternativlosigkeit“. Diese Anerkennung der überraschenden Wahlerfolge der AfD ist allerdings zugleich negativ konnotiert, was etwa an Überschriften wie „Starker Start für die Spalt-Partei“⁶⁷ deutlich wird. Zugleich finden sich in den Zeitungsartikeln aber auch Hinweise darauf, dass die Partei ernst genommen bzw. zumindest nicht unterschätzt werden sollte.

5.4.2.3 Zweiter Untersuchungszeitraum

Die AfD wird zunehmend als Konkurrenz für die etablierten Parteien und als ernstzunehmender Akteur in der deutschen Parteienlandschaft dargestellt. Dies hängt mit der Fortsetzung unerwartet guter Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zusammen. So wird berichtet, dass der Sprung über die 5-Prozent-Hürde keine große Herausforderung für die Partei mehr sei und diese Hürde „ohne jedes zittern“⁶⁸ überwunden wird.

⁶⁴ **Schneider, Jens** (2013): *AfD-Chef warnt vor „sozialem Bodensatz“*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/zuwanderung-als-wahlkampfthema-afd-chef-warnt-vor-sozialem-bodensatz-1.1769714> (Zugriff am 04.03.2017)

⁶⁵ **Beitzer, Hannah** (2013): *Starker Start für die Spalt-Partei*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/ueberraschungserfolg-der-afd-starker-start-fuer-die-spalt-partei-1.1776141> (Zugriff am 04.03.2017)

⁶⁶ **Beitzer, Hannah** (2013): *Nächstes Ziel Europawahl*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-naechstes-ziel-europawahl-1.1778091> (Zugriff am 04.03.2017)

⁶⁷ **Beitzer, Hannah** (2013): *Starker Start für die Spalt-Partei*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/ueberraschungserfolg-der-afd-starker-start-fuer-die-spalt-partei-1.1776141> (Zugriff am 04.03.2017)

⁶⁸ **Schneider, Jens** (2014): *Ohne jedes Zittern*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-einnehmbare-festung-1.2111279> (Zugriff am 05.03.2017)

Vermeehrt wird sich mit der politischen Verortung der AfD auseinandergesetzt. Dabei steht die Frage im Fokus, wie die Partei zu klassifizieren und auf dem politischen Spektrum einzuordnen ist. In den Zeitungsartikeln kommt man zu dem Ergebnis, dass es schwierig sei, die AfD politisch einzuordnen, da Unklarheiten innerhalb der Partei hinsichtlich wesentlicher Positionierungen und parteipolitischer Inhalte bestehen. Auf diese Uneinigkeit wird erneut mit sehr viel Spott reagiert. Dadurch werden Kompromiss- und Organisationslosigkeit sowie Chaos innerhalb der Partei suggeriert⁶⁹. Dabei kann allerdings auch eine Art Strategie ausgemacht werden, die AfD zu „entzaubern“. So wird versucht, „*das wahre Gesicht der AfD*“ aufzudecken und zu zeigen „*wie es in der AfD zuweilen zugeht, wenn die Öffentlichkeit nicht zuschaut*“⁷⁰. Diese Strategie macht sich auch an anderen Stellen bemerkbar. Denn der Erfolg der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen wird trotz Anerkennung versucht, mittels scheinbar nüchterner Analyse herunterzuspielen. Dabei ist ebenfalls Spott auszumachen: „*Hinter diesen pompös wirkenden 9,7 Prozent stecken gerade mal 160.000 Stimmen. Und das ist schon leicht aufgerundet.*“ sowie „*Ein gutes Ergebnis für einen politischen Neuling, sicher. Aber mit einem Paukenschlag hätte das nichts mehr zu tun gehabt.*“⁷¹ Auch die Überschriften sind dementsprechend spöttisch gestaltet: „*Salon-Populisten im Glück*“⁷². Neben der Strategie, den Erfolg der AfD kleinzureden und damit Bedeutungslosigkeit zu suggerieren, wird auch der Vergleich mit der Partei „Piraten“ herangezogen, die nach einiger Zeit und anfänglichen Erfolgen schnell wieder in der politischen Versenkung verschwanden. Dadurch wird angedeutet, dass es sich auch bei der AfD lediglich um ein kurzzeitiges Phänomen handle. Insofern wird auch die Frage, ob sich die AfD zu einer neuen Volkspartei entwickeln könnte heruntergespielt. Der Erfolg in Sachsen wird lapidar damit begründet, dass hier das Protestpotenzial sehr hoch sei, wodurch es die AfD mit relativ wenigen Stimmen in den Landtag geschafft habe⁷³. An manchen Stellen wird die AfD jedoch auch als neue feste Größe bezeichnet⁷⁴. So wird betont, dass die Partei zumindest im Osten Deutschlands angekommen sei und dort anscheinend auch bestehen bleiben werde. Diese Einschätzung deckt sich mit der von Frank Decker, der ebenfalls der Ansicht ist, dass die AfD das Potenzial hat, sich zu einer ostdeutschen Regionalpartei zu entwickeln (Decker 2015, S. 30).

⁶⁹ **Denkler, Thorsten** (2014): *Salon-Populisten im Glück*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlerfolge-der-alternative-fuer-deutschland-afd-sieht-sich-auf-dem-weg-zur-mittelgrossen-volkspartei-1.2130162> (Zugriff am 05.03.2017)

⁷⁰ **Denkler, Thorsten** (2014): *Das andere Gesicht der AfD*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-leaks-das-andere-gesicht-der-afd-1.2115162> (Zugriff am 05.03.2017)

⁷¹ **Denkler, Thorsten** (2014): *Gekommen, um unterzugehen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-afd-in-sachsen-gekommen-um-unterzugehen-1.2111703> (Zugriff am 05.03.2017)

⁷² **Denkler, Thorsten** (2014): *Salon-Populisten im Glück*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlerfolge-der-alternative-fuer-deutschland-afd-sieht-sich-auf-dem-weg-zur-mittelgrossen-volkspartei-1.2130162> (Zugriff am 05.03.2017)

⁷³ **Denkler, Thorsten** (2014): *Gekommen, um unterzugehen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-afd-in-sachsen-gekommen-um-unterzugehen-1.2111703> (Zugriff am 05.03.2017)

⁷⁴ **Schneider, Jens** (2014): *Ohne jedes Zittern*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-einnehbare-festung-1.2111279> (Zugriff am 05.03.2017)

Die Wählerwanderung von den etablierten Parteien hin zur AfD wird in den Zeitungsartikeln stets negativ konnotiert. Bezeichnend dafür sind Aussagen wie „*Besonders bluten musste die seit Anbeginn der demokratischen Zeiten regierende CDU*“ und „[...] *Erwartungsgemäß saugte die AfD auch noch von der NPD Stimmen ab*“⁷⁵. Innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes finden sich regelmäßig auch Diskussionen darüber, wie ähnlich sich AfD und Linkspartei sind⁷⁶. Und tatsächlich gibt es einige Überschneidungen zwischen den beiden Parteien (Niedermayer 2015, S. 189).

Sowohl innerhalb des ersten, als auch des zweiten Untersuchungszeitraumes wird das Erstarken der AfD oft mit dem Niedergang der FDP sowie den Wahlverlusten der CDU in Verbindung gebracht. Berichtet wird, dass in der CDU ernsthafte Debatten über eine politische Zusammenarbeit mit der AfD geführt werden. Denn der Erfolg der Partei setze die CDU zunehmend unter Druck⁷⁷, weshalb sukzessive für eine offensive Auseinandersetzung mit der AfD plädiert wird⁷⁸. In manchen Zeitungsartikeln findet sich daher der Ratschlag an die etablierten Parteien, die AfD nicht mehr zu ignorieren, sondern sich mit der Partei ernsthaft auseinanderzusetzen⁷⁹.

5.4.2.4 Dritter Untersuchungszeitraum

Der überwiegenden Teil der Zeitungsartikel des dritten Untersuchungszeitraumes wurde thematisch stark von der Wahl zur Bremer Stadtbürgerschaft dominiert. Dabei ist eine eindeutige Tendenz auszumachen: Bis zum 11.05.2015 wird die AfD überwiegend neutral und stets nur beiläufig in den Artikeln erwähnt. Das Wahlergebnis der AfD wird neben dem der anderen Parteien relativ neutral und knapp geschildert. Insgesamt wird der Partei in den Zeitungsartikeln wenig bis kaum Raum eingeräumt. Häufig wird die AfD in einem Zug mit anderen Kleinparteien genannt, um den unsicheren Einzug der Partei in den Bremer Landtag zu untermauern⁸⁰. Allerdings wird eingeräumt, dass die Wahlbeteiligung in der Vergangenheit äußerst gering war, wovon insbesondere kleinere (Protest-)Parteien - wie nun auch die AfD -

⁷⁵ **Denkler, Thorsten** (2014): *Gekommen, um unterzugehen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-afd-in-sachsen-gekommen-um-unterzugehen-1.2111703> (Zugriff am 05.03.2017)

⁷⁶ **Kister, Kurt** (2014): *Annäherung ist der falsche Weg*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlerfolge-von-afd-und-linkspartei-annaeherung-ist-der-falsche-weg-1.2129875> (Zugriff am 05.03.2017)

⁷⁷ **Rietzschel, Antonie** (2014): *Dann geh ich halt zur AfD*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/waehlerwanderung-in-thueringen-und-brandenburg-dann-geh-ich-halt-zur-afd-1.2129805> (Zugriff am 05.03.2017)

⁷⁸ **Roßmann, Robert** (2014): *CDU-Konservative fordern offensive Auseinandersetzung mit der AfD*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-an-ausgrenzungspolitik-cdu-konservative-fordern-offensive-auseinandersetzung-mit-der-afd-1.2129987> (Zugriff am 05.03.2017)

⁷⁹ **Kister, Kurt** (2014): *Annäherung ist der falsche Weg*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlerfolge-von-afd-und-linkspartei-annaeherung-ist-der-falsche-weg-1.2129875> (Zugriff am 05.03.2017)

⁸⁰ **Beitzer, Hannah** (2015): *Was die rote Stadt bewegt*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/buergerschaftswahl-in-bremen-was-die-rote-stadt-bewegt-1.2469271> (Zugriff am 05.03.2017)

profitieren könnten⁸¹. Der Wahlkampf der AfD wird als „*Stimmungsmache gegen den Islam*“⁸² kritisiert und es wird betont, dass die Partei nur auf dieses eine Thema zurückgreifen könne, um Wählerstimmen zu mobilisieren. Immer wieder findet sich der Vorwurf des Rechtspopulismus und es wird die Nähe zur Pegida-Bewegung kritisiert⁸³. Zudem wird der AfD vorgeworfen, mit Ressentiments zu spielen.

Bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraumes wird darauf hingewiesen, dass die AfD interne (Richtungs-)Kämpfe ausficht. „*In der Öffentlichkeit steht die AfD momentan nicht gut da*“⁸⁴. Allerdings wird dies immer nur am Rande erwähnt. Ab dem 11.05.2015 ändert sich das bloße, herunterspielende Erwähnen der Partei jedoch nahezu schlagartig. Der Grund dafür ist die Wahl zur Bremer Stadtbürgerschaft am 10.05.2015, bei der die AfD 5,5 Prozent der Stimmen erzielte (vgl. Kapitel 3.3). Der AfD wird ab diesem Zeitpunkt relativ viel Aufmerksamkeit gewidmet und es erscheinen recht ausführliche Artikel. Im Rahmen dieser intensiven Auseinandersetzung mit der Partei werden sogar Interviews – etwa mit Frauke Petry⁸⁵ – geführt.

In den Zeitungsartikeln, die sich inhaltlich häufig wiederholen, geht es fast ausschließlich um die parteiinternen Konflikte (insbesondere zwischen den Führungskräften) und die Gerüchte rund um Bernd Lucke herum. Dieser plane, eine neue Partei zu gründen. Und tatsächlich rief Bernd Lucke schließlich die Initiative „Weckruf 2015“ ins Leben, die zur weiteren Zuspitzung der parteiinternen Krise führte⁸⁶. Es ist davon die Rede, dass der Partei chaotische Zeiten bis zum Parteitag im Juli bevorstünden⁸⁷. In den Zeitungsartikeln ist von einer schweren Krise die Rede und es wird davon gesprochen, dass eine Spaltung der Partei bevorstünde⁸⁸. Die AfD streite um die Grundausrichtung⁸⁹, wobei der liberale Parteiflügel um Bernd Lucke herum Unmut über die Entstehung rechter, radikaler Kräfte in der Partei ausdrücke. In diesem Kontext

⁸¹ **Burghardt, Peter** (2015): *Demokratisches Debakel*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlbeteiligung-demokratisches-debakel-1.2473753> (Zugriff am 05.03.2017)

⁸² **Beitzer, Hannah** (2015): *Was die rote Stadt bewegt*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/buergerschaftswahl-in-bremen-was-die-rote-stadt-bewegt-1.2469271> (Zugriff am 05.03.2017)

⁸³ „*Lucke und Petry schließen Zusammenarbeit aus*“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-in-der-afd-lucke-und-petry-schliessen-zusammenarbeit-aus-1.2490904> (Zugriff am 05.03.2017)

⁸⁴ **Beitzer, Hannah** (2015): *Auf der Suche nach Erklärungen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/buergerschaftswahl-in-bremen-auf-der-suche-nach-erklaerungen-1.2473469> (Zugriff am 05.03.2017)

⁸⁵ **Schneider, Jens** (2015): *„Die Partei lässt sich nicht erpressen“*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/frauke-petry-die-partei-laesst-sich-nicht-erpressen-1.2482280> (Zugriff am 05.03.2017)

⁸⁶ **Schneider, Jens** (2015): *Hoffnungslos zerstritten*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-hoffnungslos-zerstritten-1.2490624> (Zugriff am 05.03.2017)

⁸⁷ **Schneider, Jens** (2015): *Luckes Fiasko*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/richtungsstreit-in-der-afd-luckes-fiasko-1.2485209> (Zugriff am 05.03.2017)

⁸⁸ **Schneider, Jens** (2015): *Wirbel um Lucke*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/richtungsstreit-wirbel-um-afd-partei-erf-lucke-1.2474093> (Zugriff am 05.03.2017)

⁸⁹ **Schneider, Jens** (2015): *Lucke drängt auf Richtungsentscheidung*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/machtkampf-in-der-afd-lucke-draengt-auf-richtungsentscheidung-1.2474660> (Zugriff am 05.03.2017)

finden sich innerhalb der Zeitungsartikel wieder vermehrt Spott sowie negative Konnotationen. Es wird ein zunehmend negatives Image der Partei generiert und mit teils harten Formulierungen gearbeitet: „Ihr Image als rechte Reste-Rampe wird die Partei kaum noch los“⁹⁰. Kritisiert wird außerdem, dass es der Partei an bürgerlichen Umgangsformen wie Respekt und Höflichkeit fehle⁹¹. Dadurch wird ein Bild der Rücksichtslosigkeit und der Rückständigkeit – verglichen mit den etablierten Parteien – konstruiert.

Weiters wird kritisiert, dass die AfD nur mehr mit internen Streitereien beschäftigt sei und sich dadurch selbst zerstöre⁹². Dabei ist von „Konflikt-Partei“⁹³ und „Querelen“⁹⁴ die Rede und das Thema der sich zuspitzenden internen Macht- und Richtungskonflikte dominiert die Zeitungsartikel stark⁹⁵. Die Entwicklung und der Erfolg der AfD werden zwar anerkannt, allerdings wird dabei stets auf die scheinbar unüberwindbaren Probleme verwiesen, die der Fortsetzung des Erfolges im Wege stünden. Hier schwingt das Bild vom baldigen Ende der AfD mit, die ja eigentlich einen recht erfolgreichen Start hatte⁹⁶.

Auch innerhalb des dritten Untersuchungszeitraumes werden der AfD zumindest in Ostdeutschland recht gute Chancen auf Beständigkeit eingeräumt⁹⁷, was sich erneut mit wissenschaftlichen Einschätzungen (Decker 2015, S. 30) deckt. Insgesamt entsteht jedoch der Eindruck, dass eine gewisse Skepsis und Vorsicht vorherrscht, allzu sicher hinsichtlich der Beständigkeit neuer Parteien zu sein.

5.4.2.5 Vierter Untersuchungszeitraum

Die Berichterstattung innerhalb des vierten Untersuchungszeitraumes muss als ambivalent bezeichnet werden. Es wird insgesamt viel vom Erfolg der AfD berichtet, allerdings liegt dem stets eine negative Konnotation zugrunde. So ist etwa vom „Aufstieg der AfD“⁹⁸ die Rede, welcher Grund zur Sorge gebe. Dabei wird dafür plädiert, die AfD endlich ernst zu nehmen, da

⁹⁰ **Schneider, Jens** (2015): *Luckes Fiasko*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/richtungsstreit-in-der-afd-luckles-fiasko-1.2485209> (Zugriff am 05.03.2017)

⁹¹ **Schneider, Jens** (2015): *Übrig bleibt nur Verachtung*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-buergerliches-trauerspiel-1.2478173> (Zugriff am 05.03.2017)

⁹² **Beitzer, Hannah** (2015): *Auf der Suche nach Erklärungen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/buergerschaftswahl-in-bremen-auf-der-suche-nach-erklaerungen-1.2473469> (Zugriff am 05.03.2017)

⁹³ **Schneider, Jens** (2015): *Die Konflikt-Partei*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-die-konflikt-partei-1.2474284> (Zugriff am 05.03.2017)

⁹⁴ **Gontek, Florian** (2015): *Auf die Erfolgsgeschichte folgt der Niedergang*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/interne-querelen-bei-der-afd-auf-die-erfolgsgeschichte-folgt-der-niedergang-1.2484437> (Zugriff am 05.03.2017)

⁹⁵ **Schneider, Jens** (2015): *Der Graben wird tiefer*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/richtungsstreit-in-der-afd-der-graben-wird-tiefer-1.2477127> (Zugriff am 05.03.2017)

⁹⁶ **Bielicki, Jan et al.** (2015): *Böhrnsen tritt nicht mehr an*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bremen-boehrsen-tritt-nicht-mehr-an-1.2474491> (Zugriff am 05.03.2017)

⁹⁷ **Schneider, Jens** (2015): *Übrig bleibt nur Verachtung*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-buergerliches-trauerspiel-1.2478173> (Zugriff am 05.03.2017)

⁹⁸ **Prantl, Heribert** (2016): *Landtagswahlen: Kandidat hui, Partei pfui*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahlen-kandidat-hui-partei-pfui-1.2892224> (Zugriff am 05.03.2017)

diese eine ernsthafte Gefahr darstelle. So stehe die Partei „*nicht mehr am Rand des demokratisch-konservativen Spektrums*“⁹⁹, sondern habe es bereits verlassen. In abwertender Weise wird immer von den „*Rechtspopulisten*“¹⁰⁰ gesprochen. Die AfD wird stets auch in Verbindung mit rechten Bewegungen und Parteien gebracht. Der saarländische Landesverband der AfD wurde beispielsweise von der Bundespartei aufgelöst, da die saarländische Parteiführung Kontakte zu Rechtsextremen haben soll¹⁰¹. Die AfD wird außerdem gefährlicher als die NPD eingestuft¹⁰². Weiters wird ein Vergleich mit dem Front National in Frankreich gezogen, der über viele Jahre hinweg ignoriert und kleingeredet wurde. Diese Strategie ging aber nicht auf. Der Front National gewann dennoch zunehmend an Stärke¹⁰³. Deutschland dürfe diesen Fehler nicht wiederholen. Die AfD wird weiters mit anderen rechten Parteien in Deutschland verglichen, die nach kurzfristigen Erfolgen genauso schnell wieder in der politischen Versenkung verschwanden¹⁰⁴. So wird davon gesprochen, dass Aufstieg und Fall bei der AfD nahe beieinander liegen würden¹⁰⁵.

Innerhalb des vierten Untersuchungszeitraumes ist ein starker Bezug zur Flüchtlingspolitik auszumachen. Der Erfolg der AfD wird versucht, damit teilweise zu erklären. Es wird damit gerechnet, dass „*der AfD-Spuk auch wieder verschwinden*“¹⁰⁶ wird, sobald die Flüchtlingspolitik nicht mehr das dominierende Thema in Deutschland darstellt.

Die gegenwärtigen Erfolge der AfD – insbesondere in Sachsen-Anhalt – werden als deprimierend¹⁰⁷ und als „*politische Katastrophe*“¹⁰⁸ bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird – wie auch im zweiten und dritten Untersuchungszeitraum – davon gesprochen, dass die AfD im wirtschaftlich schwächeren Osten stärker ist, als in Westdeutschland¹⁰⁹. Es wird

⁹⁹ **Brössler, Daniel** (2016): *Sogar bigotten Nationalkatholiken ist die AfD zu rechts*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/europaparlament-sogar-bigotten-nationalkatholiken-ist-die-afd-zu-rechts-1.2898826> (Zugriff am 05.03.2017)

¹⁰⁰ **Höll, Susanne** (2016): *Kommunalwahlen in Hessen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-kommunalwahlen-in-hessen-1.2894762> (Zugriff am 05.03.2017)

¹⁰¹ „*Ein Sitz mehr, ein Verband weniger*“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-ein-sitz-mehr-ein-verband-weniger-1.2922578> (Zugriff am 04.03.2017)

¹⁰² **Prantl, Heribert** (2016): *Die AfD ist gefährlicher als es die NPD war*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahlen-nichts-ist-unmoeglich-1.2906054> (Zugriff am 05.03.2017)

¹⁰³ **Bourdoiseau, Christophe** (2016): *Nehmt die AfD endlich ernst – sonst geht es euch wie uns*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/gastkommentar-wir-lachen-nicht-mehr-1.2891940> (Zugriff am 05.03.2017)

¹⁰⁴ **Peters, Benedikt** (2016): *Bei den Rechten liegen Aufstieg und Fall nah beieinander*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-bei-den-rechten-liegen-aufstieg-und-fall-nah-beieinander-1.2906223> (Zugriff am 05.03.2017)

¹⁰⁵ **Peters, Benedikt** (2016): *Bei den Rechten liegen Aufstieg und Fall nah beieinander*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-bei-den-rechten-liegen-aufstieg-und-fall-nah-beieinander-1.2906223> (Zugriff am 05.03.2017)

¹⁰⁶ **Höll, Susanne** (2016): *Zusammenhalten gegen die AfD*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/hessische-kommunalwahl-zusammenhalten-gegen-die-afd-1.2895598> (Zugriff am 05.03.2017)

¹⁰⁷ **Pollmer, Cornelius** (2016): *Der Zweite ist der Sieger*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahl-in-sachsen-anhalt-mit-den-zweiten-ist-nichts-anzufangen-1.2906140> (Zugriff am 05.03.2017)

¹⁰⁸ **Roßmann, Robert** (2016): *CDU-Lichtgestalt im Schatten*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-generalsekretaer-licht-gestalt-im-schatten-1.2920592> (Zugriff am 04.03.2017)

¹⁰⁹ **Beitzer, Hannah** (2016): *Hier könnte die AfD das bisher beste Ergebnis erzielen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-sachsen-anhalt-hier-koennte-die-afd-das-bisher-beste-ergebnis-erzielen-1.2901711> (Zugriff am 05.03.2017)

versucht, dem Erfolg der AfD mit Sarkasmus zu begegnen: „Auch in Baden-Württemberg liegt sie [die SPD] hinter der AfD, den Freunden des nationalen Rechts-Staats.“¹¹⁰

Für die etablierten Parteien ist die unerwartet gravierend ausfallende Abwanderung von Wählern hin zur AfD¹¹¹ ein Schock und man spricht von einer „Bewährungsprobe für die Demokratie“¹¹². In der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung wird vom Bedeutungsverlust der etablierten Parteien gesprochen¹¹³. Diese reagieren aber auf den Aufschwung der AfD. So werden auch strategische Überlegungen der etablierten Parteien hinsichtlich der Machtverschiebungen durch die Erfolge der AfD und der damit einhergehenden veränderten Ausgangsbedingungen für Regierungsbildungen beschrieben. Dabei wird jegliche politische Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen¹¹⁴. In den Zeitungsartikeln wird jedoch zu bedenken gegeben, dass der AfD-Erfolg dazu beitrage, dass die etablierten Parteien bei Regierungsbildungen nicht mehr wählerisch sein dürften, sondern Einheit gegenüber der AfD demonstrieren und auch unübliche Koalitionen eingehen sollten, um eine Regierungsbeteiligung der AfD mit allen Mitteln zu verhindern – zum Wohle des Staates¹¹⁵.

Insgesamt ist in den Zeitungsartikeln also eine stark moralisierende Berichterstattung auszumachen. So werden Provokationen vonseiten der AfD enorm kritisiert. Die Aussage der AfD-Vertreterin Beatrix von Storch nach den Terroranschlägen in Brüssel ruft beispielsweise besondere Empörung hervor, da diese „an Zynismus kaum zu überbieten ist“¹¹⁶. Verwerflich sei, dass die AfD mit Ironie auf den Anschlag reagiere und diesen ins Lächerliche ziehe. Der AfD wird vorgeworfen, terroristische Anschläge für eigene Zwecke zu missbrauchen. Moralisierung findet sich aber auch an anderen Stellen. Etwa wenn es um den programmatischen Gehalt der AfD geht: „Gerade in der Familienpolitik zeigt sich das Wesen der AfD: Sie ist illiberal.“¹¹⁷

¹¹⁰ **Kister, Kurt** (2016): *In Lebensgefahr*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/spd-in-lebensgefahr-1.2905979> (Zugriff am 05.03.2017)

¹¹¹ **Heidtmann, Jan** (2016): *Hunderttausende Wähler haben die eingetretenen Wege verlassen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/waehlerwanderungen-neue-pfade-1.2907111> (Zugriff am 04.03.2017)

¹¹² „Schönreden hilft jetzt nicht mehr weiter“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-die-landtagswahlen-schoenreden-hilft-jetzt-nicht-mehr-weiter-1.2906227> (Zugriff am 05.03.2017)

¹¹³ **Kister, Kurt** (2016): *Für CDU und SPD ist es mit der Stabilität endgültig vorbei*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahlen-fuer-cdu-und-spd-ist-es-mit-der-stabilitaet-endgueltig-vorbei-1.2902748> (Zugriff am 05.03.2017)

¹¹⁴ **Höll, Susanne** (2016): *Kommunalwahlen in Hessen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-kommunalwahlen-in-hessen-1.2894762> (Zugriff am 05.03.2017)

¹¹⁵ **Pollmer, Cornelius** (2016): *In Sachsen-Anhalt heißt die letzte Hoffnung Kenia*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-letzte-hoffnung-kenia-1.2906760> (Zugriff am 04.03.2017)

¹¹⁶ „Und dann meldet sich die AfD“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-terroranschlaegen-in-bruessel-und-dann-meldet-sich-die-afd-1.2919109> (Zugriff am 04.03.2017)

¹¹⁷ **Esslinger, Detlef** (2016): *Das AfD-Programm und der Mief von 56*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-das-afd-programm-und-der-mief-von-1.2918595> (Zugriff am 04.03.2017)

Zunehmend wird sich aber auch mit dem AfD-Programm¹¹⁸ und (Führungs-)Persönlichkeiten auseinandergesetzt. So wird neben Spott und teils heftiger Kritik durchaus versucht, seriös mit der AfD umzugehen. So werden beispielsweise neben Vertretern der etablierten Parteien auch AfD-Mandatare¹¹⁹ innerhalb der Berichterstattung über Wahlausgänge vorgestellt und es finden relativ neutrale (Wahl-)Analysen sowie ein Interview mit Bernd Lucke¹²⁰ statt. Allerdings gestaltet sich die Berichterstattung eindeutig negativ. So fallen Aussagen über AfD-Mandatare wie etwa: „*Es ist ein bizarres Sammelsurium an neuen Mandatsträgern, die ganze Palette von alten Erzkonservativen über neue Wutbürger bis zu völkisch nationalistischen Rechtsaußen.*“¹²¹ Damit wird einmal mehr suggeriert, dass die Partei nicht ernst zu nehmen sei und aus einem Sammelsurium aus Protest¹²² und extremen Strömungen bestehe. Die etablierten Parteien hoffen, dass sich die AfD dadurch selbst zerstört und es nicht schafft, Protest in ernsthafte Politik umzuwandeln. Denn auch weiterhin sind Spannungen in der Parteiführung auszumachen. Insgesamt wird betont, dass die AfD trotz ihrer Wahlerfolge weder zur politischen Mitte, noch in sonstiger Weise zum Parteiensystem gehört¹²³. Erneut finden sich hier spöttische Aussagen wie etwa: „*Die AfD hält sich für etabliert*“¹²⁴. Nachdem die AfD bereits in elf Landtagen vertreten ist (vgl. Kapitel 3.3), wird Bilanz gezogen und kritisiert, dass die Partei kaum politische Initiativen zeigt, wenn sie erst einmal im Parlament vertreten ist. Sie betreibe stattdessen reine „*Showpolitik*“¹²⁵.

In den Zeitungsartikeln des vierten Untersuchungszeitraumes ist allerdings zunehmend auch die Erkenntnis auszumachen, dass das bisherige Weitermachen der etablierten Parteien nach den enormen Wahlerfolgen der AfD der falsche Weg sei. Es wird die Frage aufgeworfen: „*Wie konnte es passieren, dass ausländerfeindliche Rechtspopulisten ohne ernst zu nehmendes Programm derartige Erfolge feiern können?*“¹²⁶ Vermehrt wird sich daher mit der Frage

¹¹⁸ **Das Gupta, Oliver/Schmidbauer, Jan** (2016): *Was die AfD in ihrem neuen Programm schreibt*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/rechtspopulismus-was-die-afd-in-ihrem-neuen-programm-schreibt-1.2919039> (Zugriff am 04.03.2017)

¹¹⁹ **Niewel, Gianna/Peters, Benedikt** (2016): *AfD-Abgeordnete – Angstmacher, Biedermänner, Ex-Kommunisten*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afdler-in-den-landtagen-afd-abgeordnete-angstmacher-biedermaenner-ex-kommunisten-1.2910510> (Zugriff am 04.03.2017)

¹²⁰ **Langenau, Lars** (2016): *Lucke: „Ich halte es für falsch, die AfD zu verteufeln“*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bernd-lucke-lucke-ich-halte-es-fuer-falsch-die-afd-zu-verteufeln-1.2913234> (Zugriff am 04.03.2017)

¹²¹ **Deininger, Roman et al.** (2016): *Alles, was rechts ist*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-alles-was-rechts-ist-1.2913482> (Zugriff am 04.03.2017)

¹²² **Das Gupta, Oliver** (2016): *Wie die AfD die aktuelle Bundesrepublik abschaffen will*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/entwurf-zu-parteiprogramm-wie-die-afd-die-aktuelle-bundesrepublik-abschaffen-will-1.2924188> (Zugriff am 04.03.2017)

¹²³ **Käppner, Joachim** (2016): *Was passiert eigentlich bei Sondierungen?* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/raetsel-der-woche-was-passiert-eigentlich-bei-sondierungen-1.2922588> (Zugriff am 04.03.2017)

¹²⁴ **Schneider, Jens** (2016): *So berauscht sich die AfD an ihrem Erfolg*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-kaum-zu-fassen-1.2906152> (Zugriff am 05.03.2017)

¹²⁵ **Pollmer, Cornelius/Schneider, Jens** (2016): *Die AfD macht Showpolitik*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagspolitik-die-afd-macht-showpolitik-1.2908450> (Zugriff am 04.03.2017)

¹²⁶ **Roßmann, Robert** (2016): *Die Ruhe bei CDU und SPD ist Schwäche*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-den-wahlen-die-ruhe-bei-cdu-und-spd-ist-schwaechen-1.2906855> (Zugriff am 04.03.2017)

auseinandergesetzt, wer die AfD eigentlich gewählt hat. Man kommt dabei zu dem Ergebnis: „Die Wähler der AfD wollen gar nicht so genau wissen, wem sie ihre Stimme geben; ihnen genügt das Label AfD.“¹²⁷ Dabei wird darauf verwiesen, dass die AfD hauptsächlich Proteststimmen für sich gewinnen konnte, was „keine solide Basis“¹²⁸ darstelle. Auch wird argumentiert, dass viele Wähler der AfD aus Mitleid ihre Stimme gaben, weil die AfD sich als von den etablierten Parteien und den Medien ungerecht behandelt darstellt¹²⁹. Auch die zu verzeichnende Zunahme der Wahlbeteiligung¹³⁰, wird mit Spott abgetan: „Die Partei sieht sich als Retterin der Demokratie, weil sie neue Wähler an die Urnen gebracht hat“¹³¹.

5.4.2.6 Beantwortung der Forschungsfragen

In diesem Sinne sind wir bereits bei der Diskussion und Interpretation der Forschungsergebnisse angelangt. Bevor die Medienanalyse jedoch abschließend bewertet und in einen Gesamtzusammenhang eingebettet wird, sollen zunächst die der qualitativen Inhaltsanalyse zu Grunde liegenden Forschungsfragen beantwortet werden.

¹²⁷ **Esslinger, Detlef** (2016): *Julia Klöckners trauriger Triumph*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlstatistik-julia-kloeckners-trauriger-triumph-1.2907113> (Zugriff am 04.03.2017)

¹²⁸ **Prantl, Heribert** (2016): *Die AfD und die Wahlbeteiligung: Nur bedingt Grund zu jubeln*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlbeteiligung-demokratisches-fest-mit-dubiosen-rednern-1.2906857> (Zugriff am 04.03.2017)

¹²⁹ **Beitzer, Hannah** (2016): *Warum die AfD so erfolgreich ist*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahlen-warum-die-afd-so-erfolgreich-ist-1.2906297> (Zugriff am 04.03.2017)

¹³⁰ **Munzinger, Paul** (2016): *Hohe Wahlbeteiligung: Für wen die einstigen Nichtwähler gestimmt haben*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlbeteiligung-hohe-wahlbeteiligung-fuer-wen-die-einstigen-nichtwaehler-gestimmt-haben-1.2906187> (Zugriff am 05.03.2017)

¹³¹ **Schneider, Jens** (2016): *Liebe Nichtwähler*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-afd-triumphiert-liebe-nichtwaehler-1.2906788> (Zugriff am 04.03.2017)

Forschungsfrage 1:

Wie wird im Rahmen von Zeitungsartikeln über die AfD gesprochen und wie wird diese thematisch behandelt?

Die qualitative Inhaltsanalyse hat gezeigt, dass die Berichterstattung über die AfD nahezu durchweg negative Konnotationen aufweist. So wird die Partei überwiegend als eine Gefahr für die etablierten Parteien und für die Demokratie im Allgemeinen dargestellt. Es sind allerdings zwischendurch immer wieder Bemühungen dahingehend auszumachen, der Partei mit Ernsthaftigkeit zu begegnen und die teils enormen Wahlerfolge nüchtern und sachlich zu analysieren. Dieses Bemühen wird allerdings nicht stringent durchgehalten, sondern kippt immer wieder und endet überwiegend im Spott.

Forschungsfrage 2:

Wird die AfD innerhalb der Berichterstattung bewertet? Wenn ja, wie?

Die AfD wird in den untersuchten Zeitungsartikeln eindeutig bewertet. Selbst in jenen Artikeln, bei denen es sich nicht um Meinungsbeiträge handelt, wird negativ über die Partei berichtet. In den Zeitungsartikeln sind Spott und teils sehr wertende Begrifflichkeiten und Formulierungen auszumachen. So wird die Partei beispielsweise stets in Verbindung mit negativen Adjektiven genannt. Als Rezipient erhält man insgesamt den Eindruck, dass die Partei ausschließlich rechtes und verwerfliches Gedankengut vertrete und eine Herausforderung für die etablierten „guten“ Parteien sowie eine Gefahr für die Demokratie darstelle. Die AfD wird stets stark kritisiert und teilweise finden sich auch beleidigende Formulierungen in den Zeitungsartikeln.

Forschungsfrage 3:

Wird die Süddeutsche Zeitung – unter Berücksichtigung des Objektivitätsanspruches von Medien – ihrer Rolle als neutraler Berichterstatter gerecht?

Somit kann auch die dritte Forschungsfrage beantwortet werden. Denn durch die nahezu ausschließlich negative Berichterstattung über die AfD kann für die vier Untersuchungszeiträume geschlussfolgert werden, dass die Süddeutsche Zeitung – was den Umgang mit rechtspopulistischen Parteien betrifft - ihrer Pflicht als neutraler Berichterstatter nur unzureichend nachkommt. Nur hin und wieder sind Versuche auszumachen, sich der Wahlerfolge der AfD aus einer neutralen Perspektive heraus anzunähern und diese ohne Emotionen und Wertungen rational aufzuschlüsseln und zu analysieren. Dennoch verfallen die Journalisten immer wieder zurück in spöttische, hämische und sarkastische Äußerungen. So ist zwar ein Bemühen um neutrale und wertfreie Berichterstattung und Analysen

auszumachen. Allerdings ist zu beobachten, dass dieses Bemühen langfristig nicht aufrechterhalten wird bzw. werden kann.

Forschungsfrage 4:

Welches öffentliche Bild wird von der AfD konstruiert und dem Rezipienten vermittelt?

Dies leitet direkt zur vierten Forschungsfrage über. Denn dem Rezipienten wird insgesamt ein überaus negatives Bild von der AfD vermittelt. So werden die Wahlerfolge ganz offensichtlich heruntergespielt und kleingeredet. Die Berichterstattung ist geprägt von ständiger Kritik und Spott und Sarkasmus werden als sprachliche Mittel herangezogen, um die Unglaubwürdigkeit und Bedeutungslosigkeit der AfD zu untermauern. Die thematische Dominanz der internen Richtungskonflikte und das damit einhergehende Sich-lächerlich-machen hinsichtlich der internen Konflikte und der programmatischen Unklarheiten innerhalb der AfD suggerieren ebenfalls Unglaubwürdigkeit und Chaos. In vielen Zeitungsartikeln wird betont, dass es sich bei der AfD lediglich um ein kurzzeitiges Phänomen handle und die Partei wie viele andere (rechtspopulistische und extreme) Parteien vor ihr genauso schnell wieder in der politischen Versenkung verschwinden wird, wie sie aufgestiegen ist. Das öffentliche Bild, das dadurch entsteht, ist dementsprechend abwertend und negativ. Die AfD wird als eine Art Außenseiter stilisiert, mit der keine der anderen Parteien zusammenarbeiten will und deren Wähler genauso verwerflich handeln würde, wie die Partei selbst.

Forschungsfrage 5:

Lassen sich Veränderung des medialen Umgangs mit der AfD im Zeitverlauf ausmachen?

Die Betrachtung der vier Untersuchungszeiträume zeigt, dass sich der mediale Umgang der Süddeutschen Zeitung mit der AfD leicht verändert hat und außerdem immer wieder Schwankungen ausgesetzt ist.

Im ersten Untersuchungszeitraum wird der Partei noch relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Erst ab der Bundestagswahl 2013 ist eine Tendenz dahingehend auszumachen, sich intensiver mit der AfD auseinanderzusetzen. Allerdings wird die Partei dabei stets in ein negatives Licht gerückt. Im zweiten Untersuchungszeitraum ist kurzzeitig die Tendenz auszumachen, die Partei ganz bewusst aus der Berichterstattung herauszunehmen, um deren Bedeutungslosigkeit zu untermauern. Doch diese Strategie des Ignorierens findet spätestens ihr Ende, als sich der Erfolgskurs der AfD weiter fortsetzt und die Partei auch bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Spätsommer 2014 beachtliche

Erfolge erzielte. Ab diesem Zeitpunkt ist man gezwungen, sich mit den Erfolgen der Partei näher auseinanderzusetzen.

Auch im Jahr 2015 setzt sich die Ambivalenz in den untersuchten Zeitungsartikeln fort. Einerseits wurde versucht, den anhaltenden Erfolg der AfD seriös zu analysieren und sich umfassender mit der Partei und ihren Positionen auseinanderzusetzen. Andererseits finden sich immer wieder Spott, Häme und nahezu vernichtende Kritik in den Zeitungsartikeln, die suggerieren, dass die AfD nicht ernst genommen werden könne und dass die Partei moralisch verwerfliche Positionen vertrete, die ihr baldiges Ende vorprogrammieren würden. Es macht den Anschein, als könne man sich nicht entscheiden, wie man die Partei thematisch aufgreifen und mit ihr umgehen soll.

Im vierten Untersuchungszeitraum ist dagegen ein Wandel auszumachen. Nach den enormen Wahlerfolgen bei den drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ist eine Art panisches Erwachen erkennbar. Zunehmend findet sich in der Berichterstattung die Einsicht, dass man die Erfolge der AfD nicht mehr ignorieren und kleinreden könne. Immer ernsthafter wird die Frage behandelt, was die Gründe für den Aufschwung der AfD sind und was die AfD-Wähler antreibt und dass die erschreckenden Entwicklungen eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland darstellen würden. Auf eine möglicherweise umfassendere Krise der repräsentativen Demokratie als eigentlicher Auslöser für den Erfolg der AfD wird jedoch in keinem Zeitungsartikel eingegangen. Vielmehr werden die AfD selbst und deren Vertreter als „Sündenböcke“ herangezogen. Die Partei wird dadurch zu einer Art Feindbild stilisiert, welches an den jüngsten negativen Entwicklungen, die sich in weiterer Folge an Machtverschiebungen und -turbulenzen bemerkbar machen, alleinig schuld sei. Innerhalb der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung wird damit ganz klar die in der wissenschaftlichen Literatur auszumachende Argumentation, dass Populismus eine Gefahr für die Demokratie darstelle, bedient.

5.5 Bewertung und Diskussion der Medienanalyse

Diese wissenschaftliche Arbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, den medialen Umgang mit Populismus am Beispiel der AfD sowie die daraus resultierenden weitreichenden Folgen für die Politik, den Populismus selbst sowie die Entwicklung der Demokratie zu untersuchen. Eingebettet wurde dieses Erkenntnisinteresse in den umfassenderen Kontext einer seit längerem auszumachenden Krise der repräsentativen Demokratie (Bebnowski 2015; Braun/Geisler 2012). In diesem Zusammenhang sollte herausgefunden werden, ob und inwieweit Populismus durch die mediale Berichterstattung noch zusätzlich vorangetrieben bzw. begünstigt wird, was in weiterer Folge zu einer Verstärkung der demokratischen Krise

beitragen würde. Bereits in einem ersten Ausblick (vgl. Kapitel 2.5) konnte geschlussfolgert werden, dass sich der Umgang mit (rechts-)populistischen Parteien in Europa teils stark unterscheidet (Hartleb 2011b, S. 340f.). Innerhalb der wissenschaftlichen Literatur herrscht ebenfalls Uneinigkeit, wie sich der ideale Umgang gestaltet bzw. werden Strategien gegen Populismus intensiv diskutiert (Bauer 2014; Lange 2016).

Die Ergebnisse der quantitativen Medienanalyse haben gezeigt, dass der AfD anzahlmäßig – wie sich später im Zuge der qualitativen Analyse herausstellte auch inhaltlich – im Verlauf der vier Untersuchungszeiträume sukzessive mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Anzahl der veröffentlichten Artikel zur AfD stieg von 109 im Jahr 2013 auf 193 im Jahr 2014. 2015 waren 292 veröffentlichte Zeitungsartikel zu verzeichnen, bevor es 2016 schließlich zu einem enormen Anstieg mit insgesamt 1.027 Artikeln kam. Besonders viele Zeitungsartikel wurden vor allem im Kontext von (Landtags-)Wahlen veröffentlicht.

Die qualitative Inhaltsanalyse hat schließlich ergeben, dass in den untersuchten Zeitungsartikeln der Süddeutschen Zeitung hinsichtlich des Umgangs mit rechtspopulistischen Parteien ein überwiegend moralisierender Diskurs vorherrscht und eine eindeutig wertende Berichterstattung dominiert. Die AfD wird dabei zu einer Art Feindbild konstruiert und dementsprechend negative Wertungen finden sich innerhalb der Zeitungsartikel. Das Qualitätskriterium der respektvollen Diskussionen (vgl. Kapitel 4.3.3) wird häufig nur unzureichend eingehalten. Die Artikel weisen überwiegend negative Konnotationen, Spott, Häme und an manchen Stellen sogar beleidigende Formulierungen auf. Ob der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung zur AfD eine gezielte Strategie zu Grunde liegt sei dahingestellt. Thomas Knüwer macht jedoch im Hinblick auf die Piraten-Partei eine ähnlich unverhältnismäßig negative und kritische Berichterstattung sowie eine damit einhergehende gezielte Medienkampagne gegen diese Partei aus (Knüwer 2014).

Im Rahmen der qualitativen Medienanalyse konnte außerdem gezeigt werden, dass die hinter dem Aufstieg der AfD liegenden Entwicklungen und Probleme kaum bis gar nicht angesprochen und diskutiert werden. In weiterführenden wissenschaftlichen Arbeiten könnte beispielsweise erforscht werden, ob sich ähnliche Erkenntnisse auch bei der Analyse anderer (deutscher) Qualitätszeitungen oder anderweitiger Medien ergeben. Setzt sich diese Erkenntnis fort, so stellt das Aussparen essenzieller, umfassender Ursachenforschung in Bezug auf den Aufschwung (rechts-)populistischer Parteien ein erhebliches Problem der Medien und insofern auch ein Problem der Gesellschaft als Ganze dar. Bernd Stegemann wirft diesbezüglich einen interessanten Gedankengang auf: Er gibt zu bedenken, dass dem Rechtspopulismus inzwischen ein neuer, nämlich ein liberaler, moralisierender Populismus entgegengesetzt werde. Dieser werde von der liberalen Gesellschaft genutzt, um jegliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen sowie Fragen hinsichtlich möglicher Systemdefizite zu

verhindern. *„Der liberale Populismus hat es geschafft, jede Kritik an sich [...] hinter der Fassade des vernünftigen und moralischen Sprechens zu verstecken.“* (Stegemann 2017). Dies deckt sich mit den Ausführungen von Hans Wagner, der die Erhebung der Medien zur „vierten Gewalt“ im Staat stark kritisiert (Wagner 2007, S. 343ff.). Er legt anschaulich dar, dass *„das Konzept einer ›Vierten Gewalt‹, das Medien und Journalisten zu autonomen Trägern einer Kontrollinstanz macht, die selbst jeder Kontrolle durch die Gesellschaft entzogen ist, sich notwendig als demokratiezerstörend auswirken muss.“* (Wagner 2007, S. 351).

Dies führt uns zunächst zur Frage zurück, was Populismus eigentlich ist. Paul Taggart geht davon aus, dass Populismus ein Anzeichen dafür ist, dass bestimmte Aspekte der repräsentativen Demokratie abgelehnt werden (Taggart 2002, S. 72). Versteht man Populismus also als Begleiterscheinung einer umfassenderen Krise der repräsentativen Demokratie bzw. als eine Reaktion auf ihre derzeitige Verfasstheit, so findet durch die modernen (Massen-)Medien keine Überwindung, sondern vielmehr eine Verstärkung dieser Krise statt (Vorländer 2013, S. 274f.). Die Rolle der Presse sollte dabei nicht außer Acht gelassen werden. Innerhalb der untersuchten Zeitungsartikel der Süddeutsche Zeitung wird die Wählerschaft der AfD nahezu genauso stark abgelehnt und verurteilt, wie die AfD selbst. Man sollte sich dabei jedoch die Frage stellen, welche Auswirkungen die Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung auf die AfD-Wähler selbst haben könnte, wenn diese die Zeitungsartikel lesen. Da die Wählerschaft der Partei sehr heterogen ist und sich aus nahezu allen gesellschaftlichen Schichten zusammensetzt (siehe Kapitel 3.4), kann davon ausgegangen werden, dass auch Leser der Qualitätszeitung Süddeutsche Zeitung potenzielle AfD-Wähler sein können. Die wertende und ablehnende Haltung gegenüber der AfD-Wählerschaft birgt etwa die Gefahr, dass sich diese weder von der Politik, noch von den Medien ernst genommen und verstanden fühlt, was in weiterer Folge Protestmotive (nach dem Motto „Jetzt erst recht!“) und somit den Aufschwung populistischer Parteien möglicherweise noch verstärken könnte (Lange 2016).

An dieser Stelle sei außerdem nochmals auf die Rolle von Medien in Demokratien hingewiesen. Wenn Medien derart abwertend über populistische Parteien und deren Wählerschaft berichten, hat dies auch eine Art tabuisierenden Effekt: im Fall der Süddeutschen Zeitung wird die Wahl der AfD als etwas moralisch Verwerfliches dargestellt. Dadurch werden nicht nur (potenzielle) AfD-Wähler in ein negatives Licht gerückt. Durch die sehr einseitige Berichterstattung (die AfD ist eine Gefahr, die bekämpft werden muss) wird zudem eine dementsprechend einseitige Wirklichkeitskonstruktion vollzogen. Dem Aufschwung der AfD zu Grunde liegende (Fehl-)Entwicklungen im demokratischen System selbst bleiben hinter diesem moralisierenden Diskurs zurück und werden nicht thematisiert. Damit kommt die Süddeutsche Zeitung – zumindest im Hinblick auf die untersuchten Zeitungsartikel – jedoch

auch der Integrations- und Sozialisationsfunktion (vgl. Kapitel 4.1) nur unzureichend nach. Denn durch den einseitigen Diskurs werden keineswegs Stereotype aufgebrochen, was „zur Stabilisierung demokratischer Gesellschaftsstrukturen“ (Polke 2014, S. 12) beiträgt. Ganz im Gegenteil werden Stereotype durch die abwertende Berichterstattung noch verstärkt. Denn die AfD und deren Wähler werden schlichtweg als nicht ernst zu nehmende Minderheit, die der liberalen Demokratie entgegenstehende und somit verwerfliche Positionen und Einstellungen vertrete, dargestellt. Diese plakative Gegenüberstellung von richtigem versus falschem Verhalten und Denken greift aber schlichtweg zu kurz.

Daraus ergibt sich die Frage, welche politischen Konsequenzen mit diesem bestimmten Bild von der AfD einhergehen, welches durch die Berichterstattung konstruiert und vermittelt wird. Zunächst sollten (Print-)Medien sachlich der Frage auf den Grund gehen, warum Menschen sich von populistischen Parteien angesprochen fühlen und sie diese überhaupt wählen. Um die Krise der repräsentativen Demokratie überwinden zu können, müssten (Print-)Medien öffentliche Diskurse anstoßen, bei denen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in größere Gesamtzusammenhänge eingeordnet und Ursachen sowie mögliche Lösungswege offen thematisiert werden. Dabei sollten keine Feindbilder konstruiert, sondern alle Individuen gleichermaßen in den Diskurs inkludiert werden (Wagner 2007, S. 350). Stattdessen entsteht ein Teufelskreis, bei dem die Medien durchaus zur Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik und somit auch zum Aufschwung populistischer Parteien beitragen. *„Wachsende Legitimationsprobleme werden auch als Folge einer veränderten Struktur von Öffentlichkeit gedeutet, in der sich das Verhältnis von Politik und Medien zum Nachteil der Politik verändert habe. Inzwischen bestimmen die Regeln medialer Inszenierung das Politikbild der Gesellschaft. Das dramaturgische Prinzip der Medien bringe ein Übermaß an negativer Politikberichterstattung hervor, das sich in wachsenden Ressentiments gegen die Politik widerspiegeln.“* (Kleinert 2012, S. 19). Die Medien tragen also wesentlich zur Krise des demokratischen Systems bei (Wagner 2007, S. 348f.).

Als zentrale Erkenntnis kann abschließend festgehalten werden, dass die tiefer liegenden Ursachen, die überhaupt erst zum Aufschwung der AfD beitrugen und beitragen, in den untersuchten Zeitungsartikeln der Süddeutschen Zeitung kaum bis gar nicht thematisiert werden, wodurch dem Rezipienten – ob bewusst oder unbewusst sei dahingestellt – essenzielle Hintergrundinformationen sowie eine aktive Ursachenforschung und damit einhergehende relevante Erkenntnisse – die möglicherweise zur Überwindung der Krise der repräsentativen Demokratie beitragen könnten – vorenthalten werden. Es kann daher geschlussfolgert werden, dass nicht der (Rechts-)Populismus das eigentliche Problem darstellt, sondern lediglich als eine Folgeerscheinung komplexerer Entwicklungen auftritt, die von den Medien nicht offen genug thematisiert werden. Problematisch dabei gestaltet sich die

Verschmelzung von Politik und Medien, die besondere Affinität zwischen Medien und Populismus sowie die mediale Berichterstattung gegenüber Populismus. Selbstverständlich können die komplexen, hinter dem Aufschwung populistischer Parteien liegenden Entwicklungen nicht auf einige wenige Faktoren heruntergebrochen werden. Medien müssten jedoch die wesentlichen Entwicklungen offen thematisieren, um einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs anzustoßen und der Krise der repräsentativen Demokratie aktiv entgegenwirken zu können.

Die innerhalb dieser wissenschaftlichen Arbeit erzielten Ergebnisse können als Grundlage für nachfolgende Arbeiten betrachtet werden, auf die weiter aufgebaut werden kann. Hier würde sich eine qualitative Inhaltsanalyse anderer deutscher Qualitätszeitungen anbieten, um einen Vergleich anstellen zu können und fundiertere Aussagen über die Berichterstattung von Printmedien zur AfD – bzw. populistischen Parteien im Allgemeinen – tätigen zu können.

6. Conclusio

Abschließend werden die wesentlichen Erkenntnisse dieser wissenschaftlichen Arbeit zusammengefasst sowie die der Arbeit zu Grunde liegenden, übergeordneten Forschungsfragen (vgl. Kapitel 1.2.1) beantwortet und in einen größeren Kontext eingebettet.

Forschungsfrage 1:

Wie wird die AfD im Rahmen von Printmedien thematisiert und dargestellt und welches Bild wird dadurch von der Partei konstruiert und der Öffentlichkeit vermittelt?

Die qualitative Inhaltsanalyse hat gezeigt, dass die Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung zur Alternative für Deutschland (AfD) nahezu durchweg negative Konnotationen und damit eindeutige Wertungen aufweist. Die Süddeutsche Zeitung kommt – was die vier Untersuchungszeiträume innerhalb dieser wissenschaftlichen Arbeit betrifft – ihrer Pflicht als neutraler Berichtersteller nur unzureichend nach. Die AfD wird (unverhältnismäßig) stark kritisiert und es ist enorm viel Spott auszumachen. Zum Teil finden sich auch beleidigende Formulierungen in den Zeitungsartikeln. Die Wahlerfolge der Partei werden zum großen Teil heruntergespielt und mittels spöttischer Formulierungen werden Unglaubwürdigkeit sowie Bedeutungslosigkeit der AfD suggeriert. Insgesamt wird die Partei als eine Gefahr für die etablierten Parteien und die Demokratie dargestellt. Somit wird die demokratiegefährdende Funktion von Populismus ganz klar bedient. Dabei zeigt sich jedoch kein stringentes Bild. Die Berichterstattung muss vielmehr als ambivalent bezeichnet werden. Denn hin und wieder – insbesondere innerhalb des vierten Untersuchungszeitraumes – sind durchaus auch Bemühungen dahingehend auszumachen, der Partei mit Ernsthaftigkeit zu begegnen, sich seriös mit den Positionen der AfD näher auseinanderzusetzen und die teils beachtlichen Wahlerfolge sachlich und wertfrei zu analysieren. Diese Versuche scheitern jedoch in den meisten Fällen und die sachlichen Analysen münden dann wieder in Spott und/oder Sarkasmus. Es wirkt, als könne man sich häufig nicht entscheiden, wie man die Partei thematisch aufgreifen und richtig mit ihr umgehen soll. Die (Print-)Medien waren jedoch spätestens ab den beachtlichen Erfolgen der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Spätsommer 2014 nahezu gezwungen, sich mit der Partei und deren Aufschwung näher auseinanderzusetzen. Trotz steigender Intensität der Berichterstattung – die auch an der quantitativen Zunahme der Zeitungsartikel festgemacht werden kann (siehe Kapitel 5.4.1) – und der sporadischen und nur oberflächlichen Erörterung der Gründe für den Aufschwung der AfD lassen die Journalisten die dahinterstehenden Entwicklungen sowie das Thema der Krise der repräsentativen Demokratie bzw. etwaige Systemdefizite unangetastet.

Insgesamt wird also ein überaus negatives Bild von der AfD vermittelt. Denn trotz der Ambivalenz entsteht durch die Berichterstattung der Eindruck, dass die AfD ausschließlich rechtes und verwerfliches Gedankengut vertrete und schlichtweg eine Gefahr für die etablierten „guten“ Parteien und die Demokratie darstellt. Immer wieder wird auch suggeriert, dass es moralisch verwerflich sei, die Partei zu wählen. Die AfD wird dabei zur Außenseiterin stilisiert, mit der keine der anderen Parteien – zum Schutz der Demokratie – zusammenarbeiten will. Zudem werden die Wähler der AfD in ein negatives Licht gerückt. Die Süddeutschen Zeitung bedient damit die auch in der wissenschaftlichen Literatur auszumachende Argumentation, dass Populismus eine Gefahr für die Demokratie darstellt.

Im Rahmen der Analyse von Zeitungsartikeln der Süddeutschen Zeitung zur AfD konnte veranschaulicht werden, dass ein nahezu durchgehend negatives Bild von der Partei gezeichnet und der Öffentlichkeit vermittelt wird. Dabei schwankt die Berichterstattung zwischen Spott und Beleidigungen, (unverhältnismäßig) starker Kritik, Ignorieren und Kleinreden der Partei sowie Versuchen, die Erfolge der AfD ernsthaft und sachlich aufzuschlüsseln. In den untersuchten Artikeln ist stets ein moralisierender Diskurs vorherrschend, der sich thematisch häufig im Kreis dreht, Aspekte nur oberflächlich anreißt und der ein Feindbild konstruiert, anstatt die Öffentlichkeit über tiefer liegende Entwicklungen und Ursachen, die zum Erfolg der AfD führten, aufzuklären. Diese Erkenntnisse gilt es, in einen Gesamtzusammenhang einzubetten, was uns zur zweiten Forschungsfrage führt.

Forschungsfrage 2:

Welche Auswirkungen hat die Berichterstattung über Populismus auf Populismus selbst sowie auf die Entwicklung der Demokratie?

Wie soeben erwähnt, wird in den untersuchten Zeitungsartikeln die demokratiegefährdende Funktion von Populismus transportiert. Dabei ist eine Tendenz dahingehend auszumachen, der AfD mittels Kleinreden und oftmals nahezu vernichtender Kritik „Herr zu werden“. Diese Art und Weise der Berichterstattung steht jedoch im Gegensatz zu den zunehmenden Wahlerfolgen der Partei. Das durch die Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung der Öffentlichkeit vermittelte Bild scheint also – zumindest was die vier Untersuchungszeiträume betrifft – nicht zur „Entzauberung“ der Partei beizutragen. Ganz im Gegenteil scheint es, als würden Moralisieren und Tabuisieren eher das Gegenteil bewirken. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass die AfD-Wählerschaft eine sehr hohe Heterogenität aufweist und sich aus nahezu allen gesellschaftlichen Schichten zusammensetzt (vgl. Kapitel 3.4). Es kann daher davon ausgegangen werden, dass Wähler der Partei durchaus auch unter den Lesern der Süddeutschen Zeitung vertreten sind. Um auf die moralisierende Berichterstattung zurückzukommen, so wird beispielsweise in einem Gastbeitrag in der

Süddeutschen Zeitung vor der Strategie des Ignorierens gewarnt. Mit diesem Versuch seien bereits die Franzosen beim Front National kläglich gescheitert, der heutzutage stärker denn je ist¹³². Der Populismus selbst erhält durch die negative und abwertende Medienberichterstattung also eher noch zusätzliche Aufmerksamkeit und durch die erhöhte mediale Präsenz mitunter auch mehr Zulauf.

Damit stellt sich in weiterer Folge die Frage, welche Konsequenzen dieses durch die Berichterstattung konstruierte Bild von der AfD für die Entwicklung der Demokratie hat. Die soeben angesprochene problematische Art und Weise der Berichterstattung muss vor dem Hintergrund zunehmender wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen Politik und Medien betrachtet werden, die ein erhebliches Problem für die Demokratie darstellen. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Wandel der Medien selbst zurückzuführen, der zu einem steigenden Konkurrenzkampf zwischen Medienunternehmen führte. Heutzutage zählen vor allem Auflagenzahlen bzw. Einschaltquoten, weshalb der Fokus verstärkt auf mediale Inszenierungen und gut zu vermarktende Darstellungsformen gelegt wird (Decker 2012, S. 14). Damit politische Akteure Erfolge verzeichnen können, müssen diese auch medial präsent sein. Dieses Dilemma führte allerdings zur sukzessiven Anpassung der Politik an die Erfolgsbedingungen der Medien (Kepplinger 2007, S. 275). Viele Experten sind daher der Meinung, dass Medien dadurch wesentlich zum Aufschwung von Populismus beigetragen haben und beitragen (Decker 2012, S. 14). Denn Populisten erhalten aufgrund ihrer häufig provozierenden Aussagen und Handlungen sowie durch geschickte Selbstinszenierung besondere mediale Aufmerksamkeit. *„In diesem Sinne sind die Rechtspopulisten auch ein Produkt des modernen Medienzeitalters [...]“* (Bauer 2015, S. 24). Folge dieser Medienberichterstattung ist jedoch ein zunehmend negatives Bild von der Politik im Allgemeinen, was die Abneigung gegen bzw. die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik noch verstärkt. Dies trägt zur weiteren Entfremdung zwischen Bürgern und Politik und somit auch zur Verstärkung der Krise der repräsentativen Demokratie bei (Kleinert 2012, S. 19; Wagner 2007, S. 348f.). Dadurch verändert sich nicht nur das öffentliche Politikbild, sondern auch die Öffentlichkeit selbst – es entsteht ein Teufelskreis, in welchem die Medien zur Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik und somit zum Aufschwung populistischer Parteien zusätzlich beitragen. Hans Vorländer schließt in seinem Essay den Kreis und gibt zu bedenken: *„So tragen beide Entwicklungen, die Veränderung der Formen des politischen Wettbewerbs und die Mediendominanz, zu einer populistisch-plebiszitären Transformation der liberalen, auf komplexen Vermittlungsnotwendigkeiten angewiesenen Demokratie bei. Dass hierin eine Gefahr liegt, ist offensichtlich. Dass diese Gefahr von der Metamorphose der Demokratie selbst eröffnet wird, ist indes das neue und letztlich bedrohliche Problem“*

¹³² Siehe **Bourdoiseau, Christophe** (2016): *Nimmt die AfD endlich ernst – sonst geht es euch wie uns*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/gastkommentar-wir-lachen-nicht-mehr-1.2891940> (Zugriff am 05.03.2017)

(Vorländer 2011, S. 194). Die Krise der Demokratie also ausschließlich auf die Massenmedien und deren enges Verhältnis zur Politik zurückzuführen greift ebenfalls zu kurz (Braun/Geisler 2012, S. 12). Es gilt, stets zu differenzieren und den Gesamtzusammenhang im Blick zu haben. Allerdings kommen an dieser Stelle die Medien und ihre Informationsfunktion (vgl. Kapitel 4.1) unweigerlich ins Spiel.

Der Ausgangspunkt zur Überwindung der Krise der repräsentativen Demokratie liegt laut Meinung der Autorin dennoch in einem veränderten Verhältnis zwischen Medien und Politik. Mehr Unabhängigkeit zwischen diesen beiden Sphären wäre vonnöten. Denn es *„hat sich der öffentliche Raum der Meinungs- und Willensbildung verändert. Zum einen besitzen Massenmedien große öffentliche Deutungsmacht, bestimmen sie die politische Agenda, zum anderen bedient sich die Politik der Massenmedien, um Einfluss auf das (Wähler-)Publikum zu nehmen. Auf mediale Präsenz kommt es in jedem Fall an.“* (Vorländer 2013, S. 269). Weiters müssten (Print-)Medien öffentliche Diskurse anstoßen, die gesellschaftliche und politische (Problem-)Entwicklungen in größere Gesamtzusammenhänge einordnen und Ursachen sowie mögliche Lösungswege offen und pragmatisch thematisieren, anstatt Defizite und Probleme unausgesprochen zu lassen und zu tabuisieren. Feindbilder in Form von populistischen Parteien zu konstruieren und diesen Akteuren damit zusätzliche (mediale) Aufmerksamkeit zu verschaffen, kann nicht der richtige Weg sein (Lange 2016). Im Hinblick auf einen offeneren gesamtgesellschaftlichen Diskurs zur Genesung bzw. steten Belebung der Demokratie wäre es wichtig, alle Individuen gleichermaßen und ohne Vorurteile in den Diskurs einzubinden (Wagner 2007, S. 350). Nur so könnte Populismus nach Meinung der Autorin (auch und vor allem mit Hilfe der Medien) „entzaubert“ werden.

Somit sind wir bereits bei der Beantwortung der dritten und letzten Forschungsfrage angelangt, die zugleich als Ausblick für weitere wissenschaftliche Arbeiten dienen soll.

Forschungsfrage 3:

Inwieweit besteht die Möglichkeit, Populismus mittels der (Massen-)Medien zurückzudrängen bzw. dessen demokratiegefährdende Wirkung durch die Berichterstattung zu neutralisieren?

Innerhalb dieser Arbeit konnte die enorme Bedeutung von (Massen-)Medien in heutigen demokratischen Systemen sowie das teils sehr enge Zusammenspiel von Medien, Politik, Populismus und Demokratie verdeutlicht werden. Medien sind ganz klar ein zentraler Akteur in modernen Demokratien und hätten nach Meinung der Autorin durchaus das Potenzial, um Populismus zurückzudrängen bzw. dessen demokratiegefährdende Wirkung mittels entsprechender Berichterstattung zu neutralisieren. Die erzielten Erkenntnisse haben gezeigt, dass die Alternative für Deutschland (AfD) innerhalb der Berichterstattung der Süddeutschen

Zeitung extrem negativ dargestellt und bewertet wird. Diese Art der Berichterstattung hat jedoch nicht unbedingt den (erhofften) Zweck, Populismus dadurch in seinem Aufschwung zu bremsen bzw. zurückzudrängen. Vielmehr sollten Medien den Bürgern zumindest so viel Kompetenz zutrauen, sich basierend auf neutraler, sachlicher, kritischer aber dennoch respektvoller Berichterstattung (vgl. Kapitel 4.3.3) ihre eigene Meinung zu bilden, anstatt diese mittels wertender Berichterstattung in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Ganz klar bedarf es außerdem einer intensiveren Auseinandersetzung mit der liberalen Demokratie selbst. Dabei sollten mögliche Fehlentwicklungen im System offen und unter Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure debattiert werden. Der Fokus sollte jedoch nicht zu stark auf populistische Parteien gelegt werden. Denn Sinn einer „gesunden Demokratie“ kann es nicht sein, *„jeden Unsinn zu debattieren“* (Giesa 2015, S. 26). Vielmehr sollte damit begonnen werden, etwaige Defizite anzuerkennen und die Demokratie mittels eingehender Ursachenforschung sowie umfassender gesamtgesellschaftlicher Debatten wieder aktiv zu repolitisieren. Dies sollte nicht gänzlich den Populisten überlassen werden (Bebnowski 2015, S. 37). Allerdings sollte man diese nach Meinung der Autorin – wie alle anderen gesellschaftlichen Akteure auch – wertfrei in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs inkludieren. Nur so kann Populismus „entzaubert“ und dessen demokratiegefährdende Funktionen sukzessive neutralisiert bzw. vielmehr dessen demokratiefördernde Wirkungen (vgl. Kapitel 2.4.2) hervorgehoben und genutzt werden. Dafür bedarf es aber nicht nur einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über das Wesentliche selbst, nämlich über die Entwicklung, die Herausforderungen und stetige Belebung der liberalen Demokratie. Zudem ist eine problemlösungsorientierte Politik vonnöten, die der Verbreitung von Hysterie durch die Medien, dem Schüren von Ängsten und der Polarisierung der Bevölkerung entschieden entgegentritt (Patzelt 2015, S. 18). Durch vermehrtes und ernsthaftes Aufgreifen von in der Bevölkerung vorhandenen Sorgen, eine diesbezügliche Ursachenforschung sowie das transparente Aufzeigen von real Möglichem und Machbarem könnte auch die Distanz zwischen Bevölkerung und Politik schrittweise minimiert werden.

Mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse konnte untermauert werden, dass Medien mittels der Art und Weise der Berichterstattung den populistischen Aufschwung zusätzlich vorantreiben und damit auch die Krise der repräsentativen Demokratie verstärken. Die Frage nach dem adäquaten Umgang mit Populismus stellt sich daher an dieser Stelle einmal mehr. Ein moralisch aufgeladener Diskurs, der Populismus zum Feindbild erklärt und dämonisiert, zählt zumindest nicht dazu. Dieser trägt vielmehr zu einer weiteren Zuspitzung der Krise bei (Lange 2016). *„Insofern machen sich die Verteidiger der offenen Gesellschaft noch immer falsche Hoffnungen, wenn sie nach Patentrezepten gegen den Populismus suchen. Ausgrenzen oder umarmen, integrieren oder diffamieren, alle Methoden verfehlen das Problem, und es hilft auch*

nichts, den Menschen die Politik besser erklären zu wollen oder sie weiterhin moralisch einzuschüchtern. Die einzige Lösung liegt in der Selbstkritik des Liberalismus.“ (Stegemann 2017).

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur

- Arzheimer, Kai** (2015): *The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?* In: West European Politics, Vol. 38, Nr. 3, S.535-556.
- Bale, Tim et al.** (2011): *Thrown around with abandon? Popular understandings of populism as conveyed by the print media: A UK case study.* In: Acta Politica, Vol. 46, Nr. 2, S.111-131.
- Barlai, Melani/ Hartleb, Florian** (2008): *Ungarischer Populismus und Rechtsextremismus. Ein Plädoyer für die Einzelfallforschung.* In: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 48, Vol. 4, S.34-51.
- Bauer, Werner T.** (2012): *Rechtspopulismus in Europa – unter besonderer Berücksichtigung von Ost- und Südosteuropa.* In: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 52, Vol. 4, S.58-69.
- Bauer, Werner T.** (2014): *Strategien gegen rechten Populismus – gibt es die?* Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Bauer, Werner T.** (2015): *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa* (aktualisierte und überarbeitete Fassung). Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Bebnowski, David** (2013): *Populismus der Expertokraten. Eine Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland.* In: Indes, Vol. 2, Nr. 4, S.151-159.
- Bebnowski, David** (2015): *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei.* Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bebnowski, David** (2016): *»Gute« Liberale gegen »böse« Rechte? Zum Wettbewerbspopulismus der AfD als Brücke zwischen Wirtschaftsliberalismus und Rechtspopulismus und dem Umgang der Partei.* In: Häusler, Alexander [Hrsg.]: *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung.* Wiesbaden: Springer Fachmedien, S.25-35.
- Beichelt, Timm** (2007): *Die große Ernüchterung? Politische Entwicklungen in den neuen Mitgliedstaaten seit dem Beitritt zur Europäischen Union.* In: Böhmer, Jule: *Osteuropa heute. Entwicklungen – Gemeinsamkeiten – Unterschiede.* Hamburg: LIT Verlag, S.45-75.
- Berbuir, Nicole et al.** (2015): *The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?* In: German Politics, Vol. 24, Nr. 2, S.154-178.

- Betz, Hans-Georg** (1995): *Die populistische Herausforderung in Westeuropa und Nordamerika*. In: Rote Revue: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Band 73, Heft 2, S.1-7.
- Braun, Stephan et al.** (2016): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*. (2. Auflage). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Braun, Stephan/ Geisler, Alexander** (2012): *Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bundesverband deutscher Zeitungsverleger** (2016): *Die deutschen Zeitungen in Zahlen und Daten 2016*. Meckenheim: DCM.
- Burkart, Roland et al.** (2010): *Wie verständigungsorientiert ist Journalismus? Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008*. In: Pöttker, Horst/ Schwarzenegger, Christian [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung. Köln: Halem Verlag, S.256-281.
- Burkhardt, Steffen** (2009): *Praktischer Journalismus*. München: De Gruyter.
- Canovan, Margaret** (1999): *Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy*. In: Political Studies, Vol. 47, Nr. 1, S.2-16.
- Cedroni, Lorella** (2011): *Die Morphologie des Populismus*. In: Totalitarismus und Demokratie, Vol. 8, S.237-250.
- Dahl, Robert A.** (1989): *Democracy and its Critics*. New Haven: Yale University Press.
- Davies, Peter** (1999): *The National Front in France: ideology, discourse and power*. London/ New York: Routledge.
- Decker, Frank** (2003): *Insel der Seligen? Warum deutsche Rechtspopulisten oft scheitern*. In: Internationale Politik, Vol. 58, Nr. 4, S.13-22.
- Decker, Frank** (2012): *Populismus und der Gestaltwandel des Parteienwettbewerbs*. In: APuZ, Jg. 62, Vol. 5-6, S.10-15.
- Decker, Frank** (2013): *Wenn die Populisten kommen. Beiträge zum Zustand der Demokratie und des Parteiensystems*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Decker, Frank** (2015): *AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte*. In: APuZ, Jg. 65, Vol. 40, S.27-32.
- Decker, Frank** (2016): *Die »Alternative für Deutschland« aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung*. In: Häusler, Alexander [Hrsg.]: Die Alternative für Deutschland.

Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S.7-23.

Diehl, Paula (2012): *Populismus und Massenmedien*. In: APuZ, Jg. 62, Vol. 5-6, S.16-22.

Fedders, Jonas (2016): *Die Wahlerfolge der »Alternative für Deutschland« im Kontext rassistischer Hegemoniebestrebungen*. In: Häusler, Alexander [Hrsg.]: *Die Alternative für Deutschland*. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S.163-178.

Flick, Uwe (2011): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung* (4. Auflage). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Franzmann, Simon T. (2016): *Calling the Ghost of Populism: The AfD's Strategic and Tactical Agendas until the EP Election 2014*. In: *German Politics*, Vol. 25, Nr. 4, S.457-479.

Gabanyi, Anneli Ute (2008): *Rumänien: Populismus als Instrument der Machtsicherung*. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, Jg. 48, Nr. 2, S.56-67.

Gebhardt, Richard (2013): *Eine „Partei neuen Typs“? Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) vor den Bundestagswahlen*. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*, Jg. 26, Nr. 3, S.86-91.

Gehl, Katerina (2012): *Populismus in Bulgarien? Ausdrucksformen des Politischen im gegenwärtigen bulgarischen Mediendiskurs*. In: *Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, Vol. 2, S.217-238.

Giesa, Christoph (2015): *Die neuen Rechten – Keine Nazis und trotzdem brandgefährlich*. In: APuZ, Jg. 65, Vol. 40, S.22-26.

Hangen, Claudia (2012): *Grundlagenwissen Medien für Journalisten. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Hartleb, Florian (2011a): *Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Hartleb, Florian (2011b): *Rechter Populismus in der EU: keine einheitliche Bewegung trotz wachsender Euroskepsis*. In: *Integration*, Vol. 4, S.337-348.

Hartleb, Florian (2012): *Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie?* In: APuZ, Jg. 62, Vol. 5-6, S.22-29.

Hassemer, Gregor/ Rager, Günther (2006): *Das Bessere als Feind des Guten. Qualität in der Tageszeitung*. In: Rager, Günther et al. [Hrsg.]: *Zeitungsjournalismus. Empirische Leserschaftsforschung*. Konstanz: UVK, S.19-26.

Häusler, Alexander et al. (2013): *Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung.* Düsseldorf: Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen.

Henke, Maja/ Lloyd, Edward (2015): *Protest und Populismus – eine schwierige Abgrenzung in Zeiten von AfD und Pegida. Ein Bericht über die Tagung „Protestkultur – Populismus?“ 2014 in der Akademie für politische Bildung Tutzing.* In: Zeitschrift für Sicherheits- und Außenpolitik, Vol. 8, S.287-291.

Jochem, Sven (2012): *Die politischen Systeme Skandinaviens.* Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012): *The ambivalence of populism: threat and corrective for democracy.* In: Democratization, Vol. 19, Nr. 2, S.184-208.

Keppinger, Hans Mathias (2007): *Politiker als Protagonisten der Medien.* In: Zeitschrift für Politik, Jg. 54, Vol. 3, S.272-295.

Kleinert, Hubert (2012): *Krise der repräsentativen Demokratie?* In: APuZ, Jg. 62, Vol. 38-39, S.18-24.

Knüwer, Thomas (2014): *Wie Deutschlands Medien eine demokratische Partei abschießen wollen.* In: Kappes, Christoph et al. [Hrsg.]: *Medienwandel kompakt 2011 – 2013. Netzveröffentlichungen zu Medienökonomie, Medienpolitik & Journalismus.* Wiesbaden: Springer Fachmedien, S.45-49.

Kühne, Rinaldo et al. (2012): *Der Einfluss von Stimmungen auf die Nachrichtenrezeption und Meinungsbildung. Eine experimentelle Überprüfung des Affect Infusion Model.* In: Medien- und Kommunikationswissenschaft, Jg. 60, Vol. 3, S.414-431.

Langenbacher, Nora/ Schellenberg, Britta [Hrsg.] (2011): *Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Lange, Nico (2016): *Strategien gegen Populismus.* In: *Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung*, Ausgabe 199.

Lewandowsky, Marcel (2015): *Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte.* In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 25, Vol. 1, S.119-134.

Lewandowsky, Marcel (2016): *Die Verteidigung der Nation: Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus.* In: Häusler, Alexander [Hrsg.]: *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung.* Wiesbaden: Springer Fachmedien, S.39-51.

Linden, Peter (1998): *Wie Texte wirken. Anleitung zur Analyse journalistischer Sprache*. Bonn: ZV Zeitungs-Verlag Service.

Löwisch, Henriette (2009): *Journalismus für Dummies*. Weinheim: WILEY-VCH.

Luhmann, Niklas (2009): *Die Realität der Massenmedien* (4. Auflage). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Markowski, Radosław (2015): *Die Parlamentswahlen 2015*. In: Polen-Analysen, Nr. 171, S.1-13.

Mast, Claudia (2008): *ABC des Journalismus. Ein Handbuch* (11. Auflage). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Mayring, Philipp (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken* (5. Auflage). Weinheim/Basel: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (11. Auflage). Weinheim/Basel: Beltz Verlag.

Mény, Yves/ Surel, Yves (2002): *The Constitutive Ambiguity of Populism*. In: Mény, Yves/ Surel, Yves [Hrsg.]: *Democracies and the Populist Challenge*. Houndmills [u.a.]: Palgrave, S.1-21.

Michelsen, Danny/ Walter, Franz (2013): *Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation*. Berlin: Suhrkamp.

Mondon, Aurelien (2015): *Populism, the 'people' and the illusion of democracy – The Front National and UKIP in a comparative context*. In: *French Politics*, Vol. 13, Nr. 2, S.141-156.

Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*. In: *Government and Opposition*, Vol. 39, Nr. 4, S.542–563.

Neu, Viola/ Pokorny, Sabine (2015): *Ist „die Mitte“ (rechts)extremistisch?* In: *APuZ*, Jg. 65, Vol. 40, S.3-8.

Nève, Dorothée de (2009): *NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie?* Opladen [u.a.]: Budrich.

Niedermayer, Oskar (2015): *Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland*. In: Niedermayer, Oskar [Hrsg.]: *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S.175-207.

Patton, M. (1990): *Qualitative evaluation and research methods*. Beverly Hills, CA: Sage, S.169-186.

- Patzelt, Werner J.** (2015): *Die Sorgen der Leute ernst nehmen!* In: APuZ, Jg. 65, Vol. 40, S.17-21.
- Pelinka, Anton** (2012): *Populismus - zur Karriere eines Begriffes.* In: Sir Peter Ustinov Institut [Hrsg.]: *Populismus: Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?* Wien: New Academic Press, S.9-20.
- Plehwe, Dieter/ Schlögl, Matthias** (2014): *Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD).* In: WZB Discussion Paper, Nr. SP III 2014-501r, S.1-40.
- Pointner, Nicola** (2010): *In den Fängen der Ökonomie? Ein kritischer Blick auf die Berichterstattung über Medienunternehmen in der deutschen Tagespresse.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Polke, Christian** (2014): *Die Macht der Öffentlichkeit. (Massen-)Medien und ihre Funktion in der Demokratie.* In: Zeitschrift für Evangelische Ethik, Jg. 58, Vol. 1, S.8-20.
- Priester, Karin** (2012): *Wesensmerkmale des Populismus.* In: APuZ, Jg. 62, Vol. 5-6, S.3-9.
- Prugger, Daniela** (2015): *Framing von Flüchtlingen in Qualitätszeitungen. Analyse und Vergleich der Berichterstattung in Der Standard, Süddeutsche Zeitung und La Repubblica.* Wien: Magisterarbeit.
- Reynié, Dominique** (2016): *“Heritage Populism“ and France´s National Front.* Journal of Democracy, Vol. 27, Nr. 4, S.47-57.
- Schlemmer, Christina** (2003): *Deutschsprachige Tageszeitungen im WWW – Eine inhaltliche Bestandsaufnahme der Tageszeitungen Die Presse, Der Standard, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Tagesanzeiger und Neue Züricher Zeitung.* Wien: Dissertation.
- Schmitt-Beck, Rüdiger** (2016): *The ´Alternative für Deutschland in the Electorate´: Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party.* In: German Politics, S.1-25.
- Schulz, Andreas** (2000): *Der Aufstieg der „vierten Gewalt“: Medien, Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenkommunikation.* In: Historische Zeitschrift, Vol. 270, Nr. 1, S.65-97.
- Segert, Dieter** (2011): *Populismus in Ostmitteleuropa: Stimme der Transformationsverlierer oder Gefährdung der Demokratie?* In: Berliner Debatte Initial, Jg. 22, Nr. 1, S.53-65.
- Štefančík, Radoslav** (2005): *Schweizerische Volkspartei – Ursachen der Wahlerfolge.* In: Slovak Journal of Political Science, Vol. 3, S.1-23.

Taggart, Paul (2002): *Populism and the Pathology of Representative Politics*. In: Mény, Yves/ Sured, Yves [Hrsg.]: *Democracies and the populist Challenge*. Houndmills [u.a.]: Palgrave, S.62-80.

Taggart, Paul (2004): *Populism and representative politics in contemporary Europe*. In: *Journal of Political Ideologies*, Vol. 9, Nr. 3, S.269-288.

Trankovits, Laszlo (2012): *Eine Verteidigung der Demokratie – gegen den maßlosen Bürger*. In: *APuZ*, Jg. 62, Vol. 38-39, S.3-6.

Verbeek, Bertjan/ Zaslove, Andrej (2016): *Italy: a case of mutating populism?* In: *Democratization*, Vol. 23, Nr. 2, S.304-323.

Vetter, Reinhold (2015): *Die neue PiS-Regierung – erste Wegmarken*. In: *Polen- Analysen*, Nr. 173, S.1-24.

Vorländer, Hans (2011): *The good, the bad, and the ugly. Über das Verhältnis von Populismus und Demokratie – Eine Skizze*. In: *Totalitarismus und Demokratie*, Vol. 8, S.187-194.

Vorländer, Hans (2013): *Krise, Kritik und Szenarien: Zur Lage der Demokratie*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 23, Vol. 2, S.267-277.

Wagner, Hans (2007): *Vom Gespenst, das als ›Vierte Gewalt‹ erscheint. Bemerkungen zu einer Demokratiegefährdung, die sich als ihr Gegenteil ausgibt*. *Zeitschrift für Politik*, Jg. 54, Vol. 3, S.324-351.

Wallage, Jacques (2005): *Verwirrung im Polder*. In: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien*, Jg. 16, S.33-44.

Wilp, Markus (2012): *Das politische System der Niederlande. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Zick, Andreas/ Küpper, Beate (2015): *Volkes Stimme? Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte*. In: *APuZ*, Jg. 65, Vol. 40, S.9-16.

Internetquellen

Alternative für Deutschland: Familien. Kinder. Unter: <https://www.alternativefuer.de/familien-kinder/> (Zugriff am 11.03.2017).

Alternative für Deutschland: Programm für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017. Unter: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilenummern-1.pdf (Zugriff am 11.03.2017).

Alternative für Deutschland: *Programm.* Unter: <https://www.alternativefuer.de/programm/> (Zugriff am 11.03.2017).

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: *Wahl zum 17. Bayerischen Landtag am 15. September 2013.* Unter: <http://www.landtagswahl2013.bayern.de/ta14990.html> (Zugriff am 23.08.2016).

Bayerische Staatsregierung: *Landtag.* Unter: <http://www.bayern.de/freistaat/der-bayerische-landtag/> (Zugriff am 26.03.2017).

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: *Chronik der Landesregierung.* Unter: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/8450> (Zugriff am 30.09.2016).

Bundesamt für Verfassungsschutz: *Rechtsextremismus.* Unter: https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_IR#rechtsextremismus (Zugriff am 25.03.2017).

CDU und Bündnis 90/Die Grünen Hessen: *Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen. Hessen 2014 bis 2019. Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und Bündnis 90/die Grünen Hessen für die 19. Wahlperiode des hessischen Landtags 2014-2019.* Unter: https://www.hessen.de/sites/default/files/media/staatskanzlei/koalitionsvertrag_2013-12-18.pdf (Zugriff am 30.09.2016).

Deutscher Bundestag: *Wahltermine in Deutschland.* Unter: <https://www.bundestag.de/wahltermine> (Zugriff am 12.12.2016).

Die Landeswahlleiterin für Berlin: *Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016. Details.* Unter: https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/details_gemeinde-1-berlin_gesamt.html (Zugriff am 01.10.2016).

Die Landeswahlleiterin für Berlin: *Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016. Sitze.* Unter: <https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/index.html> (Zugriff am 01.10.2016).

European Commission: *Special Eurobarometer 452. Media pluralism and democracy.* Unter: <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/SPECIAL/surveyKy/2119> (Zugriff am 21.11.2016).

European Election Database Italy: *Dataset Italy: Parliamentary Election 2013.* Unter: http://eed.nsd.uib.no/webview/index.jsp?study=http://129.177.90.166:80/obj/fStudy/POPA2007_Display&mode=cube&v=2&cube=http://129.177.90.166:80/obj/fCube/POPA2007_Display_C1&top=yes (Zugriff am 11.03.2017).

Hessisches Statistisches Landesamt: *Statistische Berichte. Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung bei der Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013.* Unter:

<https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/BVII2-5-5j-13.pdf> (Zugriff am 12.12.2016).

Homepage des SSW: SSW. Unter: <http://www.ssw.de/de/die-partei.html> (Zugriff am 26.03.2017).

Land Brandenburg: *Ergebnisse bisheriger Wahlen seit 1990 im Überblick.* Unter: <http://www.wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.297358.de/> (Zugriff am 30.09.2016).

Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern: *Landtagswahl am 4. September 2016. Kurzüberblick.* Unter: <http://www.mv-laiv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2016/> (Zugriff am 01.10.2016).

Landesportal Baden-Württemberg: *Die Landesregierung.* Unter: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/> (Zugriff am 30.09.2016).

Landesportal Berlin: *Die Landesregierung von Berlin.* Unter: <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/> (Zugriff am 01.10.2016).

Landesportal Bremen: *Der aktuelle Koalitionsvertrag. Politische Schwerpunkte der Regierungsparteien.* Unter: <http://landesportal.bremen.de/der-aktuelle-koalitionsvertrag-34152894> (Zugriff am 30.09.2016).

Landesportal Hamburg: *Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2015.* Unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/4659470/c119fc87acb9bc44073245822061e0d1/data/engdueltig-ergebnis-buewa15-dl.pdf> (Zugriff am 30.09.2016).

Landesportal Hamburg: *Landesregierung. Der Hamburger Senat.* Unter: <http://www.hamburg.de/senat/1959818/hamburger-senat/> (Zugriff am 30.09.2016).

Landesportal Mecklenburg-Vorpommern: *Landeskabinett.* Unter: <http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/Kabinett/> (Zugriff am 01.10.2016).

Landesportal Niedersachsen: *Der Niedersächsische Landtag.* Unter: http://www.niedersachsen.de/politik_staat/landtag/der-niedersaechsische-landtag-19983.html (Zugriff am 27.09.2016).

Landesportal Niedersachsen: *Die Niedersächsische Landesregierung.* Unter: http://www.niedersachsen.de/politik_staat/landesregierung_ministerien/die-niedersaechsische-landesregierung-20076.html (Zugriff am 28.09.2016).

Landesportal Nordrhein-Westfalen: *Die Landesregierung.* Unter: <https://www.land.nrw/de/die-landesregierung-von-nordrhein-westfalen> (Zugriff am 27.09.2016).

Landesportal Rheinland-Pfalz: *Die rheinland-pfälzische Landesregierung.* Unter: <https://www.rlp.de/fr/landesregierung/> (Zugriff am 30.09.2016).

Landesportal Sachsen-Anhalt: *Die Landesregierung.* Unter: <http://www.sachsen-anhalt.de/lj/politik-und-verwaltung/die-landesregierung/> (Zugriff am 01.10.2016).

Landesportal Sachsen: *Staatsregierung.* Unter: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/> (Zugriff am 30.09.2016).

Landesportal Schleswig-Holstein: *Die Landesregierung.* Unter: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/landesregierung_node.html (Zugriff am 27.09.2016).

Landesportal Thüringen: *Thüringer Staatskanzlei.* Unter: <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/> (Zugriff am 30.09.2016).

Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: *Wahlbeteiligung 1947-2016.* Unter: <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/kurz/wahlbet/index.html> (Zugriff am 12.12.2016).

Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: *Wahlergebnisse der Landtagswahl 2016.* Unter: <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/wahlen/2016/index.html> (Zugriff am 30.09.2016).

Landtag von Baden-Württemberg: *Landtagswahl 2016.* Unter: <http://www.landtag-bw.de/cms/home/der-landtag/parlament/landtagswahl-2016.html> (Zugriff am 30.09.2016).

Landtag von Mecklenburg-Vorpommern: *Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern.* Unter: <https://www.landtag-mv.de/landtag/wahlen.html> (Zugriff am 01.10.2016).

Landtag von Rheinland-Pfalz: *Rheinland-Pfalz hat seinen 17. Landtag gewählt. Endgültiges Landesergebnis der Landtagswahl.* Unter: <http://www.landtag.rlp.de/Landtagswahl-2016/> (Zugriff am 30.09.2016).

Nandlinger, Gabriele (2008): *Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus...?* Unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem?p=all> (Zugriff am 25.03.2017).

Niedersächsische Landeswahlleiterin: *Kommunalwahlen 2016 in Niedersachsen. Vorläufiges Ergebnis der Kommunalwahlen vom 11.09.2016.* Unter: <http://www.landeswahlleiter.niedersachsen.de/wahlen/kommunalwahlen/kommunalwahlen-2016-in-niedersachsen--99102.html> (Zugriff am 27.09.2016).

Saarland: *Politik & Verwaltung. Die Regierung des Saarlandes.* Unter: <http://www.saarland.de/SID-C2000D32-B354353A/12291.htm> (Zugriff am 27.09.2016).

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: *Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012.* Unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Schleswig-Holstein/Landtagswahlen/2012/endg%C3%BCltig/SH_LTW_2012_Endgueltiger_Bericht_Internet.pdf (Zugriff am 12.12.2016).

Statistisches Amt Saarland: *Landesergebnis Saarland. Sitzverteilung.* Unter: http://www.statistikextern.saarland.de/wahl/internet_saar/LT_SL/landesergebnisse/grafik_sitze_10.html (Zugriff am 01.04.2017).

Statistisches Amt Saarland: *Landesergebnis Saarland.* Unter: http://www.statistikextern.saarland.de/wahl/internet_saar/LT_SL/landesergebnisse/index.html (Zugriff am 01.04.2017)

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: *Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl am 13.03.2016. Land Baden-Württemberg.* Unter: <http://www.statistik-bw.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?R=LA> (Zugriff am 30.09.2016).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: *Wahlbeteiligung bei den Europa-, Bundestags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg seit 1994.* Unter: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/wahlbeteiligung.jsp?path=/Wahlen/Landtag/%20sowie%20http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Service/Veroeff/Monatshefte/20090512.mha> (Zugriff am 12.12.2016).

Statistisches Landesamt Bremen: *Bürgerschaftswahl Land Bremen 2015.* Unter: <http://www.wahlen-bremen.de/app/sw2015land.html> (Zugriff am 30.09.2016).

Statistisches Landesamt Bremen: *Statistische Mitteilungen.* Unter: <http://www.statistik.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen65.c.2059.de> (Zugriff am 30.09.2016).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: *Wahlbeteiligung im Laufe des Wahltages in %.* Unter: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/index.html> (Zugriff am 12.12.2016).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: *Wahlen 2016. Landtagswahl am 13. März 2016. Endgültige Ergebnisse.* Unter: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/index.html> (Zugriff am 01.10.2016).

Statistisches Landesamt Sachsen: *Landtagswahl 2014. Sitzverteilung.* Unter: https://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_s10_gew.prc_sitz_lw?p_bz_bzid=LW14&p_ebene=SN&p_ort=14 (12.12.2016).

Stegemann, Bernd (2017): *Der gute Mensch und seine Lügen.* Unter: <http://www.zeit.de/2017/09/populismus-eliten-gutmensch-luegen> (Zugriff am 31.03.2017).

Süddeutsche Zeitung Media: *Die Süddeutsche Zeitung.* Unter: <https://sz-media.sueddeutsche.de/de/sz/aktuelles-profil.html> (Zugriff am 26.11.2016).

Süddeutsche Zeitung Media: *Die Wochenendzeitung.* Unter: <https://sz-media.sueddeutsche.de/de/sz/sz-wochenende-profil.html> (Zugriff am 26.11.2016).

Süddeutsche Zeitung: *Newsscanner.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/news> (Zugriff am 23.10.2016).

Thüringer Landesamt für Statistik: *Landtagswahl in Thüringen 2014 – endgültiges Ergebnis. Sitzverteilung.* Unter: <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2014&zeigeErg=Land> (Zugriff am 30.09.2016).

Zitiertes Datenmaterial

„AfD verliert Rechtsstreit mit Forsa“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/vorwurf-der-verfaelschten-umfragedaten-afd-verliert-rechtsstreit-mit-forsa-1.1772865> (Zugriff am 04.03.2017).

Beitzer, Hannah (2015): *Auf der Suche nach Erklärungen.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/buergerschaftswahl-in-bremen-auf-der-suche-nach-erklaerungen-1.2473469> (Zugriff am 05.03.2017).

Beitzer, Hannah (2016): *Hier könnte die AfD das bisher beste Ergebnis erzielen.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-sachsen-anhalt-hier-koennte-die-afd-das-bisher-beste-ergebnis-erzielen-1.2901711> (Zugriff am 05.03.2017).

Beitzer, Hannah (2013): *Nächstes Ziel Europawahl.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-naechstes-ziel-europawahl-1.1778091> (Zugriff am 04.03.2017).

Beitzer, Hannah (2013): *Starker Start für die Spalt-Partei.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/ueberraschungserfolg-der-afd-starker-start-fuer-die-spalt-partei-1.1776141> (Zugriff am 04.03.2017).

Beitzer, Hannah (2016): *Warum die AfD so erfolgreich ist.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahlen-warum-die-afd-so-erfolgreich-ist-1.2906297> (Zugriff am 04.03.2017).

Beitzer, Hannah (2015): *Was die rote Stadt bewegt.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/buergerschaftswahl-in-bremen-was-die-rote-stadt-bewegt-1.2469271> (Zugriff am 05.03.2017).

Bielicki, Jan et al. (2015): *Böhrnsen tritt nicht mehr an.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bremen-boehrnsen-tritt-nicht-mehr-an-1.2474491> (Zugriff am 05.03.2017).

„*Bouffier irritiert mir Aussagen zur AfD*“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-hessen-bouffier-irritiert-mit-aussagen-zur-afd-1.1774530> (Zugriff am 04.03.2017).

Bourdoiseau, Christophe (2016): *Nehmt die AfD endlich ernst – sonst geht es euch wie uns.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/gastkommentar-wir-lachen-nicht-mehr-1.2891940> (Zugriff am 05.03.2017).

Brössler, Daniel (2016): *Sogar bigotten Nationalkatholiken ist die AfD zu rechts.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/europaparlament-sogar-bigotten-nationalkatholiken-ist-die-afd-zu-rechts-1.2898826> (Zugriff am 05.03.2017).

Burghardt, Peter (2015): *Demokratisches Debakel.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlbeteiligung-demokratisches-debakel-1.2473753> (Zugriff am 05.03.2017).

Das Gupta, Oliver/ Schmidbauer, Jan (2016): *Was die AfD in ihrem neuen Programm schreibt.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/rechtspopulismus-was-die-afd-in-ihrem-neuen-programm-schreibt-1.2919039> (Zugriff am 04.03.2017).

Das Gupta, Oliver (2016): *Wie die AfD die aktuelle Bundesrepublik abschaffen will.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/entwurf-zu-parteiprogramm-wie-die-afd-die-aktuelle-bundesrepublik-abschaffen-will-1.2924188> (Zugriff am 04.03.2017).

Deininger, Roman et al. (2016): *Alles, was rechts ist.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-alles-was-rechts-ist-1.2913482> (Zugriff am 04.03.2017).

Denkler, Thorsten (2014): *Das andere Gesicht der AfD.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-leaks-das-andere-gesicht-der-afd-1.2115162> (Zugriff am 05.03.2017).

Denkler, Thorsten (2014): *Gekommen, um unterzugehen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-afd-in-sachsen-gekommen-um-unterzugehen-1.2111703> (Zugriff am 05.03.2017).

Denkler, Thorsten (2014): *Salon-Populisten im Glück*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlerfolge-der-alternative-fuer-deutschland-afd-sieht-sich-auf-dem-weg-zur-mittelgrossen-volkspartei-1.2130162> (Zugriff am 05.03.2017).

„*Ein Sitz mehr, ein Verband weniger*“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-ein-sitz-mehr-ein-verband-weniger-1.2922578> (Zugriff am 04.03.2017).

Esslinger, Detlef (2016): *Das AfD-Programm und der Mief von 56*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-das-afd-programm-und-der-mief-von-1.2918595> (Zugriff am 04.03.2017).

Esslinger, Detlef (2016): *Julia Klöckners trauriger Triumph*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlstatistik-julia-kloeckners-trauriger-triumph-1.2907113> (Zugriff am 04.03.2017).

Fried, Nico (2013): *Nicht mit uns*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kleinpartei-alternative-fuer-deutschland-nicht-mit-uns-1.1769610> (Zugriff am 04.03.2017).

Gontek, Florian (2015): *Auf die Erfolgsgeschichte folgt der Niedergang*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/interne-querelen-bei-der-afd-auf-die-erfolgsgeschichte-folgt-der-niedergang-1.2484437> (Zugriff am 05.03.2017).

Heidtmann, Jan (2016): *Hunderttausende Wähler haben die eingetretenen Wege verlassen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/waehlerwanderungen-neue-pfade-1.2907111> (Zugriff am 04.03.2017).

Höll, Susanne (2016): *Kommunalwahlen in Hessen*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-kommunalwahlen-in-hessen-1.2894762> (Zugriff am 05.03.2017).

Höll, Susanne (2016): *Zusammenhalten gegen die AfD*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/hessische-kommunalwahl-zusammenhalten-gegen-die-afd-1.2895598> (Zugriff am 05.03.2017).

Käppner, Joachim (2016): *Was passiert eigentlich bei Sondierungen?* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/raetsel-der-woche-was-passiert-eigentlich-bei-sondierungen-1.2922588> (Zugriff am 04.03.2017).

Kister, Kurt (2014): *Annäherung ist der falsche Weg.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlerfolge-von-afd-und-linkspartei-annaeherung-ist-der-falsche-weg-1.2129875> (Zugriff am 05.03.2017).

Kister, Kurt (2016): *Für CDU und SPD ist es mit der Stabilität endgültig vorbei.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahlen-fuer-cdu-und-spd-ist-es-mit-der-stabilitaet-endgueltig-vorbei-1.2902748> (Zugriff am 05.03.2017).

Kister, Kurt (2016): *In Lebensgefahr.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/spd-in-lebensgefahr-1.2905979> (Zugriff am 05.03.2017).

Klasen, Oliver (2013): *Bouffiers Pointe beim Wer-mit-wem-Spiel.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/tv-runde-der-spitzenkandidaten-in-hessen-bouffiers-pointe-beim-wer-mit-wem-spiel-1.1774742> (Zugriff am 04.03.2017).

König, Michael (2013): *Mut zur Halbwahrheit.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-der-afd-mut-zur-halbwahrheit-1.1763329> (Zugriff am 04.03.2017).

Langenau, Lars (2016): *Lucke: "Ich halte es für falsch, die AfD zu verteufeln".* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bernd-lucke-lucke-ich-halte-es-fuer-falsch-die-afd-zu-verteufeln-1.2913234> (Zugriff am 04.03.2017).

„*Lucke und Petry schließen Zusammenarbeit aus*“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-in-der-afd-lucke-und-petry-schliessen-zusammenarbeit-aus-1.2490904> (Zugriff am 05.03.2017).

Munzinger, Paul (2016): *Hohe Wahlbeteiligung: Für wen die einstigen Nichtwähler gestimmt haben.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlbeteiligung-hohe-wahlbeteiligung-fuer-wen-die-einstigen-nichtwaehler-gestimmt-haben-1.2906187> (Zugriff am 05.03.2017).

Niewel, Gianna/ Peters, Benedikt (2016): *AfD-Abgeordnete – Angstmacher, Biedermänner, Ex-Kommunisten.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afdler-in-den-landtagen-afd-abgeordnete-angstmacher-biedermaenner-ex-kommunisten-1.2910510> (Zugriff am 04.03.2017).

Peters, Benedikt (2016): *Bei den Rechten liegen Aufstieg und Fall nah beieinander.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-bei-den-rechten-liegen-aufstieg-und-fall-nah-beieinander-1.2906223> (Zugriff am 05.03.2017).

Pollmer, Cornelius (2016): *Der Zweite ist der Sieger.* Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahl-in-sachsen-anhalt-mit-den-zweiten-ist-nichts-anzufangen-1.2906140> (Zugriff am 05.03.2017).

Pollmer, Cornelius (2016): *In Sachsen-Anhalt heißt die letzte Hoffnung Kenia*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-letzte-hoffnung-kenia-1.2906760> (Zugriff am 04.03.2017).

Pollmer, Cornelius/ Schneider, Jens (2016): *Die AfD macht Showpolitik*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagspolitik-die-afd-macht-showpolitik-1.2908450> (Zugriff am 04.03.2017).

Prantl, Heribert (2016): *Die AfD ist gefährlicher als es die NPD war*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahlen-nichts-ist-unmoeglich-1.2906054> (Zugriff am 05.03.2017).

Prantl, Heribert (2016): *Die AfD und die Wahlbeteiligung: Nur bedingt Grund zu jubeln*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlbeteiligung-demokratisches-fest-mit-dubiosen-rednern-1.2906857> (Zugriff am 04.03.2017).

Prantl, Heribert (2016): *Landtagswahlen: Kandidat hui, Partei pfui*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahlen-kandidat-hui-partei-pfui-1.2892224> (Zugriff am 05.03.2017).

Rietzschel, Antonie (2014): *Dann geh ich halt zur AfD*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/waehlerwanderung-in-thueringen-und-brandenburg-dann-geh-ich-halt-zur-afd-1.2129805> (Zugriff am 05.03.2017).

Roßmann, Robert (2014): *CDU-Konservative fordern offensive Auseinandersetzung mit der AfD*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-an-ausgrenzungspolitik-cdu-konservative-fordern-offensive-auseinandersetzung-mit-der-afd-1.2129987> (Zugriff am 05.03.2017).

Roßmann, Robert (2016): *CDU-Lichtgestalt im Schatten*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-generalsekretaer-licht-gestalt-im-schatten-1.2920592> (Zugriff am 04.03.2017).

Roßmann, Robert (2013): *CDU schließt Bündnis mit Euro-Gegnern aus*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/aeusserungen-von-afd-chef-lucke-cdu-schliesst-buendnis-mit-euro-gegnern-aus-1.1768634> (Zugriff am 04.03.2017).

Roßmann, Robert (2016): *Die Ruhe bei CDU und SPD ist Schwäche*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-den-wahlen-die-ruhe-bei-cdu-und-spd-ist-schwaeche-1.2906855> (Zugriff am 04.03.2017).

Schneider, Jens (2013): *AfD-Chef warnt vor "sozialem Bodensatz"*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/zuwanderung-als-wahlkampfthema-afd-chef-warnt-vor-sozialem-bodensatz-1.1769714> (Zugriff am 04.03.2017).

Schneider, Jens (2015): *Der Graben wird tiefer*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/richtungsstreit-in-der-afd-der-graben-wird-tiefer-1.2477127> (Zugriff am 05.03.2017).

Schneider, Jens (2015): *Die Konflikt-Partei*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-die-konflikt-partei-1.2474284> (Zugriff am 05.03.2017).

Schneider, Jens (2015): *"Die Partei lässt sich nicht erpressen"*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/frauke-petry-die-partei-laesst-sich-nicht-erpressen-1.2482280> (Zugriff am 05.03.2017).

Schneider, Jens (2015): *Hoffnungslos zerstritten*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-hoffnungslos-zerstritten-1.2490624> (Zugriff am 05.03.2017).

Schneider, Jens (2016): *Liebe Nichtwähler*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-afd-triumphiert-liebe-nichtwaehler-1.2906788> (Zugriff am 04.03.2017).

Schneider, Jens (2015): *Lucke drängt auf Richtungsentscheidung*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/machtkampf-in-der-afd-lucke-draengt-auf-richtungsentscheidung-1.2474660> (Zugriff am 05.03.2017).

Schneider, Jens (2015): *Luckes Fiasko*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/richtungsstreit-in-der-afd-luckes-fiasko-1.2485209> (Zugriff am 05.03.2017).

Schneider, Jens (2014): *Ohne jedes Zittern*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-einnehbare-festung-1.2111279> (Zugriff am 05.03.2017).

Schneider, Jens (2016): *So berauscht sich die AfD an ihrem Erfolg*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-kaum-zu-fassen-1.2906152> (Zugriff am 05.03.2017).

Schneider, Jens (2015): *Übrig bleibt nur Verachtung*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-buergerliches-trauerspiel-1.2478173> (Zugriff am 05.03.2017).

Schneider, Jens (2015): *Wirbel um Lucke*. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/richtungsstreit-wirbel-um-afd-partei-chef-lucke-1.2474093> (Zugriff am 05.03.2017).

„Schönreden hilft jetzt nicht mehr weiter“. Unter:
<http://www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-die-landtagswahlen-schoenreden-hilft-jetzt-nicht-mehr-weiter-1.2906227> (Zugriff am 05.03.2017).

„Und dann meldet sich die AfD“. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-terroranschlaegen-in-bruessel-und-dann-meldet-sich-die-afd-1.2919109> (Zugriff am 04.03.2017).

Zusammenfassung

Populismus ist in unserer heutigen Zeit ein geflügelter und zugleich umstrittener Begriff. Er wird innerhalb der europäischen Gesellschaften als etwas überaus Negatives verstanden. Der Umgang mit Populismus gestaltet sich dennoch höchst unterschiedlich. Insbesondere die modernen (Massen-)Medien spielen dabei eine zentrale Rolle, wie innerhalb dieser Arbeit gezeigt wird. Aber auch die Wissenschaft ist sich uneins. Auf der einen Seite scheint ein Konsens darüber zu bestehen, dass Populismus eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellt, gegen die es mit wohlüberlegten und vernünftigen Strategien vorzugehen gilt. Auf der anderen Seite finden sich jedoch immer wieder Stimmen, die zu bedenken geben, dass Populismus auch eine Chance sein kann, die Demokratie wiederzubeleben, indem heikle und/oder über Jahre der „political correctness“ hinweg tabuisierte Themen wieder auf die Agenda gebracht werden und die Gesellschaft somit zur Diskussion möglicher Fehlentwicklungen im bestehenden System angeregt wird. Gemein ist beiden Argumentationen, dass sie Populismus auf unterschiedliche Weise mit einer Krise der repräsentativen Demokratie in Verbindung bringen. Je nachdem, welche Argumentation bedient wird, wird Populismus entweder als Ursache oder als Begleiterscheinung dieser Krise verstanden. Die Diskussion darüber, welches Phänomen zuerst da war, führt aber ins Leere. Die Gesellschaft sieht sich unweigerlich mit einer Krise der repräsentativen Demokratie konfrontiert, die es gesamtgesellschaftlich zu thematisieren und diskutieren gilt. Die Medien verabsäumen es jedoch an dieser Stelle, die Gesellschaft umfassend über die tiefer liegenden Ursachen des populistischen Aufschwungs aufzuklären. Stattdessen werden populistische Parteien in einen moralisierenden Diskurs eingebettet und fungieren (für die liberale Demokratie) als eine Art Feindbild, um von den eigenen Defiziten abzulenken und Kritik am bestehenden System zu vermeiden.

Abstract

Today, populism is a popular but also a highly contested concept. In the European societies, the phenomenon is understood as something eminently negative. Nevertheless, the handling varies from society to society. Especially the modern media plays a crucial role here, as shown in this thesis. The scientific community is divided over the meaning and impact of populism, too. On the one hand, there is a scientific consensus that populism is a threat for liberal democracy. Proponents of this point of view emphasize the necessity to take action against populism by the use of reasonable strategies. On the other hand, there are voices pointing out that populism could indeed be a chance to revitalize democracy by bringing back tricky and tabooed subjects on the agenda which over the years fell victim to the political correctness. This could lead to a societal discussion about potential deficits in the existing system as well as about undesirable developments in the past. Both scientific argumentations connect populism with a crisis of representative democracy. Depending on how one looks at it, populism is understood as the root or as the epiphenomenon of this crisis. But this discussion (which phenomenon was there first?) comes to no knowledge. What is sure is that the society is confronted with a crisis of representative democracy which has to be addressed and discussed by the society as a whole. Against this, the media omit to inform about the causes that lie behind the upswing of populist parties. Instead, populism is embedded into an overall moralized discourse where it functions as an enemy image (for the liberal democracy) to divert the attention from the deficits in the existing system and to avoid any criticism.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name: Veronika Beck
Geburtsort: Kulmbach
Staatsangehörigkeit: Deutschland

(Schulische) Ausbildung

Seit Oktober 2015	Mitglied der Forschungsgruppe Osteuropastudien am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien
Seit März 2015	Universität Wien, Masterstudiengang Politikwissenschaft
10/2011 – 02/2015	Universität Wien, Bachelorstudiengang Politikwissenschaft Abschluss: Bachelor of Arts
09/2003 – 06/2011	Gymnasium Fränkische Schweiz in Ebermannstadt (Abitur)
09/1999 – 07/2003	Volksschule Hollfeld- Wonsees- Plankenfels in Hollfeld

Praktika und Berufserfahrung

07/2016	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft (Abteilung V/3)
08/2015	Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP)
11/2014 – 12/2014	Mitwirkung an einer Projektarbeit der ÖGPP
07/2014	Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP)
11/2012 – 08/2013	Servicekraft bei Schritteser Speck&Bar
07/2011	Regionalzeitung Nordbayerischer Kurier in Bayreuth

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	fließend
Französisch	B1
Spanisch	B1
Russisch	A1